

BAV AAB

Bernischer Anwaltsverband



Association des Avocats Bernois

1892-1992

Bernischer Anwaltsverband · Association des Avocats Bernois
1892-1992

**Bernischer Anwaltsverband
Association des Avocats Bernois**

1892-1992



Impressum

Herausgeber

Bernischer Anwaltsverband
Association des Avocats Bernois

Redaktionskommission,
Textbeiträge

Dr. Beatrice Gukelberger
Mario Marti
Francis Pellaton
Guido Rieder
Eva Saluz
Daniel Schädelin
Christian Stucky
Peter Wyder

© 1992

Gestaltung: Markus Lehmann, Stämpfli+Cie AG Bern

Gesamtherstellung: Stämpfli+Cie AG Bern

Printed in Switzerland

ISBN 3-9520265-0-6

Inhalt

	Vorwort/Préface	7
Deutschsprachiger Teil	1. Der Fürsprecher	9
	2. Geschichte des Bernischen Anwaltsverbandes	11
	3. Die Anwaltskammer – gestern und heute	62
	4. Liebe Albertine	66
	5. Gedanken eines jungen Mitgliedes	71
	6. Der Anwalt der Zukunft – Die Zukunft des Anwalts	75
Partie en français	1. Remarque liminaire	81
	2. Historique de l'Association des Avocats Bernois	82
	3. Les Juristes Jurassiens	101
	4. L'avocat bernois et la Chambre des avocats	102
	5. Lettre d'Eve à Albertine	104
	6. Remarques d'un jeune avocat	106
	7. L'avocat de l'avenir et l'avenir de l'avocat	107
Anhang	1. Statuten 1892	109
	2. Publikationen in der Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins zum Thema «Anwalt» in den letzten 100 Jahren	114
	3. Verzeichnis der Vorstände	118
	4. Anwaltstage 1892-1992	122
	5. Entwicklung des Mitgliederbestandes	126

Vorwort

Generationen pflichtbewusster Sekretäre und wohl auch glückhafte Fügungen haben dafür gesorgt, dass alle wesentlichen Akten des Bernischen Anwaltsverbandes seit dessen Gründung vor nunmehr hundert Jahren erhalten geblieben sind. Es lag deshalb nahe, das Jubiläum nicht nur in vergänglichen Anlässen, sondern auch in Form eines bleibenden Rück- und Ausblicks auf die Entwicklung unseres Berufsstandes zu begehen. Eine aus Kolleginnen und Kollegen gebildete Redaktionskommission, unterstützt durch einen Historiker, hat sich dieser Aufgabe gestellt und in immenser Arbeit das vorliegende Werk geschaffen. Ihnen ist ebenso sehr zu danken wie den Verfasserinnen und Verfassern der lesenswerten Beiträge sowie der Bürgergemeinde Bern, die – getreu ihrer kulturellen Tradition – die Herausgabe der Schrift mit einem namhaften Betrag unterstützt hat.

Bern, im Januar 1992

Der Präsident
des Bernischen Anwaltsverbandes

Hans Brunner

Préface

Des générations de secrétaires consciencieux et le jeu d'heureux hasards ont permis de conserver tous les documents importants de l'Association des Avocats Bernois depuis sa fondation, il y a plus de cent ans. Il est dès lors judicieux de fêter ce centenaire non seulement en cérémonies éphémères, mais aussi par quelques considérations concrètes sur l'évolution de notre profession. Avec l'aide d'un historien, une commission de rédaction formée de consoeurs ou de confrères a pris cette tâche en charge et, grâce à un travail considérable, créé le présent ouvrage. Cette commission a droit à toute notre reconnaissance de même que les auteurs des contributions spéciales qu'il faut lire, le tout sans oublier la Bourgeoisie de Berne qui, selon sa tradition culturelle, a permis l'édition de ce livre par une contribution financière importante.

Berne, en janvier 1992

Le Bâtonnier
des Avocats Bernois

Hans Brunner

Der Fürsprecher

Christian Stucky

Worte, Wortklaubereien, Worthülsen

Ihr Beruf?

Antwort: *Fürsprecher*

Ungläubiges Kopfschütteln

Noch nie gehört

Erklärungsversuch: Mühsam

ein Wort: *Anwalt*

Resultat: *Na, endlich!*

Warum soll diese Bezeichnung unverständlich sein? Mich wundert's. Wer sucht, der findet: Deutsches Wörterbuch der Gebrüder Jacob und Wilhelm Grimm, der klassischen Märchenerzähler. Staunen, dass für die Erklärung «Anwalt» bzw. «Rechtsanwalt» bloss zehn und sechs Zeilen nötig sind. Hingegen sind unserer im Bernbiet noch typischen Berufsbezeichnung insgesamt fünf Spalten gewidmet. Als Anwalt wird schlicht diejenige Person bezeichnet, die einen anderen, insbesondere vor Gericht, vertritt. Viel mehr gibt dieses Wort auch in anderer Verbindung – Gewalt, Sachwalter, obwalten, schalten und walten – nicht her.

Dagegen Fürsprech-er: Wort in dreierlei Gestalt: geistlich, moralisch, berufsständisch. Worthülse, die in ihrer oft fragenden und fragwürdigen Ambivalenz einen weiten Bogen menschlichen Tuns umfasst. Im 14. Jahrhundert erstmals auftauchend aus der ursprünglichen mittelhochdeutschen Bezeichnung *furisprehhäri* oder lateinisch *ein communiter loquendo*, *ein procurator causarum*, *ein advocatus*.

Zum einen:

Paulus an die Römer: «So haben wir (in Christo) einen Fürsprecher bei dem Vater» und Luther: «Der heilige Geist ein Fürsprecher ist» verkünden den singulären Aspekt des Berufes. Dies, obwohl Luther in seiner Schrift «von weltlicher Oberkeyt» kritisch anmerkt, es stelle sich die Frage, «ob denn auch die bottel, hencker, juristen, fürsprechen und was des gesinds ist, christen seyn mögen.»

Zum andern:

Fürsprech-er als Wortführer als Worthalter; jemand, der für den einzelnen oder zugunsten einer Gesamtheit ein gutes Wort einlegt, bittend, sich für den andern verwendend, kurzum eine moralische Institution.

Nun aber endlich zum Eigentlichen:

Seit eh und je einer, der jemanden in einer Rechtssache vor Gericht vertritt und für diesen das Wort führt. Dabei waren sich «Sprachtüftler» einig, dass bloss der *homo forensis* diesem Stand entsprach. Und um dies explizit hervorzuheben, haben die Gebrüder Grimm auf eine echt bernische Spezialität besonders hingewiesen. Zitat: «*Im Jahr 1822 wird über das Appellationsgericht des Cantons Bern berichtet: es prüft, ernennet und beaufsichtigt auch alle Anwälde im ganzen Canton und ordnet sie – je nach ihren Kenntnissen, Fähigkeiten und erfüllten Requisiten – entweder in die erste Classe der 12 Fürspreche, welche einzig das Recht haben, Partheyen vor dem Appellationsgerichte persönlich zu assistieren, oder der 20 Prokuratoren, die alle Rechts-*

geschäfte, mit Ausnahme der oberinstanzlichen Assistenzen, zu besorgen befugt sind – oder endlich der Agenten, welche blosz Prozessschriften von wenig erheblichem Belange und gewöhnliche Assistenzen vor unteren Gerichtsstellen zu machen befugt sind.»

Demnach: Schon 70 Jahre vor Gründung unseres Verbandes bestimmte der Appellhof – bezeichnenderweise? – wer zu höheren Weihen berufen sei. Besteht in dieser Haltung etwa einer der Gründe, weshalb man sich vor 100 Jahren zusammenraufte? Die Vermutung liegt bei Durchsicht der ersten Protokolle nahe. Unter Umständen lag aber die Absicht darin, ex cathedra ausdrücklich hervorzuheben, wie ernst man es mit dem Grundsatz «Qualität vor Quantität» nahm.

Denn neben den positiven Aspekten – Zwiesprache mit den Klienten, Fürsprache vor Gericht, Gratwanderung zwischen beiden, Wahrhaftigkeit und Eloquenz – war es nicht nur nach des Volkes Meinung, sondern auch für die Dichter ein leichtes, die «Vorspracher» ins schiefe Licht zu rücken. Luther wurde bereits zitiert. Nebst vielen sei für uns Berner besonders Gotthelf erwähnt:

- «... müssen wir zu einem Rechtsagenten oder Fürsprech, wie man solche Kosaken jetzt nennt» (Jakobs Wanderungen),
- «... sie begannen zu merken, warum das Ding ungerührt und angerichtet worden, für niemand anderes als hungrige Fürsprecher» (Jakobs Wanderungen),
- «Nebst dem graute es den Leuten vor dem prozedieren, die Fürsprecher waren weit weg ...» (Käthi)
- «Die Herren seien runter, jetzt möchten Fürsprecher und Schreiber auf den Thron» (Schuldenbauer).

Als «Zungentröscher, die sich von der Menschen Unverträglichkeit ernähren», werden wir apostrophiert, gepaart mit der Anmerkung: «wenn keine muthwillige Fürsprecher waren, so waren auch keine muthwillige Parteyen». Führen wir deshalb seit Jahrhunderten und heute noch einen unermüdelichen Kampf, um das Berufsbild aufzubessern?

Fazit: Fürsprecher, facettenreiche Worthülse.

*Dem Angeschuldigten wird mitgeteilt,
das Gericht sei bereit, ihm einen Pflichtverteidiger zu stellen.
Dessen Antwort lautet:
«Vielen Dank, aber ein Entlastungszeuge wäre mir lieber!»*

Geschichte des Bernischen Anwaltsverbandes

Historische Grundlagen: Mario Marti

Redaktion: Mario Marti, Guido Rieder, Christian Stucky

Der Bernische Advokaten-Verein als Vorgänger (1836–1864)

Während der bewegten Epoche zwischen dem Untergang der alten Eidgenossenschaft Ende des 18. Jahrhunderts und dem Entstehen des schweizerischen Bundesstaates entschlossen sich einige bernische Advokaten¹, zur besseren Wahrung ihrer Interessen einen eigenen Verein zu bilden. Die konstituierende Versammlung fand am 9. April 1836 im Zunfthaus zum Mohren in Bern statt.

Nach den Statuten bezweckte der Advokatenverein die

- Begründung und Erhaltung eines freundschaftlichen, gesellschaftlichen und kollegialen Verhältnisses zwischen den Advokaten des Kantons,
- Aufrechterhaltung der Ehre und Würde dieses Standes durch Befolgung der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften,
- Wahrung der Rechte und Interessen der Advokaten,
- gegenseitige Unterhaltung und Belehrung durch mündlichen und schriftlichen Gedankenwechsel,
- allmähliche Vervollkommnung der bernischen Rechtspflege,
- freiwillige Rechtshilfe an Personen mit geringen finanziellen Mitteln, die das Recht der Armen nicht verlangen können.

Als Vereinsmitglieder waren neben den Advokaten auch Prokuratoren zugelassen. Nach einer Periode sehr aktiver Vereinstätigkeit trat ab 1850, offenbar vor allem wegen der herrschenden politischen Krise, eine Stagnation ein. 1864 wurde der Verein neu gestaltet, nun als «Bernischer Juristenverein». Die Mitgliedschaft stand fortan auch den Professoren

und Dozenten der bernischen Hochschule, daneben anderen wissenschaftlich gebildeten Männern, welche sich mit der Rechtswissenschaft oder Gesetzgebung beschäftigten, offen.

Gründung und Pionierzeit des Bernischen Anwaltsverbandes (1892–1897)

Weil der ursprüngliche Anwaltsverband inzwischen andere Schwerpunkte gesetzt hatte, empfanden die praktizierenden Anwälte das Bedürfnis, sich erneut in einer beruflichen Interessengruppe zusammenzuschliessen.

Ein «Initiativkomité», besonders aktiv war der stadtbernische Fürsprecher Karl Haeblerli, lud auf den 10. Januar 1892 ins Casino nach Bern zur «Con-

** Verein bernischer Advokaten. Vorigen Sonntag ist von einer Versammlung bernischer Fürsprecher die Gründung eines kantonalen Verbandes (Barreau) beschlossen worden, welcher die Wahrung der Berufsinteressen und Förderung idealer Bestrebungen bezweckt. Der Verein, zu dessen Präsidenten Herr Fürsprecher Häberli in Bern gewählt wurde, wird sich ins Handelsregister eintragen lassen.*

Meldung im «Intelligenzblatt und Berner Stadtblatt» vom 15. Januar 1892.

stituierenden Versammlung» (Gründung des Bernischen Anwaltsverbandes) ein. Neben vier Fürsprechern, die schriftlich den Beitritt zum neuen Verein erklärt hatten, folgten 29 Interessierte aus dem al-

¹ Advokat = Anwalt = Fürsprecher. Über Geschichte und Bedeutung des jeweiligen Ausdrucks erfährt der Leser mehr im Beitrag «Der Fürsprecher».



Karl Haerberli, Bern. Präsident 1892–1893

ten und neuen Kantonsteil (Jura) dem Aufruf. Die Beweggründe für den Zusammenschluss – «Erhaltung eines collegialischen Verhältnisses» und «Wahrung der Rechte und des Ansehens des Standes», aber auch «angenehmere Behandlung durch die Gerichte» – entsprachen weitgehend den Anliegen, die bereits 1836 zu einer ersten Vereinsgründung geführt hatten. Den durch Annahme der Statuten [Reproduktion im Anhang 1] entstandenen «Verein Bernischer Advokaten»² leitete Karl Haerberli, Bern als Präsident mit A. Girod, Delsberg und Julius Pezolt, Bern als Vizepräsidenten. Gemäss Art. 716 aOR erfolgte ein Eintrag des Vereins ins Handelsregister. Der Bernische Juristenverein erhielt mit einem Hinweis auf den Willen zur Zusam-

menarbeit bei gemeinsamen Fragen Kenntnis von der Gründung.

Bereits an der ersten Sitzung des Vorstandes kam ein Thema, ein erst ca. 80 Jahre danach bewältigter «Dauerbrenner», nämlich die Herausgabe von Gerichtsakten an die Anwälte, zur Sprache. Die negative Antwort der Anklagekammer auf ein entsprechendes Begehren zeigte schon damals auf, dass noch erhebliche Widerstände zu überwinden waren.

Der Jahresbeitrag wurde auf Fr. 5.– festgesetzt. Bis zur ersten Hauptversammlung vom 6. Juni 1892 traten – bei einem Austritt – 12 Neumitglieder dem Verein bei. Der Druck der Vereinsstatuten in französischer Übersetzung war vorher beschlossen worden. Die Versammlung ermächtigte den Vorstand, als Schiedsgericht Streitigkeiten zwischen Vereinsmitgliedern (auf Antrag eines Fürsprechers), aber auch zwischen Auftraggebern und Vereinsmitgliedern (auf Antrag eines Mandanten) zu beurteilen. Dem Vorstand oblag ferner, ein Vollmachtsformular zu erarbeiten, «in welchem namentlich auch die Verpflichtung des Vollmachtgebers, allfällige Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis dem Vorstand des Vereines zur Entscheidung zu übertragen, aufgenommen werden sollte»³.

Zu Beginn des Jahres 1893 erklärte Karl Haerberli infolge seiner Wahl zum Oberrichter den Austritt aus dem Verein; bloss ein Jahr danach starb der erste Verbandspräsident.

² Der ursprüngliche Verein Bernischer Advokaten änderte seine Bezeichnung mit der Teilrevision der Statuten vom 1. Juli 1899 in «Bernischer Anwaltsverband/Association des Avocats Bernols».

³ Protokoll der ordentlichen Hauptversammlung vom 6. Juni 1892.



Das alte Casino in Bern, Gründungsort des Bernischen Anwaltsverbandes (seit 1832 im Besitze der Stadt Bern, diente es u.a. 1848 bis 1858 als Sitz des Nationalrates). 1895 für den Bau des Parlamentsgebäudes abgebrochen.

Im Hinblick auf eine geplante Reorganisation der Bezirksbehörde des Amtes Bern setzte sich der Verband vor allem für einen dritten ständigen Richter neben dem Gerichtspräsidenten und dem Strafrichter ein. Eine Eingabe an die grossrätliche Kommission trug zu entsprechenden Dekretsbestimmungen bei. Das in der neuen Verfassung vorgesehene Verwaltungsgericht entsprach gleich-

falls einem dringenden Anliegen des Verbandes; gestützt auf einen Vorschlag von Vizepräsident Pezolt am Anwaltstag 1893 unterbreitete der Vorstand dem Grossen Rat eine entsprechende Eingabe. Doch schon damals mahnten die Mühlen des Gesetzgebers langsam, entstand doch das erste Verwaltungsrechtspflegegesetz erst 1909.



Christian Sahli, Bern. Präsident 1893–1897
(Foto: Bürgerbibliothek Bern).

Der Vorstand durfte befriedigt feststellen, dass sich sein Vollmachtsformular (vorerst in deutsch vorliegend) allmählich durchsetzte. Andererseits ist einem Protokoll zu entnehmen, es wäre wünschenswert, der Verein würde «... etwas mehr an Boden gewinnen»⁴.

Durch Neuaufnahme von 5 Mitgliedern an der Hauptversammlung 1894 stieg die Zahl der im Verband zusammengeschlossenen Fürsprecher auf 50, die überwiegende Mehrzahl aus dem alten Kantons teil. «Das verletzende Auftreten einzelner Mitglieder des Appellations- und Kassationshofes gegenüber den vor dieser Gerichtsbehörde erscheinenden Anwälten»⁵ erzeugte, wie eine «konfidentielle» Befragung von Mitgliedern ergeben hatte, er hebliche

Missstimmung. Dr. Courvoisier, Biel, und vier Vereinsmitglieder forderten deshalb den Vorstand zu einem Vorstoss auf. Auch ein Jahr später, unter den Traktanden des Anwaltstages 1895, sind Äusserungen zur «Frage betreffend Vorgehen des Vereins gegen das Auftreten einzelner Mitglieder des Appellationshofes» festgehalten. Das Präsidium sprach sich für eine weitere Eingabe aus. Ein Mitglied bemerkte dazu, «man solle nicht nur das Verhalten der Gerichtsmitglieder während der Parteivorträge, sondern auch das verletzende Auftreten mehrerer derselben bei der Urteilsberatung in einer Eingabe zur Sprache bringen»⁶. Die Aufforderung blieb ohne Antwort; doch änderte sich das Verhalten der Richter (Anmerkung: der Verband zeigte offenbar Verständnis dafür, dass die Behörde in einer derart heiklen Angelegenheit schwieg ...).

Gemäss Vorstandsbeschluss vom September 1894 wurde das Vollmachtsformular nun auch in französischer Sprache gedruckt. Enttäuscht hielt der Vorstand fest, er sei bisher nicht als Schiedsgericht in Streitigkeiten zwischen Mitgliedern oder Mitgliedern und Klienten beansprucht worden. Anstatt in Zeitungspolemik sollten Streitigkeiten «Im Kreise von Berufskollegen beigelegt»⁷ werden. Ausserdem kam, gestützt auf wiederholte Klagen, der Wunsch nach «etwas mehr Interesse ... namentlich in Form von Anregungen und Mitteilungen»? seitens der Mitglieder zum Ausdruck. Im selben Jahr erhielt der Vorstand den Auftrag, die Rolle des Anwaltes im armenrechtlichen Prozess zu prüfen, ein

⁴ Bericht über das Vereinsjahr 1893/1894

⁵ Eingabe Courvoisier vom 4. Juni 1894 an den Vorstand.

⁶ Protokoll der ordentlichen Hauptversammlung vom 1. Juli 1895.

⁷ Bericht über das Vereinsjahr 1894/95.

Problem, das den Verband in der Folge noch öfters beschäftigte. Der Verband leistete einen Beitrag von Fr.100.- an den Bernischen Juristenverein zugunsten des schweizerischen Juristenfestes. Mehrere Beschwerden von Klienten gegen Verbandsmitglieder blieben erfolglos; auch 1894/95 ergaben sich keine Schiedsgerichtsfälle.

Dr. Courvoisier berichtete 1896 vor allem über Tarifprobleme und beantragte:

«Der Advokatenverein solle an das Obergericht ein Gesuch richten, es möge die Kostenforderungen bei Urteilen oder Moderationen in Auslagen und Gebühren festsetzen und die Amtsgerichte anweisen, ebenfalls in dieser Weise zu verfahren ... Der Advokatenverein möge seine Mitglieder auffordern, dahin zu wirken, dass sowohl von den Anwälten als von den Richtern in dieser Weise verfahren werde»⁸.

In der Beratung am Anwaltstag beanstandete ein Mitglied Geschäftsverschleppungen, deren Ursache in der Gerichtsorganisation und im Zivilverfahren zu suchen seien. Der gleiche Votant befürwortete sogar die Abschaffung des Appellationshofes und die Einführung von Bezirksgerichten mit mündlichem Verfahren. Verschiedene Mitglieder verlangten zudem eine allgemeine Neugestaltung des Prozessverfahrens einschliesslich der Tarifierung. Weil die Revision des Zivilprozessverfahrens, bald einmal und dann während Jahren ein Hauptanliegen des Verbandes, noch nicht spruchreif schien, stimmte die Versammlung zwei von Courvoisier gestellten Anträgen zu und nahm die folgende Resolution an:

«Der bernische Advokatenverein erklärt sich mit den auf Vereinfachung und Beschleunigung des Prozesses gerichteten Bestrebungen einverstanden; er wird alle Schritte unterstützen, welche eine ra-

schere und dem materiellen Rechte besser entsprechende Rechtspflege bezwecken»⁸.

Die Mitglieder beauftragten im weitern den Vorstand, eine Honorierung der armenrechtlich tätigen Anwälte zu prüfen; damals ging es noch um die Honorierung an sich, erst später um deren Ausmass.

Am Anwaltstag vom 3. Juli 1897 im Cafe du Pont in Bern referierte G. Lenz über die Grundsätze zur Einführung eines bernischen Ehrenfolgengesetzes. Sinn und Zweck einer «Einstellung in den Ehrenrechten» blieb in einer regen Diskussion umstritten. Der Vorstand beschloss ferner, den ausserhalb Berns wohnenden Chargenträgern für den Besuch der Vorstandssitzungen den Betrag eines Retourbillets zweiter Klasse zu vergüten. Im September 1897 lehnte der Kassationshof die 1896 vom Verband vorgeschlagene Ausscheidung von Kostenforderungen in ihre Bestandteile mangels genügender gesetzlicher Grundlagen ab. Im gleichen Monat entschied der Vorstand, Vorarbeiten zur Reform der bernischen Gerichtsorganisation an die Hand zu nehmen; Professor Alexander Reichet hatte sich bereit erklärt, ein Vorprojekt auszuarbeiten.

Interne, lokale, kantonale und eidgenössische Aufgaben (1897–1900)

Nachdem der Vorstand im Jahr 1897 ein Mitglied an den Internationalen Advokatenkongress in Brüssel delegiert hatte, reifte an der Vorstandssitzung vom 25. September der Entschluss, eine Initiative zur Vereinigung der in der Schweiz bestehenden Advo-

⁸ Protokoll der ordentlichen Hauptversammlung vom 4. Juli 1896.



Julius Pezolt, Bern. Präsident 1897–1904.

katenvereine zu ergreifen. Der Präsident bereitete den Entwurf entsprechender Statuten vor und lud zu dessen Beratung folgende kantonale Organisationen ein:

- Verein der Zürcherischen Advokaten
- Advokatenkammer von Basel-Stadt
- Luzernerischer Advokatenverein
- L'Ordre des Avocats de Geneve

dazu zwei in Gründung begriffene Vereine (La Conference des Avocats du Canton de Neuchâtel und die Vereinigung der Waadtländischen Advokaten). Eine am 5. Juni 1898 durchgeführte Delegiertenversammlung betraute den Vorstand des Vereins bernischer Advokaten als «provisorisches Comité» mit der Einberufung eines ersten schweizerischen Anwaltstages, welcher in Anwesenheit zahlreicher

Anwälte aus Zürich, Bern, Luzern, Basel-Stadt und Genf am 16. Oktober 1898 in Bern stattfand und zur Gründung der gesamtschweizerischen Organisation führte. Bereits vorher, an der kantonalen Jahrestagung vom 1. Juli 1898, hatte der Verband, dem das Präsidium und der Geschäftsausschuss für eine erste Periode anvertraut werden sollten, einstimmig und mit Akklamation beschlossen, dem Schweizerischen Anwaltsverband (SAM beizutreten. Dieser Zusammenschluss auf eidgenössischer Ebene entsprach einer Tendenz gegen Ende des 19. Jahrhunderts, nationale und internationale Dachorganisationen zu schaffen. Im Hinblick auf die bevorstehende Rechtsvereinheitlichung in der Schweiz spielten die kantonalen Juristenvereinigungen gewissermassen eine Vorreiterrolle.

Auf lokaler Ebene strebten stadtbernerische Mitglieder eine Verbesserung der vom Grossen Rat genehmigten Pläne für ein Gerichtsgebäude (Amtshaus) an; eine auch im Auftrag der Bezirksbeamten in Bern tätige Kommission richtete (mit Erfolg) eine ausführliche Eingabe an die Regierung.

Bereits im März 1898 hatte der Vorstand die schriftliche Antwort des Präsidenten an die Conference du Jeune Barreau in Brüssel auf deren Resolution zum Fall Dreyfus-Zola mit der Feststellung genehmigt, der Bernische Advokatenverein halte es «für eine unzulässige Verletzung der Verteidigungsrechte, wenn einem Angeschuldigten nicht die sämtlichen ihm zur Last gelegten Thatsachen und Anschuldigungen zur Kenntnis gebracht und er nicht in die Lage versetzt wird, sich über dieselben auszusprechen»⁹.

⁹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 13. März 1898.

Am Anwaltstag 1898 informierten die Vorstandsmitglieder Sessler über das Prozessverfahren in Haftpflichtsachen (Wunsch nach Änderungen) und Dr. König über das Verfahren in Streitigkeiten aus dem Gebiete des geistigen Eigentums. Umstritten war, ob generell die Gerichtsorganisation oder zuerst die Spezialgesetze zu revidieren seien. Aus diesem Grunde wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem Bernischen Juristenverein zwecks gegenseitiger Absprache in Verbindung zu setzen. Über die Dringlichkeit der Generalrevision sowohl des bernischen «Civilprozessverfahrens, als auch der Gerichtsorganisation bestand in Juristenkreisen weitgehende Einigkeit. Die Reformbestrebungen traten nun aber in ein konkretes Stadium.

Im Januar 1899 erhielten die stadtbernischen Vorstandsmitglieder Kenntnis von einer Eingabe des Gerichtspräsidenten Balsiger an die Kantonale Justizdirektion zur Reorganisation der Gerichtsbehörden im Amtsbezirk Bern, ein Anliegen, das, weil es vor allem um eine neue Richterstelle ging, ungeteilte Zustimmung auch der Richter des Amtsbezirkes Bern und des Staatsanwaltes fand. Eine entsprechende Dekretsrevision führte am 11. Juni 1899 zur Wahl des dritten Gerichtspräsidenten in Bern. Die stadtbernische Anwaltschaft nahm ohnehin – damals waren die Fürsprecher politisch einflussreicher als heute – zu verschiedenen Richterwahlen in ihrem Bezirk Stellung. In mehreren Fällen fanden Vorschläge bei verschiedenen politischen Parteien Anklang. Der tüchtige Kandidat sollte auserkoren und damit die Unabhängigkeit des Richters gegenüber den politischen Behörden gefestigt werden.

Im April 1899 beschäftigte sich der Vorstand einmal mehr mit disziplinarischen Fragen; er beschloss, alle Beschwerden von Anwälten gegen Anwälte seien zunächst einem Vorstandsmitglied zu einer

vorläufigen Prüfung zu überweisen; dieses Vorstandsmitglied war befugt, eine gütliche Einigung herbeizuführen und hatte dem Vorstand Bericht zu erstatten, gegebenenfalls mit einem Antrag.

Aus dem Protokoll der Hauptversammlung vom 1. Juli 1899 im Hotel zur Krone in Sonceboz gehen eine grosse Zahl von Neuaufnahmen und eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages (mit Einschluss des Beitrages an den Schweizerischen Anwaltsverband) auf Fr. 15.– pro Jahr hervor. Eine Statutenrevision, Hauptthema dieses Anwaltstages, sah die Änderung des Vereinsnamens in den fortan geltenden «Bernfischer Anwaltsverband/Association des Avocats Bernois» (BAV/AAB) vor, ferner eine Erschwerung der Aufnahmebedingungen (2/3-Mehrheit der Stimmenden erforderlich); ausserdem trug sie dem Wunsch des Vorstandes nach mehr disziplinarischer Kompetenz Rechnung, indem dessen Befugnisse sogar erweitert wurden und ihm die Zuständigkeit zu schiedsgerichtlicher Erledigung von Streitigkeiten zwischen den Anwälten und deren Mandanten zukommen sollte. Die revidierten Statuten – in der Folge in deutscher und französischer Sprache neu gedruckt – fanden «überwältigende Zustimmung.» Alfred Stooss, Bern, referierte an diesem stark befrachteten Anwaltstag über die praktische Ausbildung der bernischen Rechtskandidaten, insbesondere deren Zulassung vor Gericht. In der Runde stellte sich in erster Linie die bei Niederschrift dieser Zeilen wiederum aktuelle Frage, wann die Praxis in einer Anwaltskanzlei zu absolvieren sei – während der Ausbildung oder erst nach dem Staatsexamen. Der Verband erhielt zudem vermehrt die ehrenvolle Aufgabe, an der Gesetzgebung im Kanton mitzuwirken, so bei einem Entwurf eines Gesetzes über die Vereinfachung und Abänderung der Gesetzgebung.

Das regierungsrätliche Projekt eines Einführungsgesetzes zum SchKG bildete am «namentlich aus der Provinz»¹⁰ gut besuchten ausserordentlichen Anwaltstag vom 4. November 1899 Gegenstand einer lebhaften, an zwei weiteren ausserordentlichen Anwaltstagen im Dezember 1899 und Januar 1900 fortgesetzten Beratung mit Abänderungsanträgen. Ein Jahr später erfuhren die Mitglieder, dass ihre grossen Bemühungen nichts gefruchtet hatten; die Regierung verzichtete nämlich auf die Gesetzesvorlage. Der Jahresbeitrag wurde 1900 auf Fr.10.– (inklusive Beitrag an den SAV) herabgesetzt. Zum Anwaltstag in Burgdorf waren Vertreter anderer kantonaler Sektionen geladen, um die Beziehungen enger zu gestalten. Dr. Paul Wäber, Bern, trug seine Ansichten zur Ausbildung des Anwaltes einschliesslich der Voraussetzungen der Berufsausübung vor. Die Einführung eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises stiess zwar allgemein auf Zustimmung, doch bestand Uneinigkeit darüber, ob die Vereinheitlichung des Zivil- und des Strafrechtes abgewartet werden sollte. Dennoch unterstützte der BAV eine allfällige Initiative des SAV zu einem entsprechenden Bundesgesetz. Als Grundlagen einer staatlichen Prüfung nannte der Referent den Besitz eines Maturitätszeugnisses oder eines gleichwertigen Ausweises, die Volljährigkeit, die bürgerliche Ehrenfähigkeit, das Schweizerbürgerrecht, ein Rechtsstudium von mindestens 6 Semestern und eine praktische Lehrzeit von mindestens einem Jahr; «selbstverständlich» sollten auch Frauen zugelassen werden. Gestützt auf einen Beschluss am Schweizerischen Anwaltstag 1900 unterbreitete der SAV dem Eidgenössischen Justizdepartement einen ausformulierten Gesetzesentwurf. Das Bundesgericht äusserte sich dazu in einer Vernehmlassung jedoch ablehnend. Das Departement schien seinerseits die Voll-

endung des ZGB abzuwarten, was den SAV bewog, vorerst nicht weiter zu insistieren. Die Frage eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises tauchte jedoch Jahre später erneut auf.

Im Vorstand waren in den Jahren 1898/99 keine Streitigkeiten zwischen Mitgliedern, sondern nur zwischen Anwälten und Mandanten zu behandeln. Deren vier wurden erledigt; eine Differenz aus dem Vorjahr beschäftigte später den Anwaltstag. Erneut befasste sich die Verbandsleitung mit Geschäftsverschleppung bei Richterämtern, vor allem bei der Gerichtsschreiberei Thun. Der BAV sah sich nun veranlasst, bei der Justizdirektion vorstellig zu werden. Ein Gesuch an die Polizeikammer, «es möge in Zukunft die Kammer die Geschäfte der Polizeikammer vor denjenigen der Anklagekammer behandeln, wenigstens dann, wenn Anwälte erscheinen»¹¹, zeigt auf, dass schon damals Wartezeiten vor Terminen unbeliebt waren.

Der Beginn des neuen Jahrhunderts [1900–1907]

Am Anwaltstag 1901 in Thun befassten sich die Mitglieder erstmals mit vom SAV vorgelegten Fragen sozialer Natur, einerseits mit einer Initiative zur Gründung einer Ruhgeldkasse für Mitglieder bzw. deren Witwen und Waisen, andererseits mit Hilfeleistungen in Härtefällen bis zur Gründung dieser Kasse. Die Versammlung hiess diese Absichten gut. Die Anwesenden berieten ausserdem über ein eigenes Periodikum des SAV; sie wünschten vor allem die Veröffentlichung bundesgerichtlicher und wich-

¹⁰ Bericht über das Vereinsjahr 1899/1900.

¹¹ Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 1. Juli 1901.

tiger kantonaler Entscheide. Der Vorstand des SAV beschloss am 2. Dezember 1902 einstimmig, eine entsprechende Zeitschrift zu schaffen. Damit befasste sich eine Spezialkommission, doch wählte der SAV später die Schweizerische Juristenzeitung als Verbandsorgan. Ein an den Anwaltstag weitergezogener Streit zwischen zwei Mitgliedern führte zum Beschluss, dass die Vorstandsmitglieder in Berufungssachen auch in der Versammlung stimmberechtigt seien. Weitere Fälle, meist Streitigkeiten zwischen Anwälten und deren Mandanten, übertrug der Vorstand einer Delegation zur Erledigung. Zahlreiche Mitglieder aus dem Jura nahmen trotz grosser Distanz an der Jahrestagung in Thun teil. Im Protokoll wird der offenbar sehr gelungene gemütliche Teil mit Bankett und anschliessender Unterhaltung durch ein Orchester, sogar mit Produktionen von Kollegen, speziell erwähnt.

Der Vorstand intervenierte verschiedentlich bei Regierung und Richterämtern, um die Arbeit der Anwälte (u.a. durch Rücksichtnahme auf Fahrpläne von Postkursen bei der Ansetzung von Terminen) zu erleichtern; in ähnliche Richtung zielte ein Gesuch an die Stempelverwaltung zur «Einführung eines auch für die Schreibmaschine verwendbaren Stempelpapiers»¹². Später, im Jahre 1904, verlangten die Mitglieder am Anwaltstag sogar eine authentische Interpretation zur Anwendung des Stempelgesetzes in Prozessverfahren.

Dr. Rüfenacht hielt am Anwaltstag 1902 ein grundsätzliches Referat über den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Verwaltungsgerichtes. In einem geschichtlichen Rückblick wies er auf das intensive Ringen um die Regelung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in den vergangenen Jahrzehnten hin. Anlässlich der Beratung der Kommission zur Vorbereitung der Verfassungsrevision von 1883



Stempelmarken

habe Regierungsrat Egli ausdrücklich erklärt, das gegenwärtige Gesetz sei hinsichtlich der Behandlung von Parteien und Zeugen zu knapp und zu kurz. Zudem dürfe der Regierungsrat nicht mehr Kläger und Richter in einer Person sein. Selbst in regierungsfreundlich gesinnten Kreisen habe man es als stossend empfunden, dass die Entscheide selten vom Regierungsrat in corpore ausgingen, sondern von Direktionen gestellte Anträge oftmals ohne jede Prüfung übernommen würden. Der Referent erhielt durch folgende Resolution Unterstützung:

¹² Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 3. Juni 1902.

- «1. Es ist die Möglichkeit der Schaffung einer ständigen Abteilung des Gerichtes vorzusehen.
2. Die Requisite für die Wählbarkeit als Mitglied des Verwaltungsgerichtes sind genauer zu umschreiben, als dies im Entwurf vorgesehen ist.
3. Die Kompetenzen des Verwaltungsgerichtes sind nach der Enumerationsmethode festzusetzen.
4. Das Verwaltungsgericht soll zur Beurteilung aller Steuerstreitigkeiten ohne Einschränkung kompetent erklärt werden.»

Hier sei daran erinnert, dass der Verband die Einführung der Verwaltungsrechtspflege bereits neun Jahre vorher als dringlich betrachtet hatte.

Erstmals, wie sich in der Folge erwies, aber nicht letztmals, stellte sich das Problem einer Mitgliedschaft nicht mehr praktizierender Anwälte. Die Einführung einer Passivmitgliedschaft stiess zwar im Vorstand, nicht aber am folgenden Anwaltstag auf Verständnis.

Kopfzerbrechen bereitete eine allfällige Vorlage der Geschäftsbücher des Anwaltes an die Steuerbehörde; ausgehend vom Berufsgeheimnis, lehnte die Mehrheit der Mitglieder dies ab. Eine vom Vorstand vorbereitete und 1903 nach längerer Diskussion angenommene Resolution lautete:

«Der Bernische Anwaltsverband empfiehlt seinen Mitgliedern, ihre Geschäftsbücher den Steuerbehörden grundsätzlich nicht vorzulegen, weil dies mit der Wahrung des Berufsgeheimnisses unvereinbar erscheint. Hält der Anwalt das Beibringen eines Ausweises über sein Berufseinkommen für unvermeidlich, so soll die Vorlage der Geschäftsbücher durch Einreichung von notariell beglaubigten Auszügen ersetzt werden. In erster Linie soll jedoch die persönliche Auskunftserteilung im Sinne des Para-

graphen 15 des Einkommenssteuergesetzes angeboten werden»¹³.

Der Pflege engerer Kontakte zum Bernischen Juristenverein dienten zwangslose Montagszusammenkünfte (abends 6 Uhr, Café Merz, Bern, Amtshausgasse). Leider entsprach die Zahl der Besucher nicht den Erwartungen. Gute Beziehungen entstanden zum neugegründeten Verband Bernischer Bezirksbeamter. Ein Dr. Felix von Mikoski, Wien, ergriff die Initiative zur Gründung eines internationalen Anwaltsverbandes und schrieb den BAV an.

Zum Anwaltstag vom 1. Juli 1903 im Kurhaus zur Innern Enge in Bern waren Delegationen der Verbände aus der Waadt und aus Zürich eingeladen. Traktandiert war die zweite Revision der Statuten seit der Verbandsgründung mit den Zielen

sukzessive Erneuerung des Vorstandes, wobei mangels einer hinreichenden Zahl von Demissionen die drei Mitglieder, welche dem Vorstand am längsten angehört hatten, nicht wieder wählbar waren (mithin eine Handhabe gegen Sesselkleber),

Ermöglichung lokaler Organisationen von Mitgliedern als «Anwaltskammern» eines bestimmten Gebietes (Verstärkung des Einflusses in einzelnen Bezirken).

Zu einem Entwurf über die Revision der Gerichtsorganisation, dem zweiten Thema dieses Anlasses, äusserte sich eine grosse Mehrheit der Mitglieder ablehnend. Auf Antrag von Julius Pezolt forderten der Bernische Juristenverein und der BAV an einer ausserordentlichen Sitzung vom 2. Dezember 1903 vielmehr sofortige und zwar durchgreifende Reformen.

Am 30. Oktober 1903 schlossen sich engagierte Fürsprecher in der «Anwaltskammer» des Amts-

¹³ Protokoll des ordentlichen Anwaltstages vom 1. Juli 1903.

bezirktes Bern zusammen (nicht zu verwechseln mit der 1919 geschaffenen Anwaltskammer als Aufsichtsbehörde). Der Vorstand verteidigte eine Kampagne dieser «Anwaltskammer» anlässlich der Wahl des Gerichtspräsidenten I von Bern gegenüber «Anfeindungen in der politischen Presse»¹⁴. Der Einladung zum Besuch des Weltkongresses der Anwälte vom 28. bis 30. September 1904 in St. Louis (USA) anlässlich der Weltausstellung leisteten weder der SAV noch der BAV Folge.

Am gemeinsam mit dem Bernischen Juristenverein in Bern durchgeführten ausserordentlichen Anwaltstag vom 1. April 1905, welcher einer weiteren Beratung der Reform der Gerichtsorganisation gewidmet war, diskutierten ca. 50 Mitglieder über die Einführung von Bezirksgerichten. Oberrichter Schorer unterbreitete entsprechende Vorschläge, die breiteste Zustimmung fanden. Die ungefähr 30 am Anwaltstag vom 17. Juni 1905 versammelten Fürsprecher beschlossen, bei den kompetenten Behörden um authentische Interpretation des Artikels 93 Strafverfahren (Wahrung des Geheimnisses aus nicht-öffentlichen Voruntersuchungshandlungen) zu ersuchen. Entsprechend einem Vorschlag des Vorstandes hatten bei Wahlen von Bezirksbeamten die «Anwaltskammern» selbständig Stellung zu beziehen; bei Oberrichterwahlen oblag es dem Vorstand, allenfalls unter Einberufung eines Anwaltstages, tätig zu werden.

Der von «zahlenden» 63 Teilnehmern und vielen geladenen Gästen am 17. und 18. Juni 1905 im Anschluss an den Bernischen Anwaltstag besuchte Schweizerische Anwaltstag scheint laut Protokoll, ausser dem Anlass auf dem Schänzli, der unter dem schlechten Wetter litt, «wohltuend» verlaufen zu sein. Der Vorstand war unschlüssig, ob sich Parteianwälte bei hängigen Prozessen auf Erörterungen



Alfred Stooss, Bern. Präsident 1904–1905
(Foto: Schweiz. Landesbibliothek).

in den Zeitungen einlassen dürfen. Kontakte mit Organisationen in Deutschland und Frankreich sollten Erfahrungen über die Praxis im nahen Ausland vermitteln. Allgemein überwog die Ansicht, dass öffentliche Äusserungen in der Regel wenig zweckmässig erschienen und insbesondere von persönlichen Angriffen auf Kollegen Abstand zu nehmen sei, allerdings mit dem Beschluss, zu diesem Problem ein Zirkular mit der Bitte um Stellungnahme an die Mitglieder zu richten.

Nachdem Präsident Alfred Stooss zum Bundesrichter gewählt worden war, leiteten die beiden Vi-

¹⁴ Bericht über das Vereinsjahr 1903/04.

Bernischer Anwaltsverband Association des Avocats Bernois.

Hochgeehrte Herren Kollegen!

Der unterzeichnete Vorstand beruft den diesjährigen Bernischen Anwaltstag ein auf

Mittwoch, den 1. Juli 1903 des Vormittags 9^{1/2} Uhr präzis
ins

Kurhaus zur Innern Enge in Bern

zur Behandlung folgender

Traktanden :

1. Protokoll des Anwaltstags vom 1. Juli 1902;
2. Behandlung der eingelangten Aufnahmsgesuche;
3. Jahresbericht;
4. Rechnungsablage und Festsetzung des Mitgliederbeitrags für das neue Rechnungsjahr;
5. Partielle Statuten-Revision (Einführung der Passivmitgliedschaft etc.);
6. Mitteilungen des Präsidenten und des Vorstandes;
7. Diskussion des Entwurfs eines revidierten Gesetzes betr. das Verfahren in Civilrechtsstreitigkeiten über Haftpflicht, Markenrecht und geistiges Eigentum.
Einleitendes Referat des Mitglieds Herrn Eduard Teuscher in Bern;
8. Freie Anträge und Anregungen;
9. Unvorhergesehenes.

Zwischen dem Traktandum Nr. 6 und dem Traktandum Nr. 7 findet eine Pause statt.

1 Uhr Mittags: Bankett im Grossen Saale.

Der Vorstand hat beschlossen, zur Teilnahme am Anwaltstage den Chef der Bernischen Justizdirektion, sowie den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Bernischen Obergerichts einzuladen. Ebenso wird der neugegründete Verein der Bernischen Bezirksbeamten eingeladen, sich durch eine Delegation an unserm Jahresfest zu beteiligen. Nach bisheriger Übung werden auch die Mitglieder des Geschäftsausschusses des Schweizerischen Anwaltsverbandes dazu eingeladen, endlich werden auch die Schwestersektionen des Schweiz. Anwaltsverbandes eingeladen, sich an unserm Anwaltstage durch Delegationen vertreten zu lassen.

Messieurs et chers confrères,

Nous avons l'honneur de porter à votre connaissance que la réunion de la Conférence de l'Association des Avocats Bernois est fixée cette année au

Mercredi, 1^{er} Juillet 1903 à 9^{1/2} heures précises du matin

au

Restaurant „Innere Enge“ à Berne.

ORDRE DU JOUR.

1. Lecture du procès-verbal de la Conférence du 1^{er} Juillet 1902;
2. Réception de nouveaux membres;
3. Rapport du Conseil sur l'exercice écoulé;
4. Revision des comptes et fixation de la cotisation pour l'exercice courant;
5. Révision partielle des statuts (membres passifs etc.);
6. Communication du Président et du Conseil;
7. Discussion du projet de loi concernant la procédure civile en matière de responsabilité civile et de propriété intellectuelle ou industrielle.
Rapporteur: M^r Ed. Teuscher, à Berne;
8. Propositions individuelles;
9. Imprévu.

La séance sera interrompue pour quelques instants, après que l'objet qui figure à l'ordre du jour sous N^o 6 aura été traité.

1 heure: Banquet à la grande saale.

Le Conseil a décidé d'inviter à cette réunion le Chef de la Direction de Justice, les Président et Vice-Président de la Cour suprême et les membres de la Délégation du Conseil de la Fédération Suisse des Avocats. En outre, nous avons invité à se faire représenter à notre fête annuelle l'Association nouvellement fondée des fonctionnaires de district du Canton de Berne et les sections de la Fédération Suisse des Avocats.

Le Conseil espère que tous les membres se feront un devoir d'assister à notre conférence qui est fixée à un jour qui semble exclure tout empêchement. Nous espérons que chaque membre profitera de cette occasion pour jouir de quelques moments de confraternité. Nous

Der Vorstand hofft zuversichtlich, dass kein Mitglied dem diesjährigen Anwaltstage fern bleiben werde. Der Zeitpunkt ist so gewählt, dass Abhaltungsgründe kaum denkbar sind. Der Vorstand hält dafür, dass es sich jedes Mitglied zur Ehre anrechnen sollte, den einzigen Anlass im Jahre zu benutzen, um in zwangloser Weise einige Stunden der Gemütlichkeit mit seinen Kollegen zu verbringen. Die Mitglieder sollten auch bedenken, dass es auf die eingeladenen Ehrengäste einen schlechten Eindruck machen würde, wenn der zahlreiche Bernische Anwaltsverband nicht im Stande wäre, seine ordentliche Jahresversammlung zu einer imposanten zu gestalten. Die Traktanden sind sehr interessante und wichtige. Die Verbindungen nach Bern können kaum günstiger gedacht werden. Die Lokalität, in welcher diesmal der Anwaltstag stattfindet, ist allen Mitgliedern wegen der Schönheit der Lage und den Anlagen bestens bekannt.

Der Vorstand erwartet namentlich auch, dass die Mitglieder des französischen Kantonsteils durch zahlreiches Erscheinen ihre Zugehörigkeit zu der Bernischen Anwaltschaft beweisen.

Seit dem Bestehen des Bernischen Anwaltsverbandes sind viele Mitglieder den Anwaltstagen konstant fern geblieben. Diese Erscheinung ist im höchsten Grade bedauerlich und es erlaubt sich deshalb der unterzeichnete Vorstand an alle Mitglieder den energischen Appell zu richten, dieses Jahr und für alle Zukunft den Anwaltstag zu besuchen. Der Vorstand hofft, dass dieser Appell auf guten Boden fallen und dass er im Falle sein werde, am diesjährigen Anwaltstage alle Mitglieder des Verbandes, sofern nicht wirkliche absolute Abhaltungsgründe vorliegen, begrüßen zu können.

Mit kolleg. Begrüßung zeichnen

Bern, den 17. Juni 1903.

Namens des Vorstandes
des Bernischen Anwaltsverbandes:

Der Präsident:

Julius Pezolt.

Der Aktuar:

Dr. H. Rüfenacht.

rendons les membres de notre association attentifs au fait qu'il est à désirer qu'ils assistent nombreux à la réunion, dans le but d'exercer une impression favorable sur les invités. L'ordre du jour est très-important et en même temps très-intéressant. Le lieu choisi pour notre réunion vous est sans doute connu par sa situation ravissante. Au surplus Berne est un centre avantageux.

Le Conseil espère surtout que nos confrères du Jura ne manqueront pas à l'appel.

Depuis la fondation de notre association un certain nombre de membres a manqué constamment à nos conférences, et cela est très regrettable. Le Conseil se permet donc d'en appeler à tous les membres de notre association, afin qu'ils viennent aussi nombreux que possible à nos réunions.

Sur ce, nous vous présentons, Messieurs et chers confrères, nos plus cordiales salutations.

Berne, le 17 Juin 1903.

Au nom du Conseil
de l'Association des Avocats Bernois,
Le Président:
Jules Pezolt.
Le Secrétaire:
Dr. H. Rüfenacht.



Dr. Hermann RiBenacht, Bern.
Präsident 1906–1910.

zepräsidenten, Dr. Courvoisier und Dr. Rüfenacht, ab Oktober 1905 den Verband.

Zum Anwaltstag 1906 im Hotel Bellevue in Thun erschienen 31 der 82 Mitglieder. Zentrales Thema bildete die Reform des bernischen Zivilprozesses. Ein weiteres Traktandum, die «Internationalen Advokaturbureaux», liess der Vorstand dagegen fallen.

Der bernische Fürsprecher im Jahr 1907

Die Zivilprozessreform, Hauptsorge des BAV in den folgenden Jahren, bildete Gegenstand eines ausserordentlichen Anwaltstages im Januar 1907. Zu einem Gesetzesentwurf des damaligen Bundesrichters Reichel, in welchen die Idee einer Anwaltskammer als Aufsichtsbehörde eingeflossen war, äusserten sich Prof. Blumenstein als Referent und der Vizepräsident des BAV, Karl Scheurer, als Koreferent. Eine stark gekürzte Fassung (Untertitel der Redaktion) des heute noch beeindruckenden Vortrages¹⁵ von Karl Scheurer soll dem Leser nicht vorenthalten werden, sind doch darin die damaligen Wünsche, Sorgen und Kritiken des bernischen Fürsprechers besonders deutlich erkennbar.

Die damalige Stellung des bernischen Fürsprechers im Zivilprozess oder: «Mehr Form als Geist»

«Die Tätigkeit des Anwaltes unter dem gegenwärtigen Verfahren kann in vielen Beziehungen nicht als eine freie, selbständige Geistesarbeit angesehen werden. Im Schriftenwechsel muss der Kläger sein Augenmerk auf die richtige Innehaltung der zahlreichen Vorschriften lenken, die verschiedenen Rechtsbegehren in der gehörigen Reihenfolge aufmarschieren lassen, seine Klagebegründung nicht etwa nach logischen oder historischen Gesichtspunkten zusammenstellen, sondern namentlich mit Rücksicht auf die ihm zur Verfügung stehenden Beweismittel in kleine Artikel zerreißen, die durch eine peinlich genaue Bezeichnung der Beweismittel zu

¹⁵ Protokoll des ausserordentlichen Anwaltstages vom 12. Januar 1907. Korreferat von Karl Scheurer. Eine überarbeitete Fassung ist zu finden in ZBJV 43, 1907, 5.233 ff.

trennen sind, das Editionsbegehren, das ja vernünftigerweise selbstverständlich sein sollte, ja nicht vergessen und was dergleichen anregende Dinge mehr sind. Hat der Kläger noch eine gewisse Freiheit, so ist der Beklagte bei seinen Vorkehren an diejenige Ordnung gebunden, die der Kläger der Klage zu geben beliebt hat.

Dass dieses Verfahren daneben noch leichtsinnige Bestreitungen in hohem Mass begünstigt, wissen wir alle aus eigener Gewohnheit und Sünde am besten. Ähnlich gestalten sich die Verhältnisse im Verlaufe des Verfahrens; der Laie der zum ersten Mal einer Beweisentscheidungsverhandlung beiwohnt oder einem Aktenschluss, muss in den meisten Fällen einen eigentümlichen Begriff von unserer Tätigkeit haben, während wir alle durch die Gewohnheit gegen das Unwürdige, um nicht zu sagen Stumpfsinnige, des Auftretes abgehärtet sind.

Unser jetziges Verfahren bindet die Partei und den Anwalt zu sehr, es kommt in der Regel nicht darauf an, wie etwas gemacht wird, sondern dass es im richtigen Moment getan wird. Es ist jedenfalls nicht angetan, die geistige Arbeit dem Umfang und dem innern Wert nach zu fördern, es verlangt die Kenntnis der Formen auf Kosten des Inhalts.

Wenn aber die Arbeit im Prozess selber in erster Linie auf die Innehaltung der Form und erst in zweiter Linie auf die gehörige Durcharbeitung der Sache selbst gerichtet sein muss, so ist es klar, dass bei der fehlenden Anregung, bei der Beschränkung, die dadurch die geistige Arbeit erfährt, ein nachteiliger Einfluss auf die geistigen Eigenschaften des Anwaltes nicht ausbleiben kann.

Welchen Ausdruck haben diese Verhältnisse bei uns gefunden? Der Zwang der auf dem Anwalt lastet, hat ihn dazu geführt, da wo keine Formvorschriften bestehen, sich durch die äusserste Form-

losigkeit zu entschädigen. Die Folge davon ist eine Würdelosigkeit unserer Verhandlungen vor dem Gericht, die in vielen Fällen geeignet ist, den Respekt vor der verhandelten Sache, in letzter Linie vor dem Rechte selbst zu beeinträchtigen und zwar nicht etwa nur bei den Parteien, sondern schliesslich auch beim Anwalt und beim Richter.

Eine fernere Folge ist die, dass die eigentliche Geistestätigkeit sich mit der Beachtung der Formen im wesentlichen erschöpft und für die Sache selbst wenig übrig bleibt.»

Ein Vergleich über die Kantonsgrenzen

«Der bernische Anwaltsstand darf, was die Kenntnisse, die Rechtlichkeit und die Hingabe an seinen Beruf anbetrifft, mit jedem andern den Vergleich aufnehmen.

Ich muss aber bekennen, dass ich schon häufig den ganz bestimmten Eindruck erhalten habe, die Kollegen anderer Kantone seien uns in geistiger Hinsicht überlegen und namentlich auch im Vorteil uns gegenüber in der Art des Auftretens, in der Leichtigkeit der Auffassung und der Verwertung ihrer Mittel.

Um nur einen Punkt zu berühren, sei die Tatsache erwähnt, dass die forensische Beredsamkeit im Kanton Bern bis auf einen kleinen Überrest verschwunden ist.»

Die Voraussetzung der geistigen Beweglichkeit des Fürsprechers

«Und doch ist es gerade der Beruf des Anwaltes, der eine grosse geistige Beweglichkeit verlangt. Er kommt mit allen Teilen der Bevölkerung, mit allen möglichen Charakteren in Berührung. Der Gegenstand der Prozesse führt ihn von einem menschlichen Tätigkeitsgebiet ins andere. Von der Medizin zum Baufach, vom Handel mit Edelsteinen und Ge-

mälden zu demjenigen mit Vieh und Abfällen; er soll in Ehestreitigkeiten sich ein richtiges Urteil bilden und seinem Klienten es nachfühlen können, wenn er gemäss Art. 55 O.R. in seinen persönlichen Verhältnissen sich ernstlich verletzt fühlt. Sein Geist muss innert der kürzesten Frist in den allerverschiedensten Richtungen tätig sein, und wenn auch der Gegenstand des Streites sich vielfach wiederholt, so wechseln die Personen des Auftraggebers und des Gegners und bringen mit jedem neuen Streitfall neue Verhältnisse, die für die Art des Vorgehens von Bedeutung, vielleicht von entscheidendem Einfluss sein können.»

Die Bereitschaft für Neuerungen

«Wenn also auch bisherige süsse Gewohnheiten werden verschwinden müssen, so ist dies kein genügender Grund für die Anwälte, sich einer Neuerung, die als notwendig anerkannt ist, zu widersetzen. Sie verhehlen es sich durchaus nicht, dass der Prozess nicht für sie da ist, sondern dass sie in erster Linie für das Interesse der Parteien zu kämpfen haben, und sie können das Opfer ihrer Bequemlichkeit umso eher bringen, als die vollständige Aufhebung der Eventualmaxime sie andererseits von schwer empfundenen Formfesseln befreit.»

Das Interesse des Gesetzgebers am tüchtigen Fürsprecher

«Der bernische Gesetzgeber betrachtet den Anwalt als ein Organ der Rechtsprechung, und da die Güte der letztem in sehr hohem Masse von der Tüchtigkeit derjenigen abhängig ist, die sie auszuüben haben, so ergibt sich daraus ohne weiteres der Schluss, dass der Gesetzgeber das grösste Interesse daran hat, neben tüchtigen Richtern auch für einen tüchtigen Anwaltsstand zu sorgen.»

Das Ziel des Prozesses ...

«Soll es gelingen, ein Verfahren aufzustellen, das nicht nur zu einem raschen, sondern auch zu einem gerechten Urteil führt, so ist das allerdings auf der einen Seite vom Gesetz selbst abhängig, auf der andern Seite aber nicht weniger von seiner Anwendung, und man wird ganz allgemein den Satz als richtig anerkennen müssen, dass das erstrebte Ziel, ein rasches und richtiges Urteil, unter jedem Verfahren nur durch vermehrte Tätigkeit der Beteiligten erreicht werden kann.»

... und die Stellung des Fürsprechers im Verfahren an sich ...

«Es ist für den Anwalt von Bedeutung, welche Stellung ihm im Verfahren zugewiesen wird, namentlich gegenüber dem Richter, welches Tätigkeitsgebiet ihm zugänglich gemacht, unter Umständen sogar ganz vorbehalten wird; welche Arbeit von ihm verlangt und welche Vergütung ihm für seine Tätigkeit geboten wird.»

... speziell die Freiheit und die Verantwortung

«Wie weit der Gesetzgeber in der Ausgleichung dieser verschiedenen Interessen gehen will, ist eine Frage der Abschätzung, der jeweiligen Verhältnisse, nicht des Grundsatzes; der Anwalt wird dabei mit seinen Interessen nicht in erster Linie gehört zu werden verlangen.

Er kann und muss nur an einer Forderung festhalten, dass den Parteien und damit dem Anwalt die notwendige Freiheit bleibe, ihr Recht so zu verfechten, wie es ihnen angezeigt erscheint. Der Anwalt hat eine gewisse Freiheit der Bewegung notwendig; es muss ihm ein gewisses Mass eigener Verantwortung überbunden werden; er muss seine Kenntnisse, seinen Verstand in der Behandlung des

ihm übertragenen Geschäftes frei betätigen können. Werden die Schranken in dieser Richtung zu eng gezogen, so wird er kein freier Arbeiter des Geistes mehr sein, sondern ein Handlanger ohne geistige Anregung und selbständige Tätigkeit.»

Zum Armenrecht ...

«Eine fernere Bemerkung betrifft die Ordnung des Armenrechtes; ich bin persönlich damit einverstanden bis auf den Punkt, dass ich über die Reihenfolge der Zuweisung armenrechtlicher Geschäfte an die einzelnen Anwälte eine Vorschrift vermisste.»

... und zum Disziplinarwesen

«... und endlich komme ich noch auf die Disziplinargewalt und ihre Ordnung zu sprechen. Die Verhältnisse sollen nach dem Entwurf keine erhebliche Änderung erleiden, der jeweilige Richter soll also, wie natürlich, die Sitzungspolizei ausüben, der Appellhof die eigentliche Aufsicht. Nun ist aber mit dem gegenwärtigen Zustand niemand recht zufrieden, die Anwälte nicht, und, wenn ich recht berichtet bin, die Aufsichtsbehörde ebenfalls nicht. Mir scheint es, die Aufsicht werde in einigen Richtungen zu scharf ausgeübt, namentlich was die Kostenforderungen anbetrifft, in andern und hauptsächlich in schweren Fällen, wo es sich um eigentliche Anwaltsvergehen handelt, zu milde. Ich schliesse mich dem Wunsche des Referenten an, dass im Entwurf die Erleichterung von Anwaltskammern auf dem Dekretsweg und die Beteiligung derselben an der Aufsicht vorgezogen werde.»

Die Zahl der Zivilprozesse an sich ...

«Für unseren Kanton lassen sich darüber bestimmte Zahlen nicht aufstellen, auch nicht an Hand der amtlichen Statistik, die mir wenig Ver-

trauen einflösst. Immerhin zeigt sie, dass die Zivilprozesse oder besser gesagt die Zivilgeschäfte gegenüber früher, d.h. seit den 60er und 70er Jahren beträchtlich abgenommen haben.

Während die Jahre 1878 und 1879 ein Total von ca. 15'000 Geschäften per Jahr aufweisen, sind zu Anfang der 90er Jahre bloss durchschnittlich 6500 zu verzeichnen, die sich in den letzten 5 Jahren auf ungefähr 9000 steigern.»

... und vor dem Appellationshof

«Im Durchschnitt der Jahre 1893–1902 hat der Appellhof jährlich 230 Zivilprozesse entschieden, wobei 460 mal Advokaten Gelegenheit hatten, aufzutreten; bei der Annahme, es existieren 100 Bureaux im Kanton, was der Wirklichkeit ziemlich genau entspricht, trifft es auf einen selbständigen Anwalt $4\frac{1}{2}$ vom Appellhof beurteilte Prozesse per Jahr. Daraus scheint mir in erster Linie hervorzugehen, dass die Existenz der Anwälte nicht in sehr hohem Masse von der Zahl der in oberer Instanz beurteilten Prozesse abhängig ist.»

Die Zahl der Fürsprecher

«Auf wen verteilt sich die Arbeit? Die Überfüllung des Berufes ist in vielen Fällen eine ganz ausserordentliche; bei uns zeigt Zürich eine ungemein grosse Zunahme der Anwälte, die in keinem Verhältnis steht zum Anwachsen der Bevölkerung oder gar zur Vermehrung der Prozesse.

Wir können uns bis jetzt in Bern nicht beklagen; die Zahl der Anwälte hat seit 25 Jahren nicht übermässig zugenommen; wenn man das Verschwinden der Rechtsagenten, deren im Jahre 1880 noch mehrere Dutzend lebten, in Betracht zieht, ist die Zahl der Rechtsbeistände eher zurückgegangen.»

Das Einkommen des Mirsprechers

«Wir sind leider über die Einkommensverhältnisse unseres Standes im einzelnen wenig orientiert. Im allgemeinen wissen wir, dass wenige von uns durch die Ausübung des Berufes Reichtümer angesammelt haben.»

Die Auswirkung des Streitwertes

«Bei dem heutigen Zustand ist es mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten sehr gefährlich, um kleinere Streitwerte, z.B. solche zwischen Fr. 400.- und Fr. 1'000.-, den Prozess zu eröffnen; bei grösseren Streitigkeiten fällt namentlich die Dauer des Verfahrens in Betracht und veranlasst die Parteien, die Sache auf dem Vergleichsweg zu erledigen, wenn sie nicht vorziehen, sie überhaupt liegen zu lassen. Wenn die Parteien sehen, dass sie rasch und mit nicht zu grossen Kosten ihren Streit entscheiden lassen können, so werden sie in nicht seltenen Fällen sich zum Prozess entschliessen, wo sie heute davon absehen.»

Einkommen und Unabhängigkeit des Fürsprechers

«Von andern Betrachtungen ausgehend muss der Gesetzgeber zum gleichen Resultat kommen: Der Anwalt ist eine Art erster Instanz; bei ihm werden eine Unzahl von Streitigkeiten erledigt, sei es, dass er sie zu beseitigen weiss, sei es, dass er von der Anhebung des Prozesses abrät. Wie wir alle wissen, ist dieser Teil unserer Tätigkeit kein sehr erfreulicher. Der Klient, dessen Sache der Anwalt als zweifelhaft oder schlecht bezeichnet, ist regelmässig wenig erbaut und ist leicht geneigt, den Anwalt als unfähig zu betrachten, wenn er ihn nicht sogar in den Verdacht zieht, er stehe mit dem Gegner im Bunde. Wie soll nun der Anwalt diese schwierige Tätigkeit richtig ausüben können, wenn er auf jedes Geschäft er nicht

sein muss, und wenn er zudem mit dem Geschäft, das er als ungünstig bezeichnet, in vielen Fällen das Vertrauen des Klienten verliert? Wie soll er im Falle des Vergleiches, im Laufe des ganzen Prozesses überhaupt, das Interesse seiner Klienten wahren, wenn es mit der dringenden Notwendigkeit, sich das tägliche Brot zu erwerben, im Widerspruch steht? Der Anwalt muss so gestellt werden, dass er vom einzelnen Geschäft unabhängig ist. Er muss aber auch unabhängig sein seiner ganzen Stellung nach. Er muss das Recht verteidigen, unter welchen Umständen auch immer es sei; ohne Rücksicht auf den Richter, ohne Rücksicht auf den Gegner, vielleicht gegen die Interessen grosser, einflussreicher Kreise, gegen die ganze öffentliche Meinung. Wo sollen die Unabhängigkeit, die Unerschrockenheit, die der Stolz unseres Standes sein sollen, herkommen, wenn wir in der freien Bewegung durch Rücksichten auf unsere Existenz gehemmt werden?

Der Gesetzgeber muss dem Anwaltsstand seine Natur, von der überhaupt die richtige Pflichterfüllung abhängig ist, zu wahren suchen; verhilft er ihm nicht zu einer richtigen finanziellen Stellung, so beraubt er ihn damit der Unabhängigkeit, wenn er ihn nicht geradezu dem Winkeladvokatum oder der Unehrlichkeit gegenüber Klienten und Gerichten zuführt.

Er muss dahin trachten, dass der beschäftigte Anwalt auch ein Einkommen bezieht, das ihm und seiner Familie eine gesicherte Existenz verschafft.»

Das Erfordernis eines neuen Tarifes ...

«Es wird also unbedingt ein neuer Tarif erstellt werden müssen; wie er zu gestalten sein wird, ist zur Stunde noch schwer zu sagen. Welche der möglichen Systeme er einführen will, wird noch näher zu prüfen sein.»

... nicht für den Aussöhnungsversuch ...

«Den Ansatz von Fr.2.17 für die Assistenz im Aussöhnungsversuch könnte man als Merkwürdigkeit ja an und für sich beibehalten.»

... die damit zusammenhängenden Probleme und ein warnender Rückblick

«Einen Anwaltstarif in Form eines Gesetzes werden wir übrigens schwerlich je bekommen, sowenig als dies für die erhöhten Besoldungen möglich gewesen wäre. Wir brauchen nur die Verhandlungen aus dem Jahr 1850 über den gegenwärtig noch geltenden Tarif und ihr Resultat nachzulesen. Ein besonders hitziger Grossrat, der bei jedem Ansatz Herabsetzung verlangte, sagte von den Anwälten: (Wenn auch die Herren nicht von Braten und Hühnern, Tauben und Champagner den Magen vollgestopft haben, so leben sie umso länger.) Oder: (Sie sollen etwas häuslicher sein, einige Flaschen Champagner weniger trinken, weniger binoggen, früher zu Bett gehen und früher aufstehen, nach dem Sprichwort Morgenstund hat Gold im Mund.) Oder: (Wie viele gibt es, die nichts tun als Saufen und Fresen, man könnte noch mehr anführen, z.B. die Kebsweiber.) Hier hat ihn der Vorsitzende, man möchte fast sagen (leider unterbrochen. Wenn auch mehr als 60 Jahre vergangen sind, so lassen doch diese Worte immer noch einen Schluss zu, wie der Tarif vor dem Volke bestehen würde.»

Zum Abschluss: Das vornehme Bundesgericht

das Bundesgericht hat allerdings erklärt, es sei kein Bedürfnis für einen vornehmen Anwaltsstand vorhanden; es genügt ihm offenbar, dass wir ein vornehmes Bundesgericht haben.»

Vielfalt der Aufgaben (1907–1910)

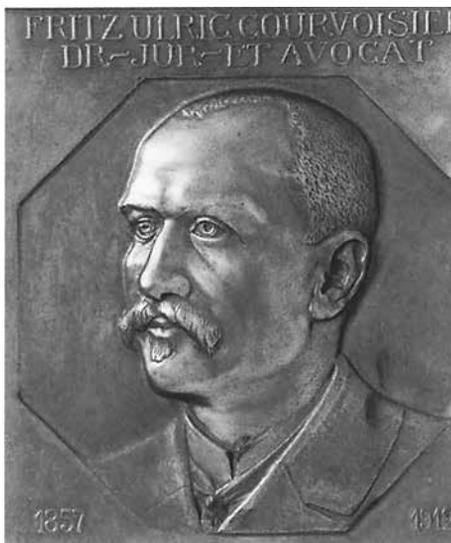
Prof. Thormann informierte am Anwaltsag 1907 in Twann – nach einem Vortrag von Dr. Courvoisier in französischer Sprache zum Berufsgeheimnis – über den Stand der Vorbereitungen zu einem neuen Strafverfahren, der damals neben dem Zivilprozess und der Verwaltungsrechtspflege dritten reformbedürftigen kantonalen Verfahrensordnung.

Der Vorsitzende «gedenkt der Annahme des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, das uns die langersehnte Rechtseinheit bringen wird, unter warmen Worten der Anerkennung und des Dankes an den Schöpfer Herrn Prof. Dr. Eugen Huber», ist im Protokoll des Anwaltstages 1908 vermerkt. Karl Scheurer wies an dieser Tagung darauf hin, dass im Kanton Bern die gesetzlichen Grundlagen nur wenig zur Ausbildung und Berufsausübung des Fürsprechers aussagen und der Verband viel mehr «eigentlich alles verkörpert, was an Organisation vorhanden ist»¹⁶. Eine spezielle gesetzliche Regelung des Berufsstandes nach dem System in Nachbarstaaten wie Frankreich und Deutschland¹⁷

¹⁶ Protokoll des ordentlichen Anwaltstages vom 1. Juli 1908. Vortrag von Fürsprecher Karl Scheurer.

¹⁷ Damaliges deutsches System: Die Fähigkeit zum Richteramt ist Voraussetzung zur Rechtsanwaltschaft. Über die Zulassung entscheidet die Justizverwaltung, die ein Gutachten von der Anwaltskammer einzuholen hat. Die Zulassung erfolgt bei einem bestimmten Gericht. Die Organisation sieht im Bezirk jedes Oberlandesgerichtes eine Anwaltskammer vor. Diese setzt sich aus sämtlichen Anwälten des Bezirks zusammen. Sie wählen einen Vorstand, der die Haupttätigkeiten übernimmt.

Damaliges französisches System: Die Anwälte bilden eine assemblée générale de l'ordre mit einem conseil de discipline oder conseil de l'ordre. Dieser Vorstand erteilt die Zulassung sowohl zum Stage wie zur selbständigen Berufsausübung.



Dr. Fritz Courvoisier (Friedrich Ulrich Courvoisier), Biel. Präsident 1910–1912 (Foto: Museum Schwab, Biel).

schien allerdings nicht tunlich, erforderlich dagegen die Bildung einer Anwaltskammer. Erfolg zeigte dagegen eine Intervention des Verbandes beim Richteramt I Bern für häufigere Aussöhnungsaudienzen. Ein wenig erfreulicher Hauskrach entstand im Frühjahr 1910 nach einer vom SAV angeordneten Stellungnahme des Vorstandes in einer Angelegenheit «Wettstein»¹⁸. Aktuar Ruprecht, mit dem Büro Wettstein liiert, verliess den Vorstand, dessen Auffassung er nicht teilte, und den Verband.

Die bernische «Anwaltskammer» ersuchte im April 1910 ihre Mitglieder, die Kanzleien am Samstag um fünf Uhr abends zu schliessen. Eine Erleichterung für den Fürsprecher bedeutete die Bereit-

schaft der I. Strafkammer, gegen Entschädigung gleichzeitig mit der Vorladung an die Parteien auch den Anwälten eine Terminanzeige zu übermitteln. Um dem initiativen Dr. Courvoisier das Präsidentenamt übertragen zu können, akzeptierte die Hauptversammlung 1910 im Thunerhof in Thun eine Statutenänderung; das bislang geltende Erfordernis des Wohnsitzes des Präsidenten in Bern entfiel unter der Voraussetzung, dass beide Vizepräsidenten in der Kantonshauptstadt Domizil hatten. Allerdings sollte der Verband später noch zweimal darauf zurückkommen.

Das bevorstehende Inkrafttreten des ZGB warf seine Schatten voraus. Dr. Guhl, Privatdozent an der Uni Bern und nachmaliger hochgeachteter Professor, behandelte in einem Referat «Die Übergangsbestimmungen des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, unter Berücksichtigung des bernischen Rechts.» Der Verband bat (gemeinsam mit dem Juristenverein) Prof. Eugen Huber, zur Einführung für Praktiker Vorträge mit anschliessender Diskussion zu halten.

Zivilprozessordnung, Anwaltskammer und Anwaltstarif (1911–1919)

Wohl wegen des den Fürsprecher hautnah berührenden Themas («Disziplinar- und Tariffragen») nahmen an die 50 Mitglieder am ausserordentli-

¹⁸ Advokaturbureau Dr. Georg Wettstein (Zürich). Ein bernischer Vertreter dieses Büros erklärte, er übernehme persönlich die Verantwortung, auch wenn er als Vertreter des Advokaturbüros Wettstein einen Prozess führe. In einem Zirkular betonte Dr. Wettstein, das Institut solle kein Konkurrenzgeschäft, sondern ein «advokatisches Hilfsinstitut» sein, das seine Dienste und Einrichtungen (Materienkatalog, Zentralbibliothek, Übersetzungsabteilung, Anwaltskatalog etc.) allen Kollegen zur Verfügung stelle.

chen Anwaltstag vom 14. Januar 1911 im Café National in Bern teil. L. Merz kritisierte als Referent insbesondere die uneinheitliche Organisation der Disziplinarbehörde, teilten sich doch der Appellationshof und das Obergericht in die Kompetenzen. Als beste Lösung erachtete er eine Disziplinkammer bestehend aus Oberrichtern und Anwälten. An einem ausserordentlichen Anwaltstag vom 25. Oktober 1911 fand ein vorgelegter Entwurf zu einem Dekret über das gerichtliche Verfahren vor dem Handelsgericht die überwiegende Zustimmung der Fürsprecher.

1912 verstarb Dr. Courvoisier nach kurzer Amtszeit als Präsident. Obgleich der Schweizerische Anwaltstag im Jahr 1912 kurzfristig nach Bern verlegt worden war, blieb es bei den getroffenen Dispositionen für den Bernischen Anwaltstag (am 1. Juli im Hotel Bären in Twann).

Angesichts der teilweise grossen Belastung des armenrechtlich prozessführenden Anwaltes befürworteten die Mitglieder am ausserordentlichen Anwaltstag vom 13. Januar 1913 nach einem Referat von Hans Römer sowohl die Bezahlung eines gewissen Honorars durch den Staat (wie in mehreren anderen Kantonen bereits üblich) als auch den Ersatz der Auslagen. Die Beratung eines Zirkulars der Justizdirektion über die Zivilprozessreform unterblieb dagegen, weil der Gesetzesentwurf noch nicht vorlag. Aufsehen erregte die Angelegenheit «Von und zu Falkensteins»¹⁹, in welche das Mitglied Martin verwickelt zu sein schien.

Weniger interessiert zeigten sich die Anwälte an der Strafprozessreform; angesichts der geringen Zahl der erschienenen Mitglieder (ca.20) musste ein dazu am ausserordentlichen Anwaltstag vom 2. Februar 1914 vorgesehener Vortrag sogar verschoben werden. Die anwesenden Fürsprecher wünschten



Carl Jahn, Bern. Präsident 1912–1913.

weiterhin die Bildung einer Anwaltskammer als Aufsichtsbehörde; ein Teilnehmer plädierte sogar für die Abschaffung jeglicher Disziplinargewalt des Vorstandes. Auf mehr Interesse als das Strafverfahren stiess im gleichen Halbjahr der inzwischen vorgelegte Entwurf zu einer neuen Zivilprozessord-

¹⁹ Die Affäre «von und zu Falkenstein» entstand im Anschluss an den Verkauf der Burg Falkenstein an einen Herrn Malmström. Im Zentrum des Streits stand die Frage, ob der Verkäufer und dessen Helfer dem Herrn Malmström eingeredet hatten, mit der Burg erwerbe er auch den Titel (vgl. hierzu die Reproduktion eines Artikels aus dem «Bund» vom 20. Februar 1913 auf Seite 321. Der BAV hatte sich mit der Angelegenheit zu befassen, weil der Verdacht bestand, eines der Mitglieder sei in den Handel verwickelt gewesen.

„Von und zu Falkenstein...“
Eine Raubrittergeschichte
 Aus dem Bundesgericht schreibt man uns:

† Lausanne, 18. Febr. 1913.

Am 12. Februar 1908 erschien in einer Stuttgarter Antiquitäten-Zeitung ein Inserat folgenden Inhalts:

„Schloß aus dem 12. Jahrhundert, mit sämtlichem Inhalt, sowie urkundlichem Alt. Stammbaum, Wappen, Siegel, zc. und Recht auf Adel und Titel in nächster Nähe der deutschen Grenze, in ungewöhnlich malerischer und romantischer Lage ist um einen Spottpreis zu verkaufen. Die felsenthronende, alte Ritterburg zur Zeit bewohnt, liegt in nächster Nähe von Waldpark und Wasserfall und ist mit dem Eisenbahnnetz verbunden.“

Ein Schwede Namens Malmström, der sich um diese Sache interessierte, erhielt die Auskunft, daß es sich um die Ruine Alt-Falkenstein im Kanton Solothurn handle.

Wie schon in einem Feuilleton des „Bund“ bemerkt wurde, ist seinerzeit der Kaufvertrag wirklich zustande gekommen, indem der Schwede M. die Burgruine, die auf zirka Fr. 8500 geschätzt war, um die Summe von Fr. 23,000 erwarb und hierauf eine Anzahlung von Fr. 6000 leistete. Mehr als um Ruine, Landbesitz, Romantik, Waldpark und Wasserfall, war es ihm aber darum zu tun, den Titel eines „Herrn von und zu Falkenstein“ zu erwerben, welches Recht ihm vom Verkäufer, dem basellandschaftlichen Anwalt Niklaus Feigenwinter ausdrücklich zugestanden wurde und wofür ihm seitens des bernischen Advokaturbureaus Ernst und Martin im Namen des Verkäufers eine hübsche, mit Wappen und drei Siegeln versehene, goldverzierte Urkunde ausgehändigt wurde, in der Herr Axel Leo Malmström bereits mit dem Prädikat „von und zu Falkenstein“ ausgezeichnet wurde!

Als dann aber dem Käufer von einem in Schweden wohnenden Nachkommen des alten Freiherrgeschlechtes „derer von Falkenstein“ das Recht zur Führung dieses Titels bestritten wurde und weder die königliche Regierung von Schweden noch die republikanische Regie-

rung von Solothurn für eine Abänderung des Namens Malmström in „von und zu Falkenstein“ zu haben war, fühlte sich der Käufer schmerzlich betrogen; denn ohne diesen Titel galt ihm das alte Raubritterschloß nichts. Er klagte auf W a n d e l u n g d e s K a u f e s und die schweizerischen Gerichte haben sein Begehren geschützt. — Das solothurnische Obergericht hat gefunden, daß der Käufer in betrügerischer Weise in den Glauben verlegt wurde, er dürfe sich nach der Erwerbung des alten Herrensitzes in der Klus auch den klingenden Titel „von und zu Falkenstein“ beilegen, wobei ihm die Verkäufer verschwiegen, daß in der Schweiz die Nobilitierung abgeschafft ist. Es erklärte daher den Verkauf als u n v e r b i n d l i c h und verpflichtete die Verkäufer auf Rückerstattung der bereits erhaltenen Anzahlung. Eine weitergehende Entschädigung des Klägers wies es dagegen als unbegründet von der Hand.

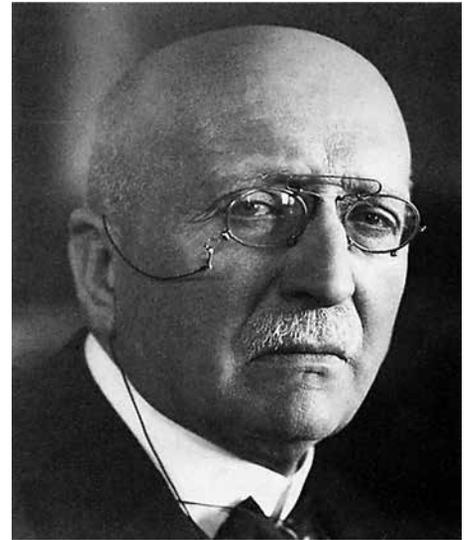
Das Bundesgericht, welches hierauf von beiden Seiten auf dem Wege der Berufung angegangen wurde, ist auf den Prozeß, soweit es sich um den vom kantonalen Recht beherrschten Kauf der Liegenschaft und des Titels handelt, nicht eingetreten und hat in bezug auf die Entschädigungsforderung das kantonale Urteil bestätigt.

Konnte das Bundesgericht auf die Hauptfragen des Prozesses materiell nicht eintreten, so gab es im Verlaufe der Beratung doch dem Gefühl gerechter Mißstimmung Ausdruck, daß schweizerische Anwälte sich zusammentun konnten, um wider Treu und Glauben einen mit unserer Sprache und unseren Verhältnissen unvertrauten Ausländer hinters Licht zu führen und ihn in den Glauben zu verlegen, er könne durch einen gewöhnlichen Liegenschaftentkauf Titel und Prädikative eines alten, bei uns längst ausgestorbenen Adelsgeschlechtes erwerben und daraus Rechte ableiten.

nung. Beratungen an ausserordentlichen Tagungen vom 6. und 20. April führten zum Beschluss, «den Vorstand mit der Eingabe an die Justizdirektion zu betrauen und ihm alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu überlassen»²⁰. Am Anwaltstag 1914 beantragte der Vorstand, Fürsprecher Martin wegen seines Verhaltens gegenüber dem Vorstand [Nichtbeantworten von schriftlichen Anfragen] aus dem Verband auszuschliessen. Martin gab ein teilweise unkorrektes Verhalten zu und verpflichtete sich, die Briefe des Vorstandes in Zukunft stets zu beantworten. Überdies stellte er klar, dass er an der Angelegenheit «Falkenstein» nicht beteiligt gewesen sei; sein gewesener Associe Dr. Ernst habe sich damit befasst. Das Protokoll erlaubt unter Ziffer 11 übrigens einen gewissen Einblick in die damaligen Gepflogenheiten an einer Jahrestagung:

«Das Essen verlief bei ausgezeichnetem (Speis und Trank) aufs beste und war sehr gemütlich; ebenso die nachherige Tagung im Garten. Nach Erledigung der üblichen Bowle wurde gegen 6 Uhr von dem gastlichen Flamatt in frohester Stimmung Abschied genommen».

Der Ausbruch des I. Weltkrieges und die damit verbundene Mobilmachung bewirkten nicht nur eine Zaesur in der Verbandstätigkeit, sondern führten auch zu Belastungen der Solidarität unter den Fürsprechern. So gab das Verbandsmitglied Dumont in einem Inserat im «Bund» bekannt, sein Büro bleibe während der Grenzbesetzung geöffnet, was den Unwillen des Vorstandes hervorrief. Der mit der Behandlung dieser Affäre betraute Leopold Wyler forderte zwar Dumont schriftlich auf, er möge auf derartige Inserate in Zukunft verzichten, verwendete dabei aber Worte wie «Bauernfang» und «betrügerische Anpreisung», so dass sich der Vorstand



Paul Charmillot, St. Imier.
Präsident 1913–1919
(Foto: Weltwoche).

mit der Aufgabe konfrontiert sah, die hoch gegangenen Wellen zu glätten.

Über eineinhalb Jahre dauerte es bis zur ersten Versammlung nach Kriegsausbruch, einem ausserordentlichen Anwaltstag vom 17. April 1916. Aus einer Debatte über den Anwaltszwang und die Kostenaufgabe an den unterliegenden Staat im Verfahren vor der kantonalen Rekurskommission resultierte der Auftrag an den Vorstand, in geeigneter Weise mit dem Verwaltungsgericht und der Rekurskommission Rücksprache zu nehmen. Erneut kam es zu Klagen wegen des Verhaltens der Ge-

²⁰ Protokoll des ausserordentlichen Anwaltstages vom 20. April 1914.



Dr. Paul Guggisberg, Bern.
Präsident 1919–1920
(Foto: Schweiz. Landesbibliothek).

richte, die «im Ansetzen der Termine auf die Anwälte gar keine Rücksicht nehmen»²¹. Den Hauptzweck der Tagung bildete die Beratung der neuen Zivilprozessordnung. Den Wünschen des Anwaltsverbandes war weitgehend Rechnung getragen worden. Ein neuer Anwaltstarif sollte durch ein grossrätliches Dekret erlassen werden, ebenso die Bildung einer Anwaltskammer. Die Mitglieder beauftragten deshalb den Vorstand, einen Dekretsentwurf zu verfassen. Zur Vertiefung dieses Themenkreises erörterte Otto Müller (Langenthal am Anwaltstag vom 1. Juli 1916 in Wangen a. A. «Grundlagen des Dekretes über die Anwaltskammer und den Anwaltstarif». Im gleichen Jahr bestand Fräulein Zraggen das «juristische Examen»²²

mit Erfolg; das bot dem Vorstand Gelegenheit, endlich einmal aus dem üblichen Trott zu tanzen, indem er der Dame nicht nur telegrafisch seine Glückwünsche übermittelte, sondern sogar einen Blumenstrauss konzidierte.

Anwaltskammer und Tariffragen beschäftigten den Verband weiterhin, so am ausserordentlichen Anwaltstag vom 15. Januar 1917 im Bürgerhaus Bern. Dem Antrag von Eduard von Steiger, nachmaliger Bundesrat, die Anwaltskammer sei aus fünf Anwälten, drei Berufsrichtern und einem Regierungsrat als Vorsitzenden zu bilden, und der Ansicht verschiedener Mitglieder, es sei im Moderationsverfahren eine dreissigtägige Beschwerdefrist vorzusehen, stimmten die Teilnehmer zu. Jurassische Fürsprecher vertraten allerdings die abweichende Meinung, die Honorare sollten nicht nach dem Streitwert, sondern nach der Kompetenz des Gerichtes, vor welchem sich der Prozess abspielte, festgesetzt werden, ein Beispiel dafür, wie verschieden die Rechtsstruktur und die Rechtstradition in den beiden Kantonsteilen waren. Bereits am 19. Februar, wegen des Einrückens der 2. Division in den Aktivdienst vorverschoben, schlossen die Mitglieder die Beratung ab und beauftragten Otto Müller, die Eingabe definitiv zu redigieren; unberücksichtigt blieb der Vorschlag der jurassischen Anwälte.

Die bernischen Fürsprecher feierten zwar das 25. Geburtsjahr des Verbandes an einer Jubiläumsveranstaltung am 25. Juli 1917 im Grand Hôtel auf dem Mont Soleil ob St-Imier und im Mazot des SAC; angesichts der «abnormalen Zeiten» verzichteten sie

²¹ Protokoll des ausserordentlichen Anwaltstages vom 17. April 1916.

²² Aus den Quellen geht nicht hervor, welche Prüfung Frau Zraggen abgelegt hat, sie war aber nicht die erste Studentin der Rechte in Bern.

jedoch auf eine Neuwahl des Vorstandes. Eine Entlastung des Vorstandes (angesichts offenbar mühsamer Mutationsmeldungen) bedeutete der Beschluss auf Löschung des Vereins im Handelsregister. Die Prüfungskommission für Fürsprecher beanstandete die an Staatsexamen feststellbare zu geringe praktische Ausbildung der Kandidaten. Zudem erfolgte eine Orientierung über die Vorarbeiten für eine Hilfs- und Krankenkasse des SAV.

Am Anwaltstag 1918 erregte ein Antrag auf Schliessung sämtlicher Büros der Mitglieder am Samstagnachmittag die Gemüter. Die Begründung zur negativen Stellungnahme der Versammlung lautete: «An Samstag Nachmittagen werde der Provinzial-Anwalt am meisten aufgesucht, weil er an diesem Tage am sichersten anzutreffen sei»²³.

Auf den 1. September 1918 trat die neue Zivilprozessordnung in Kraft, gleichzeitig auch die Grundlage zu den Dekreten über die Gebühren der Anwälte und über die Anwaltskammer. Zwar war damit das während mehr als einem Jahrzehnt angestrebte Ziel erreicht; indessen erwies sich der Entwurf des Tarifs der Justizdirektion für die Anwaltschaft ungünstiger als erwartet. In einer Eingabe an den BAV beschwerte sich der Zentralvorstand des Verbandes der Beamten und Angestellten bernischer Rechts- und Verwaltungsbureaux über die herrschenden Lohnverhältnisse.

Am 28. November 1919 verabschiedete der Grosse Rat die Dekrete über die Gebühren der Anwälte und über die Anwaltskammer. Der Information über die neuen Tarife und den Vorschlägen zur Wahl von Mitgliedern in die Anwaltskammer war eine ausserordentliche Tagung vom 2. Dezember 1919 im Bürgerhaus in Bern gewidmet; bei der Wahl in die Anwaltskammer sollte auf die verschiedenen Landesteile Rücksicht genommen werden.

Die Zwanziger- und Dreissigerjahre: Grosse und kleine Probleme (1920–1938)

Nach einem offenbar ruhigen Jahr – Anwaltstag 1920 im Hotel Wildbolz in Hilterfingen, Erhöhung des Jahresbeitrages auf Fr. 15.–, Reservation einer Seite für wichtige Mitteilungen des BAV in der Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins – darf das folgende Jahr als ein Meilenstein in der Verbandsgeschichte qualifiziert werden.

Die beimischen Fürsprecher nahmen am Anwaltstag vom 15. Juli 1921 im Hotel Falken in Neuenstadt Frau Albertine Hänni-Wyss als erstes weibliches Verbandsmitglied auf²⁴. Eine umfassende Statutenrevision betraf vor allem die Kompetenzen des Anwaltstages, die Zusammensetzung und Amtszeit des Vorstandes (neu 4 Jahre), die Rückkehr zum Erfordernis des Wohnsitzes des Präsidenten und eines Vizepräsidenten in Bern und den Modus bei Statutenänderungen resp. bei der Verbandsauflösung. Im Jahresbericht wird mit Genugtuung festgehalten, die Anwaltskammer habe am 1. Januar 1920 ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Bedenken wegen der zahlenmässigen Überlegenheit der richterlichen Mitglieder hatten sich als unbegründet erwiesen. Die Zuständigkeit der Anwaltskammer zur Beurteilung unkollegialen Verhaltens von Fürsprechern, bis heute einzigartig in der Schweiz, entlastete nicht nur den Vorstand, sondern setzte auch den Diskussionen über dessen Disziplinarbefugnis ein – wie sich etwa 15 Jahre später zeigen sollte – vorläufiges Ende.

²³ Protokoll des Anwaltstages vom 1. Juli 1918.

²⁴ vgl. B Beitrag «Liebe Albertine» auf Seite 66.



Roland Brüstlein, Bern. Präsident 1920–1923.

Die geringe Beteiligung an dem 1922 versuchsweise im Herbst durchgeführten Anwaltstag liess es als sinnvoll erscheinen, in Zukunft «nach alter Übung den Anwaltstag vor den Gerichtsferien anzusetzen»²⁵. Im Jahresbericht ist der wachsende Unmut über die wieder aufkommenden «Rechtsbureaux» mit ihrer teilweise sehr auffälligen Werbung deutlich spürbar, speziell aus der Äusserung des Präsidenten:

*«Wir geraten im Kanton Bern nach und nach wieder in die Zeit der Rechtsagenten, Winkeladvokaten und Prozessuhälter zurück, so dass sich früher oder später für die Behörden die Notwendigkeit ergeben wird, hier Remedur oder doch Kautelen im allgemeinen Interesse zu schaffen.»*²⁶

Relativierenden Thesen zur Schweigepflicht des Fürsprechers von Dr. H. Rennefahrt, später Professor, hielt der Präsident Leitsätze entgegen, die auf einem absoluten Berufsgeheimnis beruhten.

Anlässlich des Anwaltstages 1923 befasste sich Generalprokurator F. Langhans mit dem Jugendstrafrecht und den Jugendgerichten, mit deren Regelung sich Bern im Vergleich zu andern Kantonen schwer tat. Weil in den ersten Entwürfen zu einem neuen Steuergesetz die Vertretung von Klienten nicht nur Anwälten und Notaren, sondern auch konzessionierten Treuhandgesellschaften eingeräumt war, befürchtete der Vorstand Irrtümer im Publikum über die Berechtigung zur Vertretung in andern Rechtssachen; schliesslich gelang es, die Streichung dieser Erweiterung durchzusetzen.

In den Jahren 1924 bis 1926 stagnierte offenbar die Verbandstätigkeit, wie eine geringe Zahl von Vorstandssitzungen und die Anwesenheit von bloss 20 bis 25 Mitgliedern an den Jahrestagungen aufzeigt. Am Anwaltstag 1924 verzichteten die Teilnehmer sogar auf einen wissenschaftlichen Vortrag und gingen «bummeln». Allerdings riefen Tariffragen heftige Diskussionen hervor. Zwei krasse Fälle beschäftigten sogar den Grossen Rat. Aus der Sicht des Verbandes lag der Fehler jedoch weniger im Tarif selbst als in dessen Anwendung. Schliesslich bewirkte eine Motion Christen im Grossen Rat einen Änderungsentwurf, den die kantonale Justizdirektion im Herbst 1926 zur Ansichtsausserung vorlegte. Da der Entwurf keine grundlegenden Modifikationen, sondern nur die Senkung einiger Mini-

²⁵ Protokoll des Anwaltstages vom 7. Oktober 1922.

²⁶ Bericht über die Tätigkeit des Verbandes und des Vorstandes 1921/22, erstattet durch den Präsidenten Roland Brüstlein.

malansätze mit einer leichten Verschiebung der Streitwertskala vorsah, verzichtete der Verband auf Einwendungen.

Eine Statutenänderung im Jahre 1927 ermöglichte es endlich – aber nicht endgültig – den aus der Praxis ausscheidenden Mitgliedern, weiterhin als «nicht praktizierende Anwälte» dem Verband anzugehören. Der Entwurf zu einem neuen Gesetz über das Strafverfahren bildete Gegenstand einer eingehenden Beratung an einem ausserordentlichen Anwaltstag im November 1927. Das Protokoll über die Verhandlungen, welches Abänderungsvorschläge enthielt, ging an die Justizdirektion; der Entwurf wurde bloss in einzelnen Punkten geändert. Wohl in der Absicht, den Anwaltstag 1928 im Jura für Teilnehmer aus dem alten Kantonsteil attraktiver zu gestalten, stand eine Autofahrt, anscheinend teilweise mit Privatwagen, von Delsberg über Les Rangiers und St-Ursanne nach Pruntrut auf dem Programm. Unstimmigkeiten liessen den Ruf nach einem Codex über die Geschäftsführung bernischer Anwälte laut werden. Im weitern erwog der Verband Massnahmen gegen die stark zunehmende Zahl von Dres rer. pol., denen es angeblich relativ leicht gemacht werde, ihren Titel zu erlangen, und die sich in vielen bisherigen Tätigkeitsgebieten der Anwälte, u.a. in der Verwaltung, breit machten. Der SAV befasste sich mit dem Tragen der Robe; indes befanden die Berner Fürsprecher, «dass etwas derartiges für den Kanton Bern zur Zeit nicht in Frage kommen könne».

An den Anwaltstag 1930 fuhren die Teilnehmer mit Postautomobilen von Bern nach Wasen i. E. zum Bankett. Im Anschluss daran fand die ordentliche Sitzung auf der Lüderen statt.

Zur Jahresversammlung 1931 waren die Aktiven nach Witzwil zu einem Vortrag von Direktor Keller-



Emil Hügli, Bern. Präsident 1923–1929
(† 23. Januar 1929).

hals über «Vierzig Jahre bernischer Strafvollzug mit besonderer Berücksichtigung der Strafanstalt Witzwil» geladen. Beschwerden wegen zu häufiger Beauftragung bestimmter Anwälte bei der Mandatserteilung durch gewisse Behörden führten zum einstimmigen Beschluss, den Vorstand zur Kontaktnahme mit dem Regierungsrat, dem Gemeinderat der Stadt Bern und (hier mit Erfolg) den Konkursämtern Bern-Stadt und -Land zu veranlassen. Genugtuung – über die guten Beziehungen zum Obergericht – aber auch kleine und grosse Sorgen widerspiegeln sich im Jahresbericht 1930/31. Klagen über allzu moderne Kleidung von Fürsprechern oder Kandidaten beim Auftreten vor Gericht gipfelten in der Feststellung:



Rene von Graffenried, Bern.
Präsident 1929–1938.

«So wurde rapportiert, dass ein Kandidat der Rechte im Regenmantel dem Richter die Schmerzen seiner Klientschaft vortrug und dass auch da und dort im Tennisanzug aufgetreten wird. Der Vorstand hält immerhin dafür, dass es die Achtung vor dem Gerichte und das Ansehen des Anwaltsstandes gebietet, dass auch die Kleidung (dem Ernste der Stunde) entspreche. Der Klient darf nicht dadurch veranlasst werden, zu glauben, das Suchen des Rechtes sei nicht ernst und tief»²⁷.

Gegen die damalige «Not der Juristen», vor allem die schlechte wirtschaftliche Lage junger Anwälte, verursacht durch deren zu grosse Zahl, vermochte der Vorstand wenig auszurichten; bereits wenige

Jahre vorher hatte der SAV angesichts der misslichen Situation die Gymnasien in der Schweiz angeschrieben.

Am Anwaltstag 1932 in Interlaken, gleichzeitig mit dem Schweizerischen Anwaltstag abgehalten, erhielt der Vorstand den Auftrag, Richtlinien über die (grundsätzlich als unzulässig betrachtete) Reklame der Anwälte auszuarbeiten, sinngemäss über eine erste Standesregel. Die Errichtung einer Unterstützungskasse des SAV befürworteten 29 der anwesenden 51 (von total 161) bernischen Verbandsmitglieder; das Vorhaben scheiterte dann an der Ablehnung durch eine Mehrheit der kantonalen Sektionen. Der Vorstand hatte sich verschiedentlich zur Wehr zu setzen, so – im kleinen und mit Erfolg – gegen anwaltliche Tätigkeit von Beamten des Richteramtes I Bern und – auf höherer Ebene mit dem Hinweis auf die Senkung der Gebühren im Jahre 1928 – gegen eine im Grossen Rat geforderte Herabsetzung der Tarife.

Als Folge des Umbruchs in Deutschland, insbesondere der Massnahmen gegenüber den Juden, erkundigte sich ein deutscher Anwalt über die Möglichkeiten einer Berufsausübung in der Schweiz. Der BAV antwortete, «dass auch in der Schweiz bereits genügend Anwälte seien»²⁸. Im Hinblick auf eine Niederlassung und Geschäftstätigkeit aus Deutschland geflüchteter Anwälte in der Schweiz wandte sich der SAV sogar an den Bundesrat und erreichte, dass «jede Erwerbstätigkeit dieser Flüchtlinge in der Schweiz ausgeschlossen wird»²⁹. Rechtsanwalt Peter Grigoroff erläuterte an einer durch

²⁷ Jahresbericht 1930/31, erstattet durch den Präsidenten Rene von Graffenried.

²⁸ Protokoll der Vorstandssitzung vom 22. April 1933.

²⁹ Protokoll des Anwaltstages vom 15. Juli 1933.

den BAV organisierten Veranstaltung den Leipziger Reichstagsbrandprozess; im Zusammenhang damit hob der Präsident im Jahresbericht 1933/34 hervor, der BAV sei «in politischer Beziehung durchaus neutral».

Am Anwaltstag 1934 rügte Dr. Bloch den Umstand, dass sich jüngere Kollegen besonders im Anwaltszimmer und am Anwaltstag den älteren Kollegen nicht vorstellen. Veranlasst durch Diskussionen an der Jahresversammlung erörterte der Vorstand Ende 1934 Sinn und Zweck des Verbandes; gewerkschaftsähnliche Vertretung im Interesse der Mitglieder schien ebensowenig angezeigt wie eine Konkurrenzierung des Juristenvereins durch Vorträge.

Einem Entwurf der kantonalen Kommission für ein neues Prüfungsreglement, das u.a. die erste Prüfung erst im siebten Studiensemester vorsah, stellte der Vorstand 1935 eigene Ideen entgegen. Die erste Prüfung sollte zeitlich früher stattfinden, so dass der praktischen Ausbildung mehr Zeit eingeräumt werden könne. Nach Änderungen des Entwurfes erachtete der Vorstand das Resultat am Jahresende als akzeptabel. Dr. Brahier betonte, an der juristischen Fakultät sei unbedingt ein Lehrstuhl französischer Sprache einzurichten.

Die Anwaltskammer lehnte verschiedene Beschwerden wegen Reklametätigkeit von Anwälten ab; der Vorstand bedauerte das und erwog sogar Statutenänderungen, um wenigstens Verbandsmitgliedern die Werbung (ausser in zulässigem, klar definiertem Masse) zu verunmöglichen. Einhellig beschlossen die Mitglieder eine Regelung des Reklamewesens. Fortschritte im Hinblick auf eine Alters- und Hinterbliebenenvorsorge wurden nicht erzielt, weil sich einerseits eine Zusammenarbeit mit dem Ärzteverband als nicht realisierbar erwies und andererseits die welschen Sektionen im SAV

opponierten. Im gleichen Jahr 1935 stellten – ein Novum in der Verbandsgeschichte – sämtliche Mitglieder des Vorstandes ihre Mandate zur Verfügung, wurden allerdings dann doch wieder gewählt. Die Hintergründe dieses einmaligen Vorganges lassen sich nur vermuten. Auswüchse infolge der wirtschaftlichen und politischen Instabilität in den problematischen Zwischenkriegsjahren wirkten sich offenbar auch auf den Alltag des Anwaltes aus, doch mag wohl vor allem die aufkeimende Opposition mehrheitlich jüngerer Mitglieder gegen die Art der Verbandsführung den Vorstand verunsichert haben.

Eine Umfrage im Verband über die Einführung von Standesregeln anhand des Vorbildes aus dem Kanton Waadt stiess gemäss Feststellung am Anwaltstag 1936 nur auf geringes Interesse. Einen echten Fortschritt bildete dagegen die Gründung eines Unterstützungsfonds.

Unter den neun am Anwaltstag 1937 aufgenommenen Neumitgliedern befanden sich zwei Damen. Mit einer Anhebung des Jahresbeitrages auf Fr. 20.– sollte der inzwischen auf Fr. 7570.– angewachsene Unterstützungsfonds zusätzlich geäufnet werden. Als unerwünscht betrachtete eine Mehrheit im BAV die von der Justizdirektion in Erwägung gezo-gene Revision des mittlerweile fast 100 Jahre alten Gesetzes über die Advokaten. Zum Problem der Rechtsschutzstellen und der freien Anwaltswahl äusserte sich das Vorstandsmitglied Salvisberg. Nach lebhafter Diskussion beschlossen die Teilnehmer, eine vom Referenten vorbereitete Eingabe an den Bundesrat weiterzuleiten. An einer ersten gemeinsamen Jahreskonferenz, am 4. September 1937, erörterten die Vorstände des BAV und des Gerichtspräsidentenverbandes u.a. Themen wie «Der Anwalt als Mitarbeiter des Richters» und die

Armenrechtspraxis, die zu vielen Beanstandungen Anlass gab. Der Verzicht auf einen Schriftenwechsel und z.T. auf den Beizug eines Anwaltes, beides aus Spargründen, das Verfassen von Rechtsvorkehren durch Unbefugte und die richterliche Gebührenfestsetzung boten gleichfalls Gelegenheit zur Aussprache. Die Teilnehmer werteten die Konferenz als sehr nützlich und äusserten den Wunsch, regelmässig zusammenzukommen.

Wie sehr das Ansehen des Anwaltsstandes gelitten hatte, illustrieren die Worte des Präsidenten RenA von Graffenried im Einladungsschreiben zu einer für Standesfragen und für die Umwandlung des Unterstützungsfonds in eine Stiftung bestimmten ausserordentlichen Tagung im Herbst 1937:

«Leider müssen wir zugeben, dass sowohl bei den Anwälten wie auch bei den Notaren im Kanton Bern und in der ganzen Schweiz nicht nur eine wirtschaftliche Krise, sondern auch eine noch viel bedenklichere moralische Krise herrscht. Wollen wir das früher den Anwälten geschenkte, aber grösstenteils durch Selbstverschulden verlorene Zutrauen bei den Behörden und dem Publikum zurückerobern, so müssen wir unbedingt für eine straffere Zucht und eine bessere Ordnung sofort und fortlaufend besorgt sein. Im wesentlichen Umfange ist die Wirtschaftskrise, die uns betrifft, auf die verborgenen und jetzt immer mehr öffentlich werdenden Missstände moralischer Natur zurückzuführen. Es muss damit aufhören.»

Das Standesbewusstsein, aber auch die Kollegialität und Fairness unter Fürsprechern hatte offensichtlich in den Dreissigerjahren stark gelitten. Eine von der Versammlung geschaffene Kommission bereitete die Einsetzung eines Ehrengerichtes (Disziplinkommission) vor, eine zweite Kommission

hatte die Einführung einer Gratisrechtsauskunftsstelle zu prüfen. Das Ehrengericht wurde in der Folge genehmigt, nicht aber die Gratisrechtsauskunftsstelle.

Am nächsten ausserordentlichen Anwaltstag im März 1938 orientierte der Präsident über die zufriedenstellende Neuordnung der Armenrechtspraxis. Für die damaligen Verhältnisse bezeichnend ist sein weiterer Bericht, aufgrund einer Motion im Grossen Rat würden in Zukunft 15 junge arbeitslose Akademiker, darunter 8 Anwälte, als Praktikanten bei verschiedenen Amtsstellen beschäftigt. Dr. Paul Schorer, der zusammen mit Hans Berner die monatlichen Abendschoppen der stadtbernerischen Anwälte ins Leben gerufen hatte, äusserte sich über die Förderung der kollegialen Verbundenheit, speziell dazu, was der BAV namentlich den jungen Mitgliedern biete. Der bevorstehende Urnengang über die Einführung eines schweizerischen Strafgesetzbuches, der zweiten Vereinheitlichung von wichtigem materiellem Recht in der Schweiz seit der Gründung des BAV, gab Anlass zu einem weiteren ausserordentlichen Anwaltstag. Nach einem Referat von Bundesanwalt Franz Stämpfli beschlossen die Mitglieder in offener Abstimmung, der BAV möge von einer Stellungnahme zu der Vorlage absehen.

Bereits vor dem Anwaltstag 1938 hatte eine Gruppe vornehmlich jüngerer Fürsprecher die Demission des Präsidenten auf den 15. Juli 1938 gefordert; der Verbandsvorsitzende war zum Oberstdivisionär befördert worden, doch gestattete ihm das Eidg. Militärdepartement noch die Erledigung hängiger Geschäfte. Der Präsident sah sich nach Rücksprache mit dem Vorstand gezwungen, dem Druck nachzugeben und seinen Rücktritt einzureichen. Nach Erledigung der durch dieses Problem über-

schatteten Geschäfte verbrachten die Mitglieder des BAV und des Gerichtspräsidentenverbandes den Anlass gemeinsam.

Verwirklichung der Standesregeln – Kriegszeit (1938–1945)

An einem ausserordentlichen Anwaltstag vom 22. Oktober 1938 erkoren die bernischen Fürsprecher Dr. Ernst Gerber zum neuen Präsidenten. So bemerkenswert diese Wahl auch gewesen sein mag, so sehr stand ein anderes Traktandum im Vordergrund, das zu dem wohl wichtigsten Entscheid seit der Verbandsgründung führte. Nach einer Einführung durch den Verfasser, den damaligen Obergerichtsschreiber und spätern Oberrichter Dr. Kehrli, berieten und genehmigten die versammelten Fürsprecher Standesregeln, die, obgleich in Details überholt und revisionsbedürftig, noch heute die Grundlage für eine verantwortungsvolle und korrekte Ausübung des Fürsprecherberufes darstellen. Nach Zustellung des Textes an die Mitglieder erhielten die Standesregeln Gültigkeit ab 1. Januar 1939; das Reglement über das Reklamewesen wurde gleichzeitig aufgehoben.

Der Vorstand arbeitete 1938/1939 gemeinsam mit den Vertretern des Vereins bernischer Notare eine Vereinbarung über die Aufteilung der Tätigkeiten zwischen beiden Berufsparten aus. Die einstimmige Genehmigung dieses «gentlemen agreement» erfolgte bereits am Anwaltstag 1939.

Zwar war der Verband von der «Talar- und Gerichtssprachenkommission» des Obergerichtes noch nicht konsultiert worden, dennoch boten diese Fragen Anlass zur Debatte. Die Meinungen über die «Robenpflicht» gingen weit auseinander, so dass nur



Dr. Ernst Gerber, Bern. Präsident 1938–1944.

noch eine Delegation des Problems an den Vorstand übrig blieb. Ob in Schriftdeutsch oder im Dialekt zu plädieren sei, erschien dagegen nicht einmal einer Diskussion wert.

Ähnlich wie bereits 25 Jahre zuvor hatte sich der Vorstand auch gegen Ende 1939 mit den Auswirkungen der Mobilmachung der Armee, nun nach Ausbruch des II. Weltkrieges, zu befassen; doch überwog dieses Mal das kollegiale Verhalten, pflegten doch die nicht dienstleistenden Fürsprecher bei der Vertretung mobilisierter Kollegen häufig zu deren Gunsten auf ein Honorar zu verzichten und sich mit dem Auslagenersatz zu begnügen.

Wegen der militärischen Lage fand der Anwaltstag 1940 erst im September, d.h. nach der Demobil-

Der Andrang zum Fürsprecherberuf

Dem Geschäftsbericht des bernischen Obergerichts für 1939 ist zu entnehmen:

Der Andrang zum Fürsprecherberuf ist nach wie vor sehr groß. Zur ersten Prüfung sind 45, zur zweiten 33 Kandidaten zugelassen worden. 31 Kandidaten haben die erste, 26 die zweite Fürsprecherprüfung bestanden. Die Herbstprüfungen wurden so angelegt, daß dienstpflichtige Kandidaten während ihresurlaubes geprüft werden konnten. Auf den 31. Dezember 1939 übten 232 im Kanton Bern ansässige Anwälte ihren Beruf aus, wovon 221 mit bernischem und elf mit außerkantonalem Patent. Es praktizieren in den Amtsbezirken Bern 123, Biel 18, Thun 11, Burgdorf 8, Narwangen, Delsberg und Bruntrut je 7, Interlaken und Münster je 6, Freibergen und Laufen je 5, Courtelary, Erlach, Ronoflingen und Trachselwald je 3, Narberg, Neuenstadt, Signau, Wangen je 2 und in Büren, Frauenbrunnen, Laupen, Nidau, Oberhasle, Schwarzenburg, Seftigen, Oberlimmental, Niederlimmental je einer. Einzig in den Amtsbezirken Frutigen und Saanen praktizieren keine Fürsprecher.

13 Bewerber mit nicht bernischem Patent mußten gemäß Artikel 5 der Uebergangsbestimmungen zur Bundesverfassung zur Ausübung der Advokatur im Kanton Bern zugelassen werden. Insgesamt besitzen nun nicht weniger als 432 außerkantonale Rechtsanwälte mit nicht bernischem Patent die Bewilligung, den Beruf im Kanton Bern auszuüben. Sie machen davon recht ausgiebig Gebrauch, so daß begreiflicherweise schon wiederholt die Frage aufgeworfen wurde, ob die Zulassungsbedingungen nicht verschärft werden sollten.

Der Bernische Anwaltsverband hat sich auch darüber beklagt, es würden immer mehr Rechtsvorkehrungen von Unbefugten verfaßt, die dann von den Parteien selbst eingereicht werden. Nach Paragraph 12 des Advokatengesetzes haben tatsächlich die zur Berufsausübung im Kanton Bern zugelassenen Fürsprecher ausschließlich das Recht, die schriftlichen Vorträge in Zivil- und Administrativsachen anderer zu verfassen und zu unterzeichnen. Dieser wichtige Grundsatz wurde durch ein Kreis Schreiben des Obergerichts vom 15. April 1939 in Erinnerung gerufen (abgedruckt in der kantonalen Gesetzesammlung). Gegen Fehlbare wird die Justizdirektion wegen Widerhandlung gegen das Gewerbegesetz vorgehen.

«Der Bund», 15. August 1940 (vergrössert und neu umbrochen).

machung bedeutender militärischer Verbände statt, zudem in einfachem Rahmen und ohne Gäste. Die Einführung einer speziellen Verdienstausschleichskasse für mobilisierte Anwälte wurde zwar lebhaft diskutiert, schliesslich aber als Aufgabe des SAV betrachtet; dieser forderte denn auch Ende September 1940 die Mitglieder zu einem Solidaritätsbeitrag von Fr. 50.– für eine Hilfsaktion zur Unterstützung mobilisierter Anwälte auf. Im Rahmen der Erwerbersatzordnung schloss sich der Verband der Ausgleichskasse des Gewerbes an; den-

noch traten einige Fälle materieller Not mit dem Erfordernis von Unterstützungsleistungen ein. Angesichts der schwierigen Lage, d.h. «bis die Zeitumstände wieder normal sind»³⁰, verzichtete der Vorstand auf die üblichen jährlichen Tagungen mit dem Verband Bernischer Gerichtspräsidenten. Für die Periode 1942 bis 1944 stellte der BAV turnusmässig den Geschäftsausschuss des SAV.

Anfangs 1942 beschloss der Vorstand die Einstel-

³⁰ Protokoll der Vorstandssitzung vom 30. Mal 1941.

lung der Mitgliedschaft zweier Fürsprecher wegen schwerwiegender Vorfälle («unwürdige Handlung» und militärgerichtliche «Voruntersuchungshaft» wegen landesverräterischer Umtriebe). Nach wie vor dauerte der Kampf gegen die Rechtsschutzgesellschaften an; die Mitglieder erhielten eine ergänzte «Schwarze Liste» mit den Namen der für derartige Gesellschaften tätigen Anwälte. Kurz nachher beschäftigte sich der Vorstand mehrmals mit der «Schweizerischen Kriegswirtschaftsliga», einer Rechtsschutzgesellschaft, die sich offenbar nicht an die Standesregeln hielt. Ein mit dieser Organisation liierter Fürsprecher kam durch rechtzeitigen Austritt einem bereits traktandierten Abschluss zuvor.

Wegen der enormen Teuerung beantragte der Vorstand Ende 1943 dem Obergericht, Weisungen an die Gerichtsbehörden des Kantons Bern zur Anpassung der Anwaltshonorare zu erlassen. Einem Kreisschreiben des Obergerichtes entsprechend, empfahl der Vorstand – in Anlehnung an eine Ermächtigung seitens der Eidgenössischen Preiskontrollstelle – den Mitgliedern, einen Teuerungszuschlag von 20% bis 25% anzuwenden.

Neue Trends (1945–1946)

Im Januar 1945 formulierte Hans Käser, Verbandspräsident seit 1944, anlässlich einer Vorstandssitzung seine grundsätzliche Auffassung über Aufgaben und Ziele des Präsidenten und des Verbandes.

Ausgehend von den Aufgaben nach aussen hielt Käser fest:

«Wir müssen ... nicht nur die Geschäfte an uns herankommen lassen, sondern auch von uns aus alles tun, was Ansehen und Bedeutung des Anwaltsstan-



Hans Käser, Bern. Präsident 1944–1951.

des zu fördern geeignet ist. Namentlich in der Justiz hat sich unser Verband in vermehrter Weise zur Geltung zu bringen. Auch würde es zweifellos nicht schaden, wenn gelegentlich die Öffentlichkeit etwas mehr von unserem Verbands hört, wobei ich allerdings nicht an eine eigentliche Propaganda denke, sondern etwa an gelegentliche Publikationen über unsere Verbandstagungen. Wir müssen uns auch bei der Justiz in vermehrter Weise einschalten. Das gleiche gilt in Gesetzgebungsfragen, die uns interessieren. Es schadet nicht, wenn wir in solchen Angelegenheiten von uns aus einmal eine Eingabe machen. Wenn man von unserer Existenz in vermehrter Weise Kenntnis nimmt, so werden wir sicher auch mehr als bisher zur Mitarbeit eingeladen. Speziell

interessieren uns das Obergericht, die Gerichtspräsidenten und die Justizdirektion. Unser besonderes Augenmerk müssen wir auf die Tätigkeit der Anwaltskammer richten. Deren Auffassung über die Regeln kollegialen Verhaltens und Anwaltswürde ist unseren Mitgliedern zu wenig bekannt. Die Praxis der Anwaltskammer sollte den Mitgliedern bekanntgegeben werden können; es ist auch für den Präsidenten von Bedeutung, die Auffassung der Anwaltskammer über die Regeln des kollegialen Verhaltens und Anwaltswürde zu kennen, da er ja selbst Beschwerden unter Kollegen zu schlichten oder zu entscheiden hat. Es ist auch wichtig, dass der Verband weiss, welche Disziplinarverfahren gegen Mitglieder hängig sind, damit der Verband selbst bei seinen Mitgliedern einschreiten kann. Das Obergericht sollte Anwaltsfragen den Anwälten unterbreiten. Es ist notwendig, dass wir mit dem Obergericht einen persönlichen Kontakt bekommen. Um in dieser Richtung den Weg zu bahnen, habe ich dem neuen Präsidenten, Herrn Oberrichter Schulthess, offiziell zu seiner Wahl gratuliert, wofür er unserm Verbands bestens dankte. Wir sollten so weit kommen, dass gewisse Justizfragen von einer Delegation unseres Verbandes mit dem Obergericht besprochen werden können. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir Richterwahlen unser Augenmerk schenken, denn es liegt auch im Interesse unseres Standes zu verhindern, dass ungeeignete Kandidaten gewählt werden.

Eine bessere Zusammenarbeit sollte aber auch mit den Gerichtspräsidenten und der Justizdirektion herbeigeführt werden. Namentlich die letzte sollte dazu kommen, bei allen Fragen, welche den Anwaltsverband interessieren, wie z.B. Fragen der Gerichtsorganisation etc., unsere Vernehmlassung einzuholen.

Nach innen möchte ich eine reibungslose Zusammenarbeit mit dem Vorstand wünschen. Wir müssen aber dahin kommen, dass die Mitglieder an unserem Verband und seinen Geschäften ein regeres Interesse nehmen. Man könnte beispielsweise im Winter einmal einen Vortrag abhalten. Auch sollten wir Nichtmitglieder des Vorstandes zur Mitarbeit heranziehen, z.B. durch Bildung von Spezialkommissionen bei gesetzgeberischen Fragen. Auch sollten die Kollegen von sich aus uns Anregungen und Vorkommnisse, die den Anwaltsstand tangieren, melden. Ich bitte die Vorstandsmitglieder, bei den Kollegen in diesem Sinne zu wirken. Die Aufnahme neuer Mitglieder könnte vielleicht etwas formeller gestaltet werden, als dies bisher der Fall war. Die Gesuche wurden allerdings bis jetzt immer genau überprüft. Man könnte aber beispielsweise auch den neu Eintretenden einen gediegenen Einband mit den wichtigsten Bestimmungen des Anwaltsrechtes übergeben. Wenn junge Kollegen einen Fehler machen, ist es oft zweckmässiger, sie kollegialiter darauf hinzuweisen, statt sofort gegen sie Beschwerde zu führen und vorzugehen. Dadurch kann man oft mehr erreichen. Wir sollten uns aber auch nicht scheuen, gegenüber Kollegen, deren Berufsausübung zu Klagen Anlass gibt und bei denen Mahnungen fruchtlos sind, die Konsequenzen zu ziehen. Wir müssen uns darüber klar sein, dass für das Ansehen der Anwälte und des Anwaltsverbandes in erster Linie massgebend sind die Haltung der Anwälte selbst und ihre Berufsausübung.»³¹

Die Mitglieder des Vorstandes erklärten sich mit der Zielsetzung des Präsidenten einverstanden, ho-

³¹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 27. Januar 1945. Bemerkungen des Präsidenten über seine Aufgaben und Ziele.

ben jedoch hervor, der einzuschlagende Weg werde beschwerlich sein. Dr. Engeloeh erinnerte daran, dass etliche Probleme, die der Präsident behandelt habe, Bestandteil der früheren Kritik junger Anwälte an der Verbandsleitung gewesen seien. Bei dieser Gelegenheit bedauerte der Vorstand, dass der Kontakt mit den welschen Kollegen weitgehend fehle. Am Anwaltstag 1945 teilte Käser mit, er habe die Anwaltskammer gebeten, ihm jeweils ein Doppel der Entscheide zur vertraulichen Kenntnisnahme zu überlassen, die Antwort sei jedoch nicht befriedigend ausgefallen. Der Präsident orientierte ferner über die Tätigkeit des SAV, speziell über die Rechtsschutzgesellschaften, welche durch einen Bundesratsbeschluss vom 1. Juni 1945 einer Aufsicht unterstellt worden waren. Ein zusätzliches Thema bildete die Meldepflicht über deutsche Vermögenswerte in der Schweiz. Der SAV vertrat dazu die Ansicht, der erlassene Bundesratsbeschluss entbinde die Anwälte nicht vom Berufsgeheimnis.

Am Schweizerischen Anwaltstag 1945 wurde auf eine Resolution zum Thema «Avocat et Politique» verzichtet. Die Versammlung erachtete es als selbstverständliche Berufspflicht, die Politik nicht mit der Berufsausübung zu verquicken. Im gleichen Jahr war ein praktizierender Fürsprecher als Mitglied der Anwaltskammer vorzuschlagen; bejaht wurde, dass der Präsident diesem Gremium angehören dürfe und solle. Im Anschluss an die Jahresversammlung 1945 bat der Präsident die Vorstandsmitglieder, Wünsche und Ansichten zu einem allfälligen schweizerischen Anwaltsgesetz vorzubringen. Indessen blieb ein Echo weitgehend aus. Ein Vorstandsmitglied ermunterte den Präsidenten, sich dadurch nicht entmutigen zu lassen, und «der Passivität der Menschen Rechnung zu tragen»³²; ein Ver-

such, sämtliche Mitglieder auf dem Zirkulationsweg zu befragen, führte nur zu wenigen Stellungnahmen. Der Vorstand selber glaubte ohnehin nicht, ein derartiges Gesetz würde jemals zustande kommen. Er teilte deshalb dem SAV mit, man habe keine materiellen Änderungsvorschläge anzubringen, stehe jedoch einem derartigen Gesetz skeptisch gegenüber, vor allem aus der Befürchtung, das Niveau könnte durch eine gesamtschweizerische Regelung sinken.

Eine vom Präsidenten eingesetzte Kommission erarbeitete Vorschläge über den Ausbau der Rechtspflege im Kanton Bern, denen die Mitglieder am Anwaltstag 1946 beipflichteten. Der entsprechenden Eingabe an die kantonale Justizdirektion stimmten das Obergericht, die Gerichtspräsidenten und die Staatsanwälte zu, was kurzfristig die Vermehrung der Zahl der Gerichtspräsidenten in Bern und Biel bewirkte.

Zehn ereignisreiche Jahre (1948–1957)

Während der ersten Nachkriegsjahre ersuchten ausländische Anwaltsverbände sowohl den bernischen als auch den schweizerischen Verband um Unterstützung. Naheliegender erschien, einen erheblichen Teil des während der Kriegsjahre wenig benutzten Fonds für mobilisierte Anwälte zur Hilfe an ausländische Berufskollegen zu verwenden. Über den SAV, aber auf Initiative des BAV, erhielten vor allem französische, griechische und österreichische Anwälte Beiträge von insgesamt ca. Fr. 20 000.-.

Der Vorstand behandelte 1948 die Frage, ob sich die berufliche Tätigkeit mit derjenigen eines Liegen-

³² Protokoll der Vorstandssitzung vom 4. April 1946.

schaftsvermittlers vereinbaren lasse. Die Mitglieder äusserten unterschiedliche Ansichten; der Präsident betonte, der Anwalt sei Berater seiner Klienten und nicht Händler, der beliebige Geschäfte tätige. Alexandre Hof machte demgegenüber darauf aufmerksam, dass gerade im Jura viele Anwälte gleichzeitig Notare seien, was eine Stellungnahme des Verbandes erschwere. Ein grundsätzlicher Entscheid unterblieb vorerst, doch sah sich der Vorstand angesichts eines konkreten Falles bald darauf gezwungen, festzuhalten, eine Liegenschaftsvermittlung sei, zum mindesten soweit konzessionspflichtig, standeswidrig. In einem Schreiben an den Vorstand manifestierten die jurassischen Mitglieder unter anderem neuerdings den Wunsch nach einer vermehrten Lehrtätigkeit durch französisch sprechende Professoren. Der Präsident unterstützte sie. Wenig begeistert zeigte sich der Vorstand dagegen von der durch Fürsprecher im Jura durchgesetzten Einführung der Robe im Amtsbezirk Pruntrut. Angesichts dieser Meinungsdivergenz und der besonderen Lage im Jura sah sich Alexandre Hof zur Erklärung veranlasst, die Gründung eines eigenen Anwaltsverbandes durch die jurassischen Kollegen sei nicht etwa beabsichtigt.

Der erfolgreiche Abschluss eines langen Kampfes für eine Tarifreform mit einer Erhöhung der Honoraransätze um 30% erfreute die Besucher des Anwaltstages 1948. Das Obergericht disziplinierte einen bernischen Gerichtspräsidenten, dessen anwaltliche Tätigkeit den Vorstand während längerer Zeit beschäftigt hatte. In einem Kreisschreiben vom 22. Februar 1949 wies die Anklagekammer die Richterämter an, Strafakten den bernischen Anwälten auszuhändigen; der Vorstand nahm diesen Fortschritt im jahrzehntelangen Ringen um die Akten herausgabe mit grosser Genugtuung entgegen, ins-

besondere auch die Begründung, der bernische Anwaltsstand habe sich des Vertrauens als würdig erwiesen.

Am Anwaltstag vom 5. Juli 1949 in Worb billigten die Mitglieder neue Verbandsstatuten. Eine strafere Formulierung des Verbandszweckes hatte sich im Hinblick auf Fälle von unlauterem Wettbewerb, speziell von Titelanmassung, aufgedrängt. Die gut 10 Jahre früher befürwortete Disziplinargewalt des Vorstandes erschien angesichts der Zuständigkeit der Anwaltskammer und der Einwirkungsmöglichkeiten des Vorstandes in leichten Fällen nicht mehr aktuell. Eine Wiedereinführung seit 1921 aufgehobener Bestimmungen bedeuteten dagegen das Erfordernis des Wohnsitzes des Präsidenten und verschiedener Chargenträger des Vorstandes in Bern und der Wegfall der Passivmitgliedschaft.

Ende der Vierzigerjahre erarbeitete eine Justizreformkommission zuhanden des Regierungsrates Entwürfe verschiedener gesetzlicher Bestimmungen über den Ausbau der Rechtspflege. Anlässlich des Anwaltstages 1950 qualifizierte der Präsident die Umschreibung der Vorlage mit «Justizreform» als übertrieben. Eine wirkliche Justizreform, die eine Neueinteilung des Kantons in Gerichtsbezirke bedingt hätte, sei aus politischen Gründen ohnehin nicht durchführbar. Dem Präsidenten blieb immerhin die Hoffnung, die von der Justizdirektion vorgeschlagenen Verbesserungen möchten durch die parlamentarische Beratung nicht gestrichen werden. Die Fürsprecherkandidaten gründeten 1950 einen eigenen Verband. Zu den Verbandszielen zählte eine bessere Vorbereitung der Kandidaten auf die Anwaltstätigkeit und die Vermittlung von Stellen zur praktischen Ausbildung in Advokaturbüros. Anlässlich der Demission des Vorstandsmitgliedes Alexandre Hof, welcher als Bindeglied zum

Jura gewirkt hatte, drängte sich erneut die Feststellung auf, wie schwierig eine Belebung der Kontakte zwischen den Fürsprechern des alten und des neuen Kantonsteils sei. Offenbar nahmen die weltlichen Mitglieder wenig zahlreich an den Verbandstagungen teil.

1951 ging die Ära des Präsidenten Käser zu Ende. Er hatte dazu beigetragen, dem Verband neue Strukturen zu geben und das Ansehen des Standes zu fördern. Seine besondere Aufmerksamkeit galt Standesfragen und dem Standesrecht; unablässig hatte Käser die ethischen Grundlagen des Berufes hervorgehoben.

Max Brand löste Hans Käser als Präsidenten ab. Bereits im Februar 1952 veranstaltete der BAV einen Vortragsabend über «Justiz und Presse», zu welchem neben Richtern und Staatsanwälten auch die Redaktionen der stadtbernischen Tagespresse geladen waren. Die Veranstaltung stiess bei den eingeladenen Kreisen, nicht aber bei den Anwälten (nur etwa 30 anwesend) auf grosses Interesse.

Auf Anregung der kantonalen Landwirtschaftsdirktion befasste sich der BAV mit dem kantonalen Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes, einem stark von wirtschaftlichen Erwägungen beeinflussten Erlass. Der Vorstand bezweifelte angesichts der weitgehenden Eingriffe in Privatrechte des Bürgers die Wünschbarkeit eines solchen Einführungsgesetzes. Anlässlich der Beratung im Grossen Rat blieben die Anregungen des BAV indessen unberücksichtigt. Nicht nur im Kreise des Vorstandes, sondern auch am Anwaltstag 1952 kritisierte der Präsident, «dass gegenwärtig bei unseren politischen Behörden nicht gerade viel Verständnis für die Anforderungen des Rechtsstaates besteht ...»³³.



Max Brand, Bern. Präsident 1951–1959.

Diese scharfe Reaktion war wohl darin begründet, dass der Verband kein Gehör fand, obschon er in seiner Stellungnahme politische Fragen bewusst gemieden und sich auf rechts- und gesetzestechnische Aspekte konzentriert hatte. Der Präsident schloss mit den Worten:

«Der Bürger, dem der Ausbau des Rechtsstaates und nicht sein Abbau am Herzen liegt, wird sich nachgerade fragen müssen, ob er solchen Gesetzen, die in hohem Masse in seine Rechtssphäre eingreifen und völlig ungenügenden Rechtsschutz bieten, noch zustimmen können.»³³

³³ Protokoll des ordentlichen Anwaltstages vom 12. Juli 1952.

Der Vorstand pflegte, im Gegensatz zu früher, Stellungnahmen zu Grundsatzfragen und Gesetzesvorlagen zumeist durch Kommissionen vorbereiten zu lassen; beispielsweise geschah das, um zu überprüfen, ob und allenfalls in welchen Punkten eine Revision der Verwaltungsrechtspflege erforderlich sei. Nach Annahme in der Volksabstimmung trat das vorher im BAV mehrfach behandelte Gesetz über den Ausbau der Rechtspflege in Kraft; die damit erzielten wesentlichen Verbesserungen halfen über die Erkenntnis hinweg, dass nicht alle Postulate des BAV berücksichtigt worden waren. Der Verband trachtete danach, grundlegende Anliegen des rechtsuchenden Bürgers in zu revidierende Gesetze einfließen zu lassen; das setzte aber eine – von den zuständigen Behörden nicht immer eingeräumte – Möglichkeit zur Stellungnahme voraus.

Ogleich seit Aufnahme der ersten Fürsprecherin in den Anwaltsverband im Jahre 1921 weitere Damen beigetreten waren, blieben die Anwältinnen in einer verschwindend kleinen Minderheit. Weniger die Befähigung einer Frau als praktizierende Fürsprecherin als deren Eignung zum Richteramt führten im BAV zu Meinungsverschiedenheiten, auf die in einem anderen Beitrag in dieser Jubiläumsschrift näher eingegangen wird (siehe S. 66 ff). Ihren Widerstand gegen Frauen in Richterstellung begründeten die Gegner damit, dass «... die Frauen ihrem Wesen nach zu subjektiv eingestellt seien, um der Aufgabe des Richters, die strengste Objektivität verlangt, genügen zu können» und «sich vorzugsweise Frauen mit übersteigertem Geltungsbedürfnis um das Richteramt bewerben würden»³⁴.

Ein zu Beginn des Jahres 1953 durchgeführtes und sehr gut besuchtes Seminar – eine Neuheit im BAV – bewog den Vorstand, weitere Vortrags-

abende ins Auge zu fassen. Durch eine Beschränkung auf Themen im Interesse des praktizierenden Fürsprechers liess sich eine Konkurrenzierung der regelmässigen Veranstaltungen des Bernischen Juristenvereins vermeiden. Am Anwaltstag 1953, zur Festigung der Beziehungen mit den jurassischen Fürsprechern in St. Ursanne durchgeführt, informierte der Bätonnier des Pariser Anwaltsverbandes, Georges Chresteil, über «La conception française de la profession d'avocat». Die zu den französischen Kollegen geknüpften Beziehungen bewirkten erfreulicherweise, dass jeweils ein Vertreter des BAV an die jährliche «Rentree du Barreau» in Paris eingeladen wurde. 1954 erhielt der Vorstand, leider in einem allzu späten Stadium, Kenntnis von einer Änderung des Prüfungsreglementes für Fürsprecher. Das bereits vorher bestehende theoretische Examen umfasste fortan in zwei Propaedeutica zur Entlastung des Staatsexamens auch geltendes Recht. Eine Herabsetzung der Dauer des Praktikums von zwei auf eineinhalb Jahre, die Möglichkeit zum Besuch einer beschränkten Anzahl von Vorlesungen während der praktischen Ausbildung und eine Vereinfachung des Prüfungstoffes bildeten die weiteren Neuerungen; der Vorstand erklärte sich damit grundsätzlich einverstanden.

Um sich über die neuesten internationalen Entwicklungen auf dem laufenden zu halten, beschloss der Vorstand, eine Delegation an die Jahrestagung 1954 der «Union Internationale des Avocats» in Brüssel zu entsenden. Besondere Sorge bereitete die Konkurrenzierung des Anwaltsstandes durch Treuhandgesellschaften, Banken etc. Der Kongress endete jedoch ohne konkrete Resultate. Dennoch

³⁴ Protokoll der Vorstandssitzung vom 20. Dezember 1952.



Nouvelles Jurassiennes

Les avocats bernois à Saint-Ursanne

L'Association des avocats bernois a tenu samedi ses assises annuelles à Saint-Ursanne, en présence de la presque totalité des avocats du Jura et de fortes cohortes de leurs confrères de toutes les parties de l'ancien canton. Me Max Brand, avocat à Berne, qui préside l'association depuis deux ans, a présenté un rapport d'activité substantiel. La jurisprudence de la Chambre des avocats a fait l'objet d'un rapport intéressant de Me Haller (Berne) en allemand, puis de Me Jean-Pierre Châtelain (Delémont) en français. Dix nouveaux membres, dont deux Jurassiens, ont reçu du président, avec un exemplaire des Règles du barreau, des conseils pleins de justesse et de bienveillance.

Le comité de l'association avait invité Me Chrestiel, bâtonnier de l'Ordre des avocats de Paris, qui a présenté aux congressistes une conférence remarquable sur « La conception française de la profession d'avocat ». Le Dé-

mocrate consacra tout prochainement un article à cet exposé, que l'assemblée a accueilli par d'interminables applaudissements. Ces joies de l'esprit furent très heureusement complétées par une visite en commun de la Collégiale, sous la conduite appréciée de M. Cramatte, instituteur à Saint-Ursanne.

Au banquet qui suivit, et qui valut de justes compliments à Mme et M. Noirjean-Burger, tenanciers de l'Hôtel du Bœuf, on entendit des souhaits de bienvenue de Me Brand, qui s'exprima en un français élégant, une brève allocution de M. Albert Comment, juge fédéral, heureux de retrouver ses confrères bernois, et le salut de l'autorité judiciaire supérieure, présenté par M. Florian Imer, président de la Cour suprême. Puis Me Chrestiel, en proie à une émotion qui gagna toute l'assistance, remercia l'Association de l'accueil qu'elle lui avait réservé et dit sa satisfaction d'avoir fait connaissance avec ses confrères de la terre helvétique.

C'est dans l'allégresse générale que se termina cette journée qui marque traditionnellement la fin d'une période chargée d'audiences et le début des fêtes judiciaires, dispensatrices d'une trêve bienvenue chez les hommes de loi.

«Le Democrate», 13. Juli 1953 (vergrössert und neu umbrochen).

wurden die Kontakte mit ausländischen Kollegen und die Auseinandersetzung mit nachbarlichen Problemen als nützlich erachtet.

Eine uneinheitliche Auslegung der revidierten Bestimmungen über die unentgeltliche Prozessführung durch die Gerichte führte zu Schwierigkeiten. Beispielsweise erhielt ein amtlicher Verteidiger für ein siebentägiges Verfahren vor der Kriminalkam-

mer maximal Fr. 350.-. In einer Eingabe ersuchte der Vorstand das Obergericht, ein Kreisschreiben zwecks Vereinheitlichung der Ansätze in der unentgeltlichen Prozessführung zu erlassen. Ein Durchbruch gelang dagegen bei der kantonalen Verwaltung; der BAV hatte vermehrt Gelegenheit, zu neuen kantonalen Gesetzesvorlagen Stellung zu beziehen.

1955 diskutierte der Vorstand über das Aufnahmegesuch eines Fürsprechers, der Mitglied der Partei der Arbeit (PdA) war. Dem Hinweis auf die politische Neutralität des BAV stand der Einwand, die PdA erstrebe den totalitären Staat, gegenüber. Mit 5 gegen 3 Stimmen empfahl die Verbandsleitung dem Kandidaten den Rückzug seiner Bewerbung, andernfalls er mit der Nichtaufnahme am Anwaltstag zu rechnen habe. Der Gesuchsteller zog seinen Antrag zurück und musste in der Folge rund 20 Jahre bis zu seiner Aufnahme in den Verband warten.

Im gleichen Jahr stellte sich zum zweiten Mal heraus, dass die Statutenbestimmung über den Wohnsitz des Präsidenten und anderer Chargenträger des Vorstandes in Bern hinderlich war. Mit der Begründung «angesichts der modernen Verkehrsmittel»³⁵, in Wirklichkeit aber im Hinblick auf eine Wahl von Friedrich Haller zum Präsidenten, verzichtete der Verband auf die statutarische Einschränkung. Übrig blieb das Gebot der angemessenen Berücksichtigung der Landesteile bei Bestellung des Vorstandes.

An einem ausserordentlichen Anwaltstag im März 1956 berieten die bernischen Fürsprecher einen geplanten Ausbau der Organisation des SAV. Eine Verstärkung des Instrumentariums des schweizerischen Verbandes drängte sich auf, weil Treuhand- und Rechtsschutzgesellschaften eine Bedrohung des Anwaltsstandes darstellten und eine vermehrte Einflussnahme auf die eidgenössische Gesetzgebung erforderlich schien. Anstelle des eine Kontinuität verhindernden veralteten Vorortssystems wurde ein 9-köpfiger, auf 4 Jahre gewählter Vorstand mit einem ständigen Sekretariat vorgeschlagen. Die BAV-Mitglieder begrüßten diese Neuerungen; durch Beschluss am Schweizerischen

Anwaltstag vom 9. Juni 1956 trat die neue Struk-

tur, die sich grundsätzlich bis heute bewährt hat, in Kraft. Höhere Kosten des SAV bewirkten höhere Leistungen der kantonalen Verbände, in Bern einen Jahresbeitrag von neu Fr. 45.–.

Einer Reform bedurfte auch die Verwaltungspflege; auf Grund des Schlussberichtes einer vom Kanton eingesetzten Kommission referierte Dr. Fritz Gygi, auch er nachmaliger sehr geschätzter Professor, über «Aktuelle Probleme des Rechtsschutzes in Verwaltungssachen». Als wichtige Anliegen nannte er den Grundsatz der gesetzmässigen Verwaltung, die Einführung der Generalklausel, die Entlastung des Regierungsrates von der ihm fremden Aufgabe der Rechtsprechung und eine neue Regelung des Verfahrens bei der Administrativversorgung. Der Vorstand befasste sich unter Beizug einiger Mitglieder der Kommission gegen Ende 1956 mit den Reformvorschlägen. Bis zur Annahme des neuen Gesetzes am 22. Oktober 1961 vergingen dann allerdings noch fast 4 Jahre.

Nach jahrelangen Bemühungen führte der SAV 1957 endlich eine verbandseigene Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenkasse (VAV) ein; dank der neuen Organisation zur Behandlung grundsätzlicher Probleme dazu in der Lage, erarbeitete der schweizerische Verband im gleichen Jahr Richtlinien zum Standesrecht, die weitgehend der bernischen Ordnung entsprachen und die verschiedene kantonalen Verbände zu einer ähnlichen Regelung veranlassten.

Nicht nur mit den französischen, deutschen und österreichischen Verbänden bestanden gute Beziehungen; am Anwaltstag 1957 vermittelte ein Gast aus dem südlichen Nachbarland, Mario Braschi,

³⁵ Protokoll des ordentlichen Anwaltstages vom 2. Juli 1955.

Mailand, damals übrigens Präsident der Union Internationale des Avocats, in einer «Causerie d'un avocat italien sur sa profession» einen Einblick in die Situation des Berufsstandes in seiner Heimat.

Vom Vermittlungswesen bis zum Telefonbucheintrag (1958–1970)

Der Verband hatte sich schon jahrelang mit dem Vermittlungswesen befasst. Durch die Anwälte geschaffen und in der Praxis entwickelt, in andern Kantonen dagegen unbekannt, diente dieses «Institut», wie Präsident Brand am Anwaltstag 1958 darlegte, der aussergerichtlichen Erledigung von Streitigkeiten. Die Übertragung eines privaten und honorierten Mandates an einen Richter mit dem Ziel, ohne Prozessverfahren eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, stiess ausserhalb des Kantons auf Unverständnis, galt es doch als Richterpflicht, die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Parteien unentgeltlich anzustreben. Der Vorstand war der Auffassung, diese Art der Streiterledigung nicht missen zu wollen, da sie wegen der Kosten- und Zeitersparnis durchaus im Interesse der Parteien liege und oft erst die Mitwirkung einer neutralen Person eine Einigung ermögliche. Dabei bestand allerdings die Gefahr einer Kommerzialisierung der Beziehungen zwischen Richter und Anwalt, ganz abgesehen vom Verdacht, Nebenverdienste könnten, wenn auch nur scheinbar, die Unabhängigkeit der Richter in Frage stellen. Vor allem zur Wahrung des Ansehens der Justiz stellte der Vorstand für Vermittlungen Grundsätze auf:

- Der Vermittlungsauftrag muss von beiden Parteien ausgehen.



Friedrich Haller, Burgdorf.
Präsident 1959–1965.

- Eine Vermittlung soll nur dann durchgeführt werden, wenn beide Parteien von einem Anwalt verbeiständet sind.

Der Versuch, in einem hängigen Prozess einen Vergleich herbeizuführen, darf nicht als Vermittlungstätigkeit honoriert werden.

Der Anwaltsverband brachte dem Obergericht seinen Standpunkt in einer Eingabe zur Kenntnis; eine Delegation des BAV wurde sogar zur Ausarbeitung eines Reglementes beigezogen. In den Artikeln 1 bis 4 des obergerichtlichen Reglementes vom 19. März 1960 fanden die Postulate des BAV weitgehend Berücksichtigung, nicht aber die Auffassung, Vermittlungen dürften nur stattfinden, sofern beide Parteien durch praktizierende Anwälte verbeistän-

det seien. Eine Überraschung für die Anwaltschaft bot Artikel 5, der jede honorierte Vermittlungstätigkeit in Eheschutz-, Ehetrennungs- und Ehescheidungssachen verbot. Offenbar gingen dem Obergericht die Vermittlungen der stadtbernischen Scheidungsrichter zu weit.

Vom Anwaltstag 1959 sind vor allem Hinweise auf die Auswirkungen der Erhöhung der Streitwertgrenze von Fr. 4000.- auf Fr. 8000.- bei Berufungen an das Bundesgericht auf die ZPO zu vermerken. Das Obergericht teilte die Meinung des Vorstandes, neue kantonale Bestimmungen über die Appellabilität seien nicht gerechtfertigt. Angesichts der in den Hauptpunkten übereinstimmenden Vernehmlassungen verzichtete die Justizdirektion auf irgendwelche Revisionsvorkehren.

Der internationale Anwaltstag 1960 in Basel und Bern warf seine Schatten voraus, allerdings vorerst nur in Form einer einmaligen Beitragserhöhung von Fr. 45.- auf Fr. 50.-. Präsident Brand wählte am Anwaltstag 1959 «Das Honorar des Anwaltes» als Thema der nun traditionell gewordenen Begrüssungsansprache an die neu aufgenommenen Mitglieder. Anschliessend referierte Dr. H. Wagner, Ravensburg, über «Der Anwalt in Ostdeutschland und die Freiheit der Advokatur». Im Protokoll ist festgehalten, die eindrucksvolle Darstellung der Rechtsprechung als Instrument der kommunistischen Politik, der Stellung der Kollegiumsanwälte und des Aussterbens der freien Advokatur hätten einen erschütternden Eindruck hinterlassen.

Am ausserordentlichen Anwaltstag im Oktober 1960 übertrugen die Mitglieder dem Vorstand alle erforderlichen Kompetenzen, um entweder eine eigene private Familienausgleichskasse zu gründen oder den Anschluss an eine bestehende private Kasse zu suchen. Nach Annahme des kantonalen

Gesetzes über die Kinderzulagen genehmigten die Mitglieder am folgenden Anwaltstag die Statuten einer Familienausgleichskasse der bernischen Fürsprecher und Notare. Erneut brachte eine Gesetzgebung im landwirtschaftlichen Bereich, diesmal das Meliorationsgesetz, der bernischen Anwaltschaft Ärger; mangels hinreichend eingeräumter Zeit zur Behandlung des Entwurfes sah sich der BAV ausserstande, ausformulierte Anträge vorzulegen. Die Möglichkeit behördlicher Eingriffe in das Privateigentum beunruhigte den Vorstand. Eigentliche Misstimmung entstand wegen recht negativer Bemerkungen über den Anwaltsstand während der Beratungen im Grossen Rat. Eine «unangenehme und leider symptomatische Begleitmusik»³⁶ setzte nämlich ein, als aus der Mitte des Rates der Antrag gestellt worden war, ein Genossenschafter sollte befugt sein, sich in der Bodenverbesserungsgenossenschaft (allenfalls) durch einen Anwalt vertreten zu lassen. Ein offenbar von landwirtschaftlicher Seite entfachter Sturm der Entrüstung ergoss sich über die Fürsprecher und ihre Tätigkeit; sie seien, so hiess es, oft mit der Materie nicht vertraut und zudem bestrebt, die Erledigung der Geschäfte in die Länge zu ziehen.

Seit einigen Jahren waren die Austritte von Mitgliedern wegen Praxisaufgabe und die Todesfälle häufiger als die Eintritte in den BAV. Am Anwaltstag 1963 gab der Präsident, Friedrich Haller, seiner Sorge darüber Ausdruck. Trotz Bevölkerungszunahme ging die Zahl der Kandidaten an den Fürsprecherprüfungen, verglichen mit den Verhältnissen in den vorangehenden zwei bis drei Jahrzehnten, wesentlich zurück. Noch schlimmer wirkte sich aus, dass nur wenige neu patentierte Fürsprecher die

³⁶ Aus dem Jahresbericht 1962/63 des Präsidenten.

Advokatur als Beruf wählten. Die Gründe dafür lagen einerseits in der gestiegenen Nachfrage nach «Technikern» im weiteren Sinne - mit einer daraus entstehenden Abwertung des Rechts als Geisteswissenschaft und andererseits in den vielen Karriere-möglichkeiten für junge Fürsprecher in Banken, Versicherungsgesellschaften, Industrie etc. Offenbar bestanden zu jener Zeit besonders in Genf und Zürich nicht die gleichen Nachwuchssorgen wie in Bern.

Im Januar 1963 hatte eine verbandsinterne Kommission für die Abänderung des Gebührendekretes ihre Anträge mit ausführlicher Begründung vorgelegt. Der Vorstand teilte die Auffassung der Kommission und richtete eine Eingabe an die Justizdirektion zuhanden des Regierungsrates. Der Verband strebte an, dass der Anwalt in der unentgeltlichen Prozessführung vom Staat mit mindestens zwei Dritteln der tarifmässigen Gebühren honoriert, und dass das Gebührendekret der Geldentwertung angepasst werde. Bereits am Anwaltstag 1964 orientierte der Präsident, das Dekret über die Änderung des Anwaltstarifs sei vom Grossen Rat beschlossen und in Kraft gesetzt worden. Der BAV hatte allerdings vorher auf Anregung der Finanzdirektion beim Prozentsatz der Gebühren der amtlichen Anwälte eine Herabsetzung auf die Hälfte [anstelle der beantragten $\frac{3}{4}$ resp. der erhofften $\frac{2}{3}$] akzeptiert.

1965 unterbreitete der BAV zu der in Vorbereitung stehenden Teilrevision der bernischen ZPO der Justizdirektion eine Vernehmlassung. In der vorberatenden Kommission war der BAV mit zwei Mitgliedern vertreten. Die bernische Zivilprozessordnung war in den ersten gut 50 Jahren ihres Bestehens nur sechsmal, zudem mit einer Ausnahme nicht wesentlich revidiert worden; ab 1971 änderte sich das, erfolgten doch bis und mit der umfassen-



Dr. Conrad Fehr, Bern.
Präsident 1965–1971.

den Revision vom 22. November 1989 nicht weniger als 13 Modifikationen. Soweit für den Anwaltsverband von Belang, bearbeitete zumeist nicht mehr der Vorstand, sondern eine speziell eingesetzte Kommission innerhalb des BAV die vorgelegten Entwürfe zu wichtigen Erlassen.

1968 erstellte Dr. rer. pol. Erich Hubacher im Auftrag des BAV ein bahnbrechendes betriebswirtschaftliches Gutachten über die Kostenstruktur im Anwaltsberuf und die Einkommensverhältnisse der praktizierenden Fürsprecher im Kanton Bern. Unter den vielen nützlichen Erkenntnissen des Gutachters gab besonders zu Bedenken Anlass, dass die forensische Anwaltstätigkeit den schlechtesten Ertrag zeitigte.

Dr. Conrad Fehr, Präsident des BAV und ao Professor in Zürich, mahnte 1968, «der revolutionäre Sturmwind, der gegenwärtig Europa aufwühlt»³⁷, habe die Schweiz noch nicht erreicht, werde jedoch in den kommenden Jahren spürbar werden. Konkreter und näher liegend präsentierte sich die Jurafrage. Regierungsrat Dr. Ernst Jaberg befasste sich in seiner Tischrede unter anderem mit den Bereichen der Kantonsteilung, die den Juristen interessierten, und betonte insbesondere die Bemühungen der Regierung, eine rechtsstaatlich saubere Lösung zu finden.

Der Präsident verwies 1969 in seinem Jahresbericht auf eine gewisse Unzufriedenheit in den Beziehungen zwischen dem BAV und den Kandidaten, deren seinerzeit gegründeter Verband in der Versenkung verschwunden war. Die im Zuge der Hochschulreform neu organisierte rechtswissenschaftliche Studentenschaft an der Universität Bern unterbreitete einige Anliegen, vor allem die Entlohnung während des Praktikums, ein Begehren, welches der Vorstand schon mehrmals abgelehnt hatte. Neben dem Problem der Nachwuchsförderung beunruhigte den Präsidenten, dass sein Appell vom Vorjahr an die jungen praktizierenden Anwälte, sich nach dem Vorbild in der Romandie zwangslos zusammenzuschliessen, ohne Widerhall geblieben war. Erst nach einem weiteren Jahr kam eine grössere Anzahl jüngerer Mitglieder überein, sich ungefähr alle zwei Monate zu treffen, um gemeinsame Probleme zu besprechen. Eine formelle Organisation wurde nicht gegründet, die Vorbereitung der Zusammenkünfte übernahm ein Ausschuss. Nach und nach entwickelten die jungen Anwälte eine erfreuliche Aktivität, so beispielsweise im Herbst 1973 mit einem «Management-Game», bei welchem 4 Gruppen während 1½ Tagen eine

Scheinfirma betrieben und deren jeweilige Ergebnisse im Computer berechneten.

Nach fast 80-jährigen Bemühungen (mit Teilerfolgen) um die Aktenherausgabe trat der angestrebte Erfolg, ausgehend von Bern, endlich ein: Die Gerichtspräsidenten dieses Amtsbezirkes erklärten sich bereit, «grundsätzlich die Akten in Zivil- sowie in Strafprozessen im Rahmen der Parteieinsichtsrechte den bernischen Anwälten herauszugeben»³⁸. Die kantonale Polizeidirektion gestattete ihrerseits das unbeschränkte Einsichtsrecht in die Administrativakten, welches insbesondere vom Strassenverkehrsamt sehr oft nicht gewährt worden war.

Einträge in verschiedenen Adress- und Telefonbüchern, unter anderem auch im Branchen-Telefonverzeichnis der PTT, riefen teilweise wegen Lücken und Aufnahme Unbefugter, teilweise wegen Begriffsverwirrung aus drei verschiedenen Rubriken (Advokaturbüros, Fürsprecher, Anwälte) grossen Unmut hervor. Die Verantwortlichen der PTT erklärten sich in einem Gespräch bereit, in Zukunft für die Vermeidung krasser Fehler besorgt zu sein. Mit einem Antrag, die Anwälte seien nicht ins Branchenverzeichnis aufzunehmen, drang der BAV beim SAV dagegen nicht durch; einige kantonale Verbände wollten sich der Argumentation des BAV, Anwälte seien keine Gewerbetreibende und unterstützen dem Reklameverbot, nicht anschliessen.

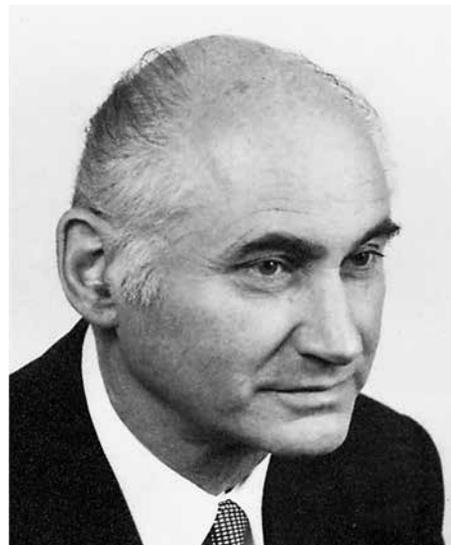
³⁷ Protokoll des Anwaltstages vom 29. Juni 1968.

³⁸ Aus dem Schreiben des Gerichtspräsidenten III vom 16. März 1970 (zitiert im Jahresbericht des Präsidenten, erstattet am Anwaltstag vom 20. Juni 1970).

Nach über 50 Jahren: ein neuer Anwaltstarif (1971–1976)

Einige jüngere Verbandsmitglieder beantragten gestützt auf das Gutachten von Dr. Hubacher die Prüfung einer Totalrevision des bestehenden Anwaltstarifes. Die zu einer Arbeitstagung im Januar 1971 in grosser Zahl versammelten Mitglieder bejahten nicht nur die Grundsatzfrage der umfassenden Revision des Gebührendekretes, sondern setzten auch eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes ein. Um die Situation kurzfristig zu verbessern, nahm eine Delegation des BAV mit dem Obergericht Kontakt auf. Das Gericht liess sich von den dargelegten Argumenten überzeugen und empfahl in einem Kreisschreiben, bei der Parteikostenbestimmung «etwas weniger zurückhaltend zu sein». Bereits ein Jahr später beriet ein ausserordentlicher Anwaltstag über die von der Kommission erarbeiteten Texte; nach redaktioneller Bereinigung legte der Verband der kantonalen Justizdirektion einen ausformulierten Entwurf als Antrag vor. Mit bloss geringfügigen Änderungen (Maximalhonorare, Entschädigungen bei der unentgeltlichen Prozessführung) akzeptierten zuerst die Justizdirektion und dann der den Anwälten diesmal wohlgesinnte Grosse Rat die Vorschläge der Fürsprecher. Der Dekretstarif trat auf den 1. Januar 1974 in Kraft. An einem ausserordentlichen Anwaltstag im Januar 1974 verabschiedeten die Mitglieder des BAV zusätzlich einen Konventionaltarif (Gebührenordnung in nichtstreitigen Rechtssachen).

Zu Beginn der Siebzigerjahre hatte sich der BAV vermehrt mit Stellungnahmen im Vorbereitungsstadium von Gesetzesrevisionen zu befassen, neben der ZPO vor allem mit der für die Anwälte [Ausbau von Verteidigungsrechten im Voruntersu-



Dr. Giselher Hochstrasser, Bern.
Präsident 1971–1976.

chungsstadium) wichtigen Strafprozessreform und mit dem Jugendrechtspflegegesetz. Einen Rückschlag erlitten die Fürsprecher, als ihnen in den neuen kantonalen Verfahrensbestimmungen zum 1969 revidierten Mietrecht das Auftreten vor Mietamt verwehrt blieb, drohte doch damit «ein Einbruch in das Recht der Parteien, sich durch Anwälte vertreten zu lassen»³⁹. Der Wahrung des grundsätzlich seit 1840 bestehenden, teilweise sogar erweiterten, allerdings in gewissen Bereichen (z. B. Sozialversicherung) auch tangierten Anwaltsmonopols galt ohnehin eine Hauptsorge des Vorstandes, welcher gelegentlich ein gewisses Miss-

³⁹ Protokoll des Anwaltstages vom 23. Juni 1972.

trauen in der Öffentlichkeit gegenüber den Anwälten feststellte. Dieser Aspekt, daneben die zunehmende Konkurrenz durch Rechtsberater von Treuhandgesellschaften und Banken, bewogen den Vorstand, sich Gedanken über die Pflege des «Image» des Anwaltsstandes zu machen. Die damals beschlossene Bildung einer Redaktionskommission zur Veröffentlichung spezieller Artikel in Tageszeitungen war ein erster Schritt zur Förderung von «public relations» der bernischen Fürsprecher.

Dem neugewählten Präsidenten, Dr. Giseler Hochstrasser, selber tätig in verschiedenen internationalen Gremien, lag die Intensivierung der Beziehungen über die Landesgrenzen hinaus besonders am Herzen. Neben der bereits traditionellen Teilnahme an der *Rentree du Barreau* in Paris seien die Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern des BAV am Kongress der *International Bar Association* in Monte Carlo und an der Sitzung einer EWG-Kommission für die Belange des Anwaltsstandes sowie die Beteiligung an mehreren anderen internationalen Kongressen erwähnt. Ausserdem fand im Mai 1972 in Bern ein Treffen der «*european group*» von *solicitors* der englischen *Law Society* mit schweizerischen Anwälten über Fragen des Gesellschafts- und Steuerrechtes statt. Ein anschliessendes denkwürdiges Fest im *Eriz* bot den britischen Gästen einen Einblick in unsere ländliche Folklore.

Die jurassischen Anwälte, die sich bereits seit einiger Zeit in einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen hatten, gründeten 1974 innerhalb des Kantons Bern einen «*Ordre des Avocats Jurassiens*» mit einem Vizepräsidenten des BAV, Paul Moritz, dem spätem Bundesrichter, als Vorsitzenden. Sie betonten, dass ihr Verband nichts mit einem zukünftigen Kanton Jura zu tun habe, und hielten fest, die Neu-

gründung berühre die Mitgliedschaft im BAV nicht; die Anerkennung der bernischen Standesregeln und der bernischen Anwaltskammer bleibe unangefochten. Wegen der Ansetzung der Verhandlungstermine, insbesondere vor der II. Strafkammer, wurde der BAV beim Präsidenten des Plenums der Strafkammer vorstellig. Eine Umfrage bei den Mitgliedern hatte ergeben, dass die meisten Termine ohne Rücksprache mit den beteiligten Anwälten angesetzt und rund die Hälfte der Verschiebungsgesuche abgelehnt worden waren. Mit dem Hinweis auf die beim Obergericht – übrigens auch bei weniger redefreudigen Fürsprechern – beliebte Möglichkeit schriftlicher Parteivorträge lehnten die obersten Strafrichter des Kantons die Begehren des Verbandes ab.

1975 fanden endlich einige eng mit Rechtsschutzversicherungen zusammenarbeitende Anwälte Aufnahme in den Verband. Jahrzehntlang befürchtete der BAV aus einer häufigen Tätigkeit für Rechtsschutzversicherungen die Gefahr einer unfreien Berufsausübung und damit einer Verletzung der Standesregeln. Es zeigte sich jedoch, dass die Freiheit bei der Anwaltswahl ebenso wie die Freiheit zur Annahme bzw. Niederlegung eines Mandates und die Freiheit der Honorargestaltung im Sinne der Standesregeln gewahrt wurde. Nach Erläuterungen durch den Präsidenten und einem Hinweis darauf, dass die Bewerber die Standesregeln, insbesondere das Prinzip der Unabhängigkeit in der Mandatsführung und der Rechnungsstellung beachteten, trat ein Meinungsumschwung ein.

Dem Vorstand, insbesondere dem einer liberalen Berufsausübung verpflichteten Präsidenten, bereiteten die zuerst in Genf und Zürich, später mit Ablegern in Bern entstandenen Anwaltskollektive («*permanences judiciaires*») Sorgen, teils wegen de-

ren Geringschätzung der Standesregeln und Tarifvorschriften, teils wegen der vor allem in den Medien stark beachteten Propaganda. Während der Amtszeit von Dr. Giselher Hochstrasser waren die Anwaltsstage nicht zuletzt auch von Gästen rege und gerne besucht. Die schon fast legendären Begrüßungsansprachen des Präsidenten an die eingeladenen bildeten jeweils einen mit Spannung erwarteten Höhepunkt des geselligen Teils der Versammlungen.

Rudolf Gasser, BAV-Präsident ab 1976, sah sich von Anfang an mit dem schon bei der Verbandsgründung erwähnten Problem konfrontiert, dass zwar die unentgeltliche Prozessführung dem Minderbemittelten Hilfe bot, ein entsprechendes Institut für die vor- oder ausserprozessuale Beratung indessen fehlte und sich die Anwaltskollektive in dieser Lücke breit zu machen suchten. Gestützt auf einen Beschluss am Anwaltstag 1976 setzte der Vorstand am 30. September 1976 ein bereits im Mai 1976 entworfenes «Reglement der Rechtsauskunftsstellen des BAV» als Provisorium in Kraft. Mitglieder des Verbandes, allen voran der Präsident und die Vorstandsmitglieder, erteilten freiwillig zweimal in der Woche gegen einen für den Unterstützungsfonds bestimmten kleinen Unkostenbeitrag in einem gemieteten Lokal in der Stadt Bern Rechtsberatungen. Der Erfolg beim Publikum – pro Mal bis zu 27 Rechtssuchende mit über sechsständiger Beratungszeit – und bei den Medien war überwältigend, die Bereitschaft zur Mitwirkung unter den Fürsprechern (über 100 Anwältinnen und Anwälte erklärten sich dazu bereit) hoch erfreulich. Von einem Provisorium war bald einmal nicht mehr die Rede; ähnliche Rechtsauskunftsstellen entstanden in Biel, Burgdorf und an weitem Orten.

Angriffe auf den Berufsstand des Anwaltes, so in



Rudolf Gasser, Bern. Präsident 1976–1981.

der Fernsehsendung «Kassensturz» und im «Beobachter», erforderten zusätzliche Anstrengungen zur Pflege des Images. Dazu dienten Rundschreiben, vor allem an die Mitglieder zur umfassenden Orientierung. Der Obergerichtsschreiber führte eine Kartothek nicht publizierter obergerichtlicher Entscheide; der Vorstand erreichte, allerdings ohne Obligatorium, dass die Anwälte die entsprechenden Karten gegen geringes Entgelt beziehen konnten.

Abschied vom Advokatengesetz – das Gesetz über die Fürsprecher (1976–1985)

Das ehrwürdige Advokatengesetz von 1840 hatte während 135 Jahren allen Revisionsbestrebungen getrotzt; trotz Unzulänglichkeiten und Abänderungen in diesem alten Erlass befürwortete der Verband jahrelang ein «noli me tangere». Der damalige kantonale Justizdirektor hatte sich jedoch zum Ziel gesetzt, sämtliche kantonalen Verfahrensnormen auf einen zeitgemässen Stand zu bringen. Um Schritten der Verwaltung zuvorzukommen, reichte das Vorstandsmitglied Dr. Hans Krähenbühl, nachmaliger Regierungsrat, mit Unterstützung von vier Kollegen im Grossen Rat eine Motion ein, in welcher der Regierungsrat ersucht wurde, ein neues Gesetz über die Fürsprecher vorzulegen. Der Obergerichtspräsident, gleichzeitig Präsident der Anwaltskammer, gelangte an den Vorstand, welcher einen Entwurf ausarbeitete, den er am ausserordentlichen Anwaltstag 1978 vorlegte. Nach intensiver Diskussion hiess die Versammlung den Text mit einigen Änderungen gut. Eine Delegation des Vorstandes erhielt Gelegenheit, das weitere Vorgehen mit der Justizdirektion zu besprechen und den Vorschlag als Grundlage für die Arbeit des Gesetzgebers einzubringen. Mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfes beauftragte die Justizdirektion Professor Max Kummer. In den öffentlichen Diskussionen überwog zwar die Anerkennung der wichtigen Rolle des Fürsprechers im Rechtsstaat, doch gingen die Meinungen über die Ausgestaltung der Freiheit des Anwaltes in der Berufsausübung weit auseinander. Für einiges Aufsehen sorgte die 1980 eingereichte Motion von Grossrat Theiler auf Abschaffung der Standesordnung für Rechtsanwälte, welche

besonders die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Terroristenprozess in Pruntrut hervorhob (Urteil der Anwaltskammer gegen vier zürcherische Anwälte).

Vor allem zwei Fragen bewegten die Gemüter: Ob und inwieweit eine Anwaltspraxis in Form einer juristischen Person zulässig, resp. ob ein «Register der praktizierenden Fürsprecher» im neuen Erlass vorzusehen sei. Zur weiteren Vertiefung des ersten Problems diente ein Referat über «Anwaltspraxis mit Kanzlei AG» (Übertragung der Kanzleiführung an eine AG) am ausserordentlichen Anwaltstag 1982. Die Einführung eines Registers scheiterte an einer breiten Opposition in den Vernehmlassungen; als eine Art Ersatz dafür fand das Postulat «Der Fürsprecher übt seinen Beruf unabhängig, in eigenem Namen, auf eigene Verantwortung und eigene Rechnung aus ...»⁴⁰ im Gesetz Aufnahme; am 6. Februar 1984 vom Grossen Rat ohne wesentliche Abänderungen beschlossen, trat das Fürsprechergesetz auf Anfang 1985 in Kraft. Damit hatte das Advokatengesetz nach 145 Jahren wenigstens formal ausgedient; inhaltlich wirkt es im neuen Erlass in wesentlichen Teilen weiter.

Gründung des Kantons Jura und Öffentlichkeitsarbeit (1979–1984)

Am 1. Januar 1979 lösten sich die drei nordjurassischen Amtsbezirke aus dem Staatsverband des Kantons Bern. Als Folge dieser Trennung verliessen die nordjurassischen Mitglieder den BAV und

⁴⁰ Art.8' des bereinigten Entwurfes der Justizdirektion von 1983 über die Totalrevision des Anwaltsgesetzes.

schlossen sich zum Ordre des Avocats Jurassiens (OAJ) zusammen. Während die Befugnis der jurassischen Anwälte mit bernischem Patent zur weiteren Berufsausübung im Kanton Bern zu keinen Problemen Anlass gab, entstanden Schwierigkeiten bei der Zulassung der vor dem 31. Dezember 1978 patentierten Fürsprecher aus dem alten Kantonsteil im Kanton Jura. Die für die Übergangsbestimmungen verantwortlichen Instanzen hatten nämlich einen entsprechenden Passus im neuen Gesetz über die Advokaten des Kantons Jura⁴¹ übersehen. Der BAV und der OAJ einigten sich schliesslich darauf, dass Fürsprecher, die vor dem 1. Januar 1979 das Patent erworben hatten, gegenseitig Freizügigkeit genossen.

Die von Rudolf Gasser eingeleitete Pflege des Images des Verbandes wurde durch seinen Nachfolger als Präsidenten, Dr. Franz Kellerhals, ausgebaut; mit dem Programm für die Jahre 1982–1984, bestimmte Berufsgruppen in Seminarien mit berufsspezifischen Rechtsfragen vertraut zu machen, sollten vor allem «Berührungsgängste» gegenüber dem Anwaltsstand abgebaut werden. Auf eine derartige, 1983 zusammen mit der Ärztesgesellschaft des Kantons Bern durchgeführte Tagung folgten Veranstaltungen mit Themen wie «Rechtsprobleme des Unternehmers», «Der Bauvertrag» und «Der internationale Vertrag». Eine in Zusammenarbeit mit dem SAV geschaffene Broschüre «Der Anwalt» diente den Rechtssuchenden u.a. mit wichtigen Adressen, Hinweisen auf die Honorarordnung und auf das Recht zur unentgeltlichen Prozessführung.

Ein ganz anderer Aspekt der Pflege des Images, der gleichzeitig einen Einblick in die speziellen Sorgen eines Verbandspräsidenten erlaubt, ist einer Mahnung von Dr. Kellerhals am ausserordentlichen Anwaltstag 1984 zu entnehmen: «... *trete ich aber mit*



Dr. Franz Kellerhals, Bern.
Präsident 1981–1985.

einer ganz besonderen Bitte an Sie alle heran: Diejenigen, die sich für das Nachtessen angemeldet haben – unterschriftlich bestätigt – bitte ich inständig, ihr Wort zu halten. Das Casino-Trauma ist im Kreise des Vorstandes noch nicht vernarbt. Hier im Hotel Bern haben wir das Glück, mit einem Wirt zu verhandeln, der uns noch als unbeschriebenes Blatt betrachtet... ich bitte Sie, doch alles daran zu setzen, damit wir hierher auch später wieder kommen dürfen.»⁴²

⁴¹ Alle im Kanton Jura praktizierenden Fürsprecher waren verpflichtet, dem OAJ beizutreten.

⁴² Protokoll des ausserordentlichen Anwaltstages vom 20. Januar 1984.



Dr. Beatrice Gukelberger, Bern.
Präsidentin 1985–1989.

Anpassung von Strukturen und Verbandspolitik (1985–1991)

1985 wählte der BAV als erster schweizerischer Anwaltsverband mit Dr. Beatrice Gukelberger eine Frau zur Präsidentin. Im selben Jahr trat zur Entlastung der Präsidentin und des Vorstandes, aber auch angesichts der umfangreicher gewordenen Tätigkeit des Verbandes ein honorierter Verbandssekretär sein Teilzeit-Amt an.

Bereits ein Jahr später, am Anwaltstag 1986, bewirkte die Honorierung des Sekretärs eine ungewöhnlich rege, beinahe chaotische Auseinandersetzung, deren Ende vorwiegend dem Geschick des die Abstimmung leitenden Vorstandsmitgliedes

und spätem Bundesrichter Hans Peter Walter zu verdanken war. Zuerst akzeptierten die Teilnehmer die Offerte eines Advokaturbüros, das Sekretariat auf ehrenamtlicher Basis, d.h. nur gegen Vergütung der effektiven Auslagen zu führen. Das hinderte allerdings die anwesenden Anwälte nicht, der im Hinblick auf eine bessere Entlohnung des bisherigen honorierten Verbandssekretärs vorgeschlagenen kräftigen Erhöhung des Jahresbeitrages auf Fr. 500.- (Fr.200.- für die jungen Mitglieder) zuzustimmen. Dem Leser dieser Zeilen dürfte nicht entgehen, dass damit das Hundertfache der 95 Jahre vorher bei der Vereinsgründung festgelegten Summe erreicht war. Die Absicht des Vorstandes, den Tätigkeitsbereich des Verbandes noch weiter auszudehnen, u.a. durch ein zusätzliches PR-Konzept, entsprach dem Willen der Mitglieder, die sich nach und nach an die modernere Verbandsstruktur gewöhnt hatten.

Während aus dem Jahr 1987 vor allem die Verordnung über die Fürsprecherprüfung – mit Benotung von 10 bis 1 anstatt wie bisher 5 bis 0 – der Erwähnung wert ist, nahmen die bernischen Fürsprecher am Anwaltstag vom 3. Juni 1988 in Spiez die vom Vorstand erarbeiteten neuen Verbandsstatuten – die vorher gültige Fassung war während fast 40 Jahren in Kraft – an. Neben einer Straffung in der Formulierung und einer Modifikation bei den Aufnahmebedingungen fällt auf, dass Passivmitglieder endlich wieder genehm waren. Hans Brunner löste Dr. Beatrice Gukelberger im Präsidium ab. Auf der Arbeit ihrer drei Vorgänger, speziell auch von Dr. Franz Kellerhals, aufbauend, hatte sie dem Verband neue Impulse verschafft: Ein ständiges Verbandssekretariat, Einführung der Berner Weiterbildungskurse für Juristen, verstärkte Pflege der Beziehungen zur Öffentlichkeit, Erweiterung des

Mitgliederverzeichnisses mit Angaben über «bevorzugte Tätigkeitsgebiet» und Sprachenkenntnisse, aber auch Modernisierung des Erscheinungsbildes der Verbandsdrucksachen.

Der neue Präsident erinnerte sich an die Tradition des BAV, bedrängten Kollegen im Ausland beizustehen. Im November 1989 bahnte sich eine Partnerschaft mit der tschechischen Anwaltschaft an, die zuerst zu einer Bücherspende und dann – im Jahre 1991 – dazu führte, dass elf Kollegen und eine Kollegin aus der Tschechoslowakei mehrwöchige bis mehrmonatige Praktika auf Anwaltsbüros, bei Banken und bei Versicherungen in Bern absolvierten.

Im Jahre 1990 genehmigte der BAV die Landesregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Gemeinschaft, deren Anwendungsbereich sich vorerst auf den grenzüberschreitenden Mandatsverkehr mit Ländern der EG beschränkte. Unter Vorbehalt der – bald einmal erreichten – Zustimmung der kantonalen Verbände, schloss der SAV im November 1990 mit dem «Conseil des Barreaux de la CE» eine Beitrittskonvention ab; der Geltungsbereich der erweiterten Landesregeln wurde durch eine Zusatzvereinbarung vom 25. Oktober 1991 auf den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den Beobachterländern (EFTA ohne Island) ausgedehnt.

Im April 1990 erschien erstmals das neue Verbandsbulletin «in dubios, das fünfmal jährlich herausgegeben wird und dessen Auflage auf 1600 Exemplare angewachsen ist; Chronisten zukünftiger Jubiläumsschriften werden es leichter haben.

1991 befassten sich zahlreiche Mitglieder am ausserordentlichen Anwaltstag mit Problemen des Europarechtes. Vor allem putzte sich der BAV im Hinblick auf das bevorstehende, im Vorstand und in verschiedenen Kommissionen emsig vorbereitete



Hans Brunnen Bern. Präsident ab 1989.

Jubiläumsschrift heraus; seit Herbst 1991 stehen den Verbandsorganen und den Mitgliedern dank dem Entgegenkommen der bernischen Zunft zu Obergerbern wohl ausgestaltete und ausgestattete Lokalitäten an der Bundesgasse 16 zur Verfügung. Zur Einweihung, gleichzeitig mit einer kleinen Feier anlässlich der nun fünfzehnjährigen Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle, waren die Medienvertreter geladen. In seinen Strukturen und im äusseren Erscheinungsbild ist der BAV somit zum Eintritt in sein zweites Jahrhundert gerüstet. Was der bernische Fürsprecher zu erwarten hat, ist andernorts in dieser Jubiläumsschrift dargelegt.⁴³

⁴³ Vgl. Seite 75.

Die Anwaltskammer – gestern und heute

Guido Rieder

Die bernischen Anwälte, die am 10. Januar 1992 den 100. Geburtstag ihres Verbandes feiern, hätten Gelegenheit gehabt, am 10. Dezember 1990 oder am 1. Januar 1991 den 150. Geburtstag des bernischen Fürsprechers heutiger Prägung zu begehen. Im Gesetz über die Advokaten vom 10. Christmonat 1840 räumte nämlich die Versammlung des Grossen Rates dem Anwalt im Kanton Bern mit Wirkung ab 1. Januar 1841 ein weitgehendes, wenn auch nicht vollumfängliches Monopol zur Ausübung des Advokatenberufes ein. Das Monopol wurde dem bernischen Fürsprecher indessen nicht etwa geschenkt; vielmehr hatte der zukünftige Anwalt vor Patenterteilung eine Prüfung durch eine vom Obergericht ernannte Kommission zu bestehen und bei der spätem Berufsausübung recht umfassende Regeln zu beachten. Diese Standespflichten riefen einer Aufsicht, welche der Grosse Rat dem Obergericht übertrug, und Sanktionen, welche vom Verweis bis zum Patententzug gingen.

Das Gesetz über die Advokaten hatte in den wichtigen Teilen, insbesondere dem mit der Zeit geänderten, im wesentlichen noch ausgebauten Monopol, der Prüfung durch eine vom Obergericht gewählte Kommission, den Standesregeln und den Sanktionen bis Ende 1985, also während 145 Jahren Bestand. Die Grundsätze des Advokatengesetzes fanden zudem im neuen Gesetz über die Fürsprecher vom 6. Februar 1984 Aufnahme. Demgegenüber bewirkten die Aufsicht und Sanktionsbefugnis des Obergerichtes über die Anwälte im Kanton Bern schon viel früher eine mit der Zeit zunehmende Kritik unter den bernischen Fürsprechern. Im Schosse des bernischen Anwaltsverbandes wurde gestützt auf vorangegangene Diskussionen das Begehren nach einer Neugestaltung der Aufsicht über die Anwälte, soweit feststellbar, erstmals an einem ausser-

ordentlichen Anwaltstag im Januar 1907 durch Prof. Blumenstein als Referenten und den damaligen Vizepräsidenten des bernischen Anwaltsverbandes, Karl Scheurer, als Korreferenten umfassend dargelegt (vgl. dazu die Auszüge an anderer Stelle dieser Jubiläumsschrift und eine entsprechende Publikation in der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins, Jahrgang 1907, Band 43, Seiten 177 ff und 233 ff, zum Disziplinarrecht speziell Seiten 181/182 und 239/240). Aber erst mehr als 10 Jahre später, im Zuge der Neuordnung des bernischen Zivilprozesses durch das Gesetz vom 7.7.1918 (Art.420 Abs. 1 ZPO in der bis Ende 1984 geltenden Fassung) erhielt der Grosse Rat «bis zum Erlass eines neuen Gesetzes über die Advokatur» die Befugnis, durch Dekret die Bildung einer aus praktizierenden Anwälten und Gerichtspersonen zusammengesetzten Anwaltskammer, welcher die Disziplinaraufsicht über die Anwälte übertragen wird, zu beschliessen. Dieses Dekret wurde, übrigens gleichzeitig mit einem Gebührendekret, am 28.11.1919 erlassen und trat am 1.1.1920 in Kraft; es behielt, wie das Gesetz über die Advokaten, mit Änderungen, bis Ende 1984, also 65 Jahre Geltung. Der wesentliche Inhalt des Dekretes findet sich übrigens, ähnlich wie die Bestimmungen des alten Advokatengesetzes, im neuen Fürsprechergesetz wieder. Sollte die Anwaltskammer, was angesichts ihres Beliebtheitsgrades allerdings nicht allzu nahe liegt, in absehbarer Zeit ein Jubiläum zu feiern wünschen, böte sich somit an ihrem 75. Geburtstag am 28.11.1994 resp. am 1.1.1995 Gelegenheit dazu.

Das letzte Verfahren vor der Anwaltskammer im Jahre 1990, dem Kalenderjahr vor Abfassung dieser Zeilen und dem 71. Jahr des Bestehens dieser Instanz, trägt die Nummer 3383. Wenn davon ausgegangen wird, dass die Geschäfte jeweils fein säuber-

lich chronologisch mit Nummern versehen worden sind, hatte sich die Anwaltskammer seit ihrer Einsetzung pro Jahr im Durchschnitt mit 47 bis 48 Fällen zu befassen. Zu gewissen Zeiten lag die Zahl wohl höher, ist doch beispielsweise dem Protokoll des Anwaltstages 1945 zu entnehmen, dass die Anwaltskammer 1944 70 Geschäfte behandelte und davon 54 erledigte. 1990 waren 43 Neueingänge zu verzeichnen, wovon ungefähr je ein Drittel auf Disziplinarsachen, auf Moderationen/Kostenbestimmungen und auf die Befreiung von der Schweigepflicht entfielen. Allerdings schloss die Anwaltskammer 1990 erheblich mehr Geschäfte ab, als eingegangen waren, ungefähr zur Hälfte Disziplinarverfahren und zu je einem Viertel Moderationen/Kostenbestimmungsgesuche resp. Gesuche um Befreiung von der Schweigepflicht. Weil hier nicht aus der Schule geschwätzt, aber doch dem Informationsbedürfnis des geneigten Lesers aus der Anwaltschaft Rechnung getragen werden soll, sei am Rande erwähnt, dass die Anwaltskammer im Jahre 1990 disziplinarisch (bei 29 abgeschlossenen Fällen) 3 Ermahnungen, 2 Verweise und 4 Bussen aussprach und in Moderationsverfahren (bei 14 abgeschlossenen Verfahren) neben einer vergleichsweisen Einigung zweimal Anwaltsforderungen herabsetzte.

Passt die Anwaltskammer, abgesehen von der eher antiquiert anmutenden Zahl von neun in der Regel bei einem Entscheid mitwirkenden Mitgliedern, noch in unsere Zeit? Zweifel daran äusserte nicht bloss ein Politiker bei der Beratung des Fürsprechergesetzes. Wie aus den Gedanken eines jungen Mitgliedes in dieser Jubiläumsschrift ersichtlich ist, stossen die Standesregeln und die Praxis dazu keineswegs mehr auf uneingeschränktes Verständnis. Die Antwort auf diese Fragen hängt davon ab,

ob die dem Fürsprecher durch den Gesetzgeber eingeräumten besondern Rechte entsprechenden Regeln und staatlich vorgeschriebenen Tarifen mit einer dazu dienenden Aufsicht rufen. Schliesslich hat die II. öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichtes am 22. Oktober 1987 an die Handels- und Gewerbefreiheit erinnert, nachdem sich die Anwaltskammer in der Begründung einer Disziplinar-massnahme u.a. darauf berufen hatte, dem freien Berufsstand des Rechtsanwaltes dürfe nicht auf lange Sicht der Boden entzogen werden. In diesem Zusammenhang sei noch einmal an den andernorts in dieser Jubiläumsschrift auszugsweise wiedergegebenen Vortrag von Karl Scheurer aus dem Jahre 1907 erinnert; offenbar zum bleibenden Gedenken wies der damalige Vizepräsident des bernischen Anwaltsverbandes darauf hin, dass beim Bundesgericht kein Bedürfnis für einen vornehmen Anwaltsstand vorhanden sei. Aus moderner Sicht werden gewisse standesrechtliche Vorschriften, vor allem im Bereiche der public relations, von einer beachtlichen Zahl von Anwälten als unnötig beengend betrachtet, nicht zuletzt im Hinblick auf Konkurrenten im wirtschaftlichen Wettbewerb, für welche solche Einschränkungen nicht gelten (vgl. dazu auch «Der Schweizer Anwalt» Nr.131 3/1991 mit den Publikationen «Anwalt und Werbung»). Indessen darf nicht übersehen werden, dass Parlament und Volk, und nicht der Anwaltsstand, zu bestimmen haben, ob und inwieweit eine Aufsicht über die Fürsprecher am Platz ist oder nicht. Parlament und Volk erwarten aber, wie die Standesregel 1 des bernischen Anwaltsverbandes darlegt, dass sich der Fürsprecher als freier Diener am Recht vertrauenswürdig verhält; nebensächlich erscheint dabei das Einzelproblem, ob die eine oder andere Standesregel einer Änderung bedarf.

Im Vordergrund steht, dass der Fürsprecher seiner ureigensten Aufgabe, seinen Auftraggeber unabhängig und treu, allein dem Gewissen und der Rechtsordnung verpflichtet zu vertreten, nur nachkommen kann, wenn ihm die dazu erforderlichen besondern Befugnisse eingeräumt werden; besonders weitgehende Befugnisse, wie sie dem Fürsprecher in erster Linie durch das Monopol zukommen, führen indessen zu einer Aufsicht und – bei Missachtung – zu Sanktionen. Ein Blick, nicht nur über die Kantonsgrenzen, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus zeigt, dass Standesregeln und Disziplinarmaßnahmen an sich weiterhin als selbstverständlich gelten; dazu sei aus den am 28. Oktober 1988 in Strassburg beschlossenen Standesregeln der Rechtsanwälte der europäischen Gemeinschaft der unter dem Marginalie «Gegenstand des Standesrechtes» in Ziff. 1.2.1 umschriebene Zweck der Standesregeln zitiert:

«Die freiwillige Unterwerfung unter die Standesregeln dient dem Zweck, die ordnungsgemässe Wahrnehmung seiner für die Gemeinschaft unerlässlichen Aufgaben durch den Rechtsanwalt sicherzustellen. Beachtet der Rechtsanwalt die Standesregeln nicht, so führt dies in letzter Konsequenz zu einer Disziplinarmaßnahme.»

ferner den in Ziff. 1.2.2 Abs. 2 nach einem Hinweis auf die traditionellen Standesregeln festgehaltenen Grundsatz:

«Die einzelnen Standesregeln jeder Anwaltschaft beruhen jedoch auf den gleichen Grundwerten und sind ganz überwiegend Ausdruck einer gemeinsamen Grundüberzeugung.»

Wird eine Aufsicht mit Regeln und Sanktionen bejaht, bleibt dennoch die Frage, ob nicht anstelle der aus 5 Richtern und 4 Anwälten zusammengesetz-

ten Anwaltskammer entweder eine Behörde ohne Anwälte oder eine nur aus Anwälten zusammengesetzte Kommission treten sollte. Die Mitwirkung von Anwälten ist weniger aus den Gründen, die Fürsprecher Scheurer im Jahre 1907 vorgetragen hat, erforderlich als aus der Tatsache, dass auch nicht als Anwälte tätige Juristen über die Aufgabe und Tätigkeit des Fürsprechers, soweit sie nicht in Verfahren gegen aussen zu Tage treten, viel zu wenig orientiert sind. Die Abklärung und grundsätzliche Würdigung des Sachverhaltes, sowohl in Moderations- als auch in Disziplinarverfahren, setzt eine genaue Kenntnis der Arbeitsweise des Fürsprechers und der dabei entstehenden Probleme voraus; in der Anwaltskammer des Kantons Bern kommt das dadurch zum Ausdruck, dass – angenommen in einfachen Verfahren über die Befreiung von der Schweigepflicht – immer ein Mitglied aus dem Anwaltsstand als fachkundiger Referent eingesetzt wird. Bedarf es dann aber noch der Mitwirkung von Richtern? Das Vertrautsein des anwaltlichen Mitgliedes der Kammer mit der Aufgabe und Tätigkeit seines Berufsstandes birgt die Gefahr in sich, dass eigene Erfahrung und Arbeitsweise zu sehr in den Vordergrund treten und damit die Bereitschaft schwindet, für ein davon abweichendes Verhalten eines Kollegen das allenfalls erforderliche Verständnis aufzubringen. Dazu kommt die für den normalerweise als Parteivertreter tätigen Fürsprecher ungewohnte richterliche Funktion in der Anwaltskammer; hier geht es nicht nur um einen gedanklichen Sprung vom Anwaltspult im Gerichtssaal auf den zumeist höhere Sessel des Richters, sondern darum, einer von dem Verfahrensablauf und der Verantwortung grundsätzlich andersartigen Aufgabe gerecht zu werden. Die Mitwirkung von mit Entscheiden und deren

Vorbereitung vertrauten Richtern bildet Gewähr dafür, dass bei der Gesamtwürdigung ein Ausgleich geschaffen wird.

Die Zahl der von der Anwaltskammer in den letzten Jahren behandelten Fälle entspricht, mit Schwankungen, ungefähr dem statistisch feststellbaren Durchschnitt der vergangenen sieben Jahre. Indessen praktizieren in unserer Zeit ungleich mehr Fürsprecher als früher; ein Viertel bis ein Drittel der Geschäfte entfallen zudem auf die erst 1985 eingeführte Befreiung von der Schweigepflicht. Schliesslich führen die Disziplinarverfahren vor der An-

waltskammer in der überwiegenden Mehrzahl nicht zu einer Disziplinar-massnahme und die meisten Honorar- und Auslagenforderungen halten einer Überprüfung stand. Dass ein bernischer Fürsprecher oder ein im Kt. Bern mit Berufsausübungsbewilligung handelnder Anwalt in ein Verfahren vor der Anwaltskammer verwickelt und dabei disziplinarisch bestraft wird oder seine Rechnung herabgesetzt sieht, stellt mithin die Ausnahme von der Regel dar, dass die Beachtung der Berufspflichten kein Hindernis für die Tätigkeit des Fürsprechers darstellt.

*Aus dem Brief eines Klienten an den Anwalt:
«Ihre Rechnung ist masslos übertrieben. Sie haben wohl vergessen,
dass ich der Gauner bin und nicht Sie.»*

*Unter Kollegen nach einem abgeschlossenen Prozess
über eine Erbschaft: «Es war ein grausamer Kampf
Die Erben erhielten fast ebensoviel wie ich.»*

Liebe Albertine

Eva Saluz

Im Sommer 1921 bist Du als erste Frau¹ in den Bernischen Anwaltsverband aufgenommen worden. Du hast ein Jahr vorher das Fürsprecherexamen mit viel Erfolg bestanden und eine Anwaltspraxis eröffnet, was damals für eine Frau ein grosses Wagnis bedeutete. Es war ja noch nicht lange her, dass die Frauen überhaupt nicht zum Anwaltsberuf zugelassen waren.

Im Jahre 1887 haben die Bundesrichter es abgelehnt, den Ausschluss der Frauen von der Advokatur als unzulässig zu erklären. Die studierte Juristin Emilie Kempin-Spyri wollte in einem Forderungstreit im Kanton Zürich ihren Ehemann vertreten, was ihr nicht gestattet wurde. Frau Kempin-Spyri zog den ablehnenden Beschluss an das Bundesgericht weiter und führte aus, die Bundesverfassung mache in konsequenter Durchführung des in Artikel 4 aufgestellten Rechtsgleichheitsprinzips keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Staatsbürgern. Dieser Auffassung hielt das Bundesgericht folgendes entgegen:

«Wenn nun die Rekurrentin zunächst auf Art. 4 der Bundesverfassung abstellt und aus diesem Artikel scheint folgern zu wollen, die Bundesverfassung postuliere die volle rechtliche Gleichstellung der Geschlechter auf dem Gebiete des gesamten öffentlichen und Privatrechts, so ist diese Auffassung eben so neu als kühn; sie kann aber nicht gebilligt werden. Es bedarf in der That keiner weitem Ausführung, dass man mit einer solchen Folgerung sich mit allen Regeln historischer Interpretation in Widerspruch setzen würde. Art. 4 der Bundesverfassung darf, wie das Bundesgericht stets festgehalten hat, nicht in dem, zu geradezu unmöglichen Konsequenzen führenden Sinne aufgefasst werden, dass derselbe schlechthin jede Verschiedenheit in der

rechtlichen Behandlung einzelner Personenklassen verbiete, sondern derselbe schliesst nur solche rechtliche Verschiedenheiten aus, welche, nach anerkannten Grundprinzipien der Rechts- und Staatsordnung, als innerlich unbegründet, durch seine erhebliche Verschiedenheit der Thatbestände gerechtfertigt erscheinen. Nun erscheint aber nach der jedenfalls zur Zeit noch zweifellos herrschenden Rechtsanschauung die verschiedene rechtliche Behandlung der Geschlechter auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts, speziell in Bezug auf das Recht der Bethätigung im öffentlichen Leben, als eine der innern Begründung keineswegs entbehrende. Als im Widerspruch mit Art. 4 der Bundesverfassung stehend, kann daher eine kantonalgesezliche Norm, welche die Frauen von der Parteivertretung vor Gericht ausschliesst, jedenfalls nicht erachtet werden.²

Im Jahre 1914 liess das Bundesgericht im Entscheid Bammert offen, ob an dieser Auffassung noch festgehalten werden könne, doch sei jedenfalls eine Ungleichbehandlung von Frauen mit Bezug auf den Anwalts- und den Rechtsagentenberuf unzulässig.³

Im Fall Roeder machte das Bundesgericht 1923 den letzten Schritt zur Gleichberechtigung auf diesem Gebiet und befand, angesichts der inzwischen eingetretenen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen könne der blosse Geschlechtsunterschied

¹ Frau Albertine Hänni-Wyss (1883–1967) war die erste Frau im Bernischen Anwaltsverband. Die Angaben über ihr Leben wurden dem Artikel von Helene Thalman im Schweizer Frauenblatt vom 29. Dezember 1967 entnommen, ergänzt durch Auskünfte von Familienangehörigen.

² BGE 13,1 ff

³ BGE 40 I 5

für sich allein genommen keine ausreichende Begründung für die Nichtzulassung zu einem bestimmten Beruf sein:

«La difference de sexe n'est donc plus en elle-meme une raison suffisante pour refuser aux femmes l'acces d teile profession determinee.»⁴

Eine unterschiedliche Behandlung von Frau und Mann in dieser Frage lasse sich nur noch mit Vorurteilen und überlebten Ansichten erklären. Der Rekurs von Mademoiselle Dora Roeder wurde gutgeheissen, und der Kanton Freiburg musste ihr das Anwaltspatent erteilen.⁵

Die Rechtsprechung wird immer von den jeweiligen Wertanschauungen geprägt. Nicht nur die Bundesrichter haben einige Jahrzehnte gebraucht, bis sie die Gleichstellung von Mann und Frau in bezug auf die Ausübung des Anwaltsberufs bejahten. Auch unsere männlichen Kollegen bekundeten etwelche Mühe, sich uns Frauen als Kolleginnen überhaupt nur vorstellen zu können.

Am Schweizerischen Anwaltstag 1910 diskutierten sie über die Zulassung der Frauen zum Anwaltsberuf. Kollege Dr. I. Bossi aus Chur führte in seinem Referat unter anderem folgendes aus:

«Ich will durchaus nicht die dem Manne persönlich völlig gleichwertige Frau geistig zu tief einschätzen, weil etwa das Gehirn des Mannes nach naturwissenschaftlichen Untersuchungen 130 bis 150g im Durchschnitt schwerer wiegt als das der Frau ...

Die praktische Jurisprudenz stellt starke Anforderungen an das abstrakte Denken ...

Die Rechtsanwendung ist schöpferisch und daher vorwiegend Verstandesarbeit ...

Für solche abstrakte Denkarbeit ist aber nachgewie-

senermassen das weibliche Geschlecht weniger befähigt ...

Scharfes Denken, also juristisches Denken ist weniger Sache der Frauen. Diese geistige Verschiedenartigkeit spricht entschieden gegen die Betätigung des weiblichen Geschlechts auf dem Gebiete der Advokatur ...

Auf allen Gebieten der Kultur steht die Frau nach dem Zeugnis der Geschichte nicht bloss hinsichtlich des Umfanges, sondern der Originalität und Grösse der Leistung unverhältnismässig hinter dem Manne zurück ...

Es lässt sich daher an Hand der Erfahrung das Fazit ziehen, dass auch bei Erweiterung der freien Bahn die Frau auf dem Gebiete der höheren Kultur, also auch auf dem Gebiete der Jurisprudenz, nicht das gleiche leistet wie der Mann ...

Bei der ausserordentlichen Überfüllung des Juristenberufes wäre es daher ein volkswirtschaftlicher Fehler, wollte man durch unumschränkte Zulassung der Frau zum Dienste der Justitia das grosse Heer der männlichen Themisjünger noch vermehren. Gleiches Recht für alle ist ein schöner Ruf, aber nicht immer angebracht!»⁶

Es erstaunt nicht, dass nach dieser deutlichen Meinungsäusserung am Anwaltstag die Ansicht vorherrschte,

«dass die Ausübung der Advokatur durch die Frauen nicht wünschenswert sei.»⁷

⁴ BGE 49 I 19

⁵ BGE 49 I 20

⁶ SJZ. VII. Jahrgang, 1910, Seite 129 ff

⁷ Protokoll Schweizerischer Anwaltstag vom 11. September 1910 in Genf

Als Beweis dafür, dass das, was ich soeben geschrieben habe, stimmt, folgt der entsprechende Ausschnitt aus dem Protokoll des Schweizerischen Anwaltstages.

V. Discussionsthema
Die Zulassung der Frauen zum Anwaltsberuf.

zur dem Inhalt des Referats des Herrn Coll. P. Rossi und des Conferats des Herrn Coll. P. Meyer de Adelshofen sowie für die Diskussion wird auf das Verbandsorgan die Schweiz. Juristenzeitung verwiesen. Im Allgemeinen herrschte ein Ausruf über die Ansicht vor, dass die Zulassung der Advokatur durch die Frauen nicht wünschenswert sei, dass aber in einzelnen Fällen eine persönliche Eignung vorhanden sein könnte. Eine Resolution wurde von einem der Referenten vorgeschlagen, die Versammlung sei auf Antrag des Präsidenten von einer solchen ab.

Im Kanton Bern wurde im Jahre 1906 eine Anfrage an das Obergericht, ob Frauen das Fürsprecherpatent erwerben und die Advokatur ausüben könnten, unter Hinweis auf das fehlende Aktivbürgerrecht abschlägig beantwortet. Erst 1913 wurde mit dieser Praxis gebrochen und einer «Frau-enperson» erstmals der Akzess zum Examen erteilt.⁸

In Anbetracht der damaligen Einstellung der Männer gegenüber uns Frauen musstest Du, liebe Albertine, eine unbeugsame Kämpferin sein, dass Du es gewagt hast, Dich auf das unbeackerte Feld der weiblichen Advokatur zu begeben. Du hast zwar schon auf der Universität lernen müssen, Dich durchzusetzen. Weisst Du noch, dass Dich ein Professor bei der Verteilung der Seminararbeiten nach

längerem kritischem Betrachten einfach übergegangen hat? Erinnerst Du Dich an die spöttischen Mienen Deiner Kommilitonen, welche Dir bedeuteten, was man von solch «unfraulichem» Tun hielt?

Du warst auch an der Universität eine Pionierin. Schliesslich hat sich das Frauenstudium bis zum Ersten Weltkrieg weitgehend auf die medizinische und die philosophische Fakultät beschränkt. Immerhin hatte sich die erste Frau an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät bereits im Wintersemester 1873/1874 immatrikuliert; doch blieb die Frauenzahl hier bis zum Ersten Weltkrieg unter zehn.⁹

Die erste Frau, welche in der Schweiz als Juristin promovierte, war Frau Emilie Kempin-Spyri (16. Juli 1887 in Zürich), die ja dann als Anwältin vor Gericht nicht zugelassen wurde und dagegen, wie vorne erwähnt, vergeblich mit staatsrechtlicher Beschwerde an das Bundesgericht gelangte.¹⁰

Hast Du gewusst, dass Kollegin Kempin vorübergehend als Magd arbeiten musste? Erst 1891 wurde die intelligente Frau an der Universität Zürich als erste Frau Privatdozentin.¹¹ Die erste Anwältin der Schweiz hat übrigens auch in Zürich studiert. Es war Frau Anna Kramer-Mackenroth, welche im Jahre 1894 ihr Studium abschloss.¹²

Du hast Dir, allen Widerwärtigkeiten zum Trotz, an der Universität Achtung errungen und das Studium mit einer sehr guten Prüfung abgeschlossen.

⁸ Anita Dübi, Die Geschichte der bernischen Anwaltschaft, Bern 1955, Seite 142 f

⁹ Hochschulgeschichte Berns, 1528–1984, zur 150-Jahr-Feier der Universität Bern, 1984, Seite 513

¹⁰ BGE 13, 1 ff

¹¹ «Ebenso neu als kühn», 120 Jahre Frauenstudium an der Universität Zürich, Herausg. Verein feministische Wissenschaft, Zürich 1988, Seite 178 ff

¹² A.a.O., Seite 182

Damit hast Du einen wichtigen Grundstein zum Frauenstudium gelegt.

Weil Du eine durch und durch gefestigte, zielbewusste Persönlichkeit gewesen bist, hast Du dann auch als selbständig praktizierende Anwältin Deine schwierige Aufgabe gemeistert. Du hast Dich mit einem für diese Zeit seltenen Mut für die ärmsten Deiner Mitschwester eingesetzt, die Frauen in gescheiterten Ehen! Dir ist es zu verdanken, dass sich nach und nach auch in Behörden und Gerichten eine bessere Einsicht in die Not vieler Frauen eingestellt hat. Du hast unermüdlich dafür gekämpft, dass die Leistungen für die oft berufs- und existenzlosen geschiedenen Frauen erhöht und wenn möglich gesichert wurden.

Dieser Einsatz hat Dich – wie mir Kollegen berichtet haben – bei Deinen männlichen Kollegen nicht beliebt gemacht. Ja, wenn Du «Albert» geheissen hättest, wäre Dir die Achtung der Berufskollegen sicher gewesen. Es ist bezeichnend, dass sich Kolleginnen, welche Dich persönlich gekannt haben, sehr lobend über Dich äussern:

Frau Dr. Marie Boehlen arbeitete kurze Zeit als Mitarbeiterin in Deinem Büro. Sie bezeichnet Dich als «liebenswert». Du seist sehr tüchtig und daher gefürchtet gewesen. Auch habest Du Dich mehr eingesetzt als die Männer. Frau Dr. Verena Jost, die erste Bieler Anwältin, spricht von Dir als von einer «gerechten» Frau.

Deine heutigen Nachfolgerinnen danken Dir dafür, dass Du das Feld der weiblichen Advokatur umgegraben und etwas gesät hast!

Im Jahre 1942 wurde Frau Fürsprecherin Elly Furler als erste Frau in der Schweiz zur Kammer-schreiberin an das bernische Obergericht gewählt. Erst 50 Jahre nach Deiner Aufnahme in den Bernischen Anwaltsverband wurde das Frauenstimm-

recht eingeführt. Seither können wir Frauen auch in Richterämter gewählt werden. Im Kanton Bern wurde Deine frühere Mitarbeiterin, Frau Dr. Marie Boehlen, schon im Jahre 1956 gestützt auf eine Spezialvorschrift erste Jugendanwältin der Schweiz. Dieses Amt entsprach damals einer Richtertätigkeit! Typisch ist die folgende Bezeichnung, welche in den Zeitungen gebraucht wurde:¹³

Den Protokollen des Bernischen Anwaltsverbandes ist zu entnehmen, dass sich unsere männlichen Kollegen auch schwer taten mit der Frage, ob die Frauen in den Gerichten mitwirken dürften:

Dr. jur. Marie Boehlen

der erste weibliche Jugendantwalt von Bern

1964 wurde diese Frage als «heisser Brocken» bezeichnet, und die Auffassungen im Vorstand seien «geteilt» gewesen¹⁴.

Ein Jahr später steht zu lesen:

«Gewaltig geirrt hat sich der Berichterstatter, als er vor einem Jahr ausführte, die Frage der Mitwirkung der Frau in den Gerichten werde so rasch nicht gelöst werden können. Der Grosse Rat hat sich in beiden Lesungen über unsere grundsätzlichen und praktischen Einwendungen und auch über diejenigen des Gerichtspräsidentenverbandes ohne wesentliche Diskussion hinweggesetzt und, dem Obergericht und den politischen Parteien folgend, einstimmig beschlossen, eine Abänderung der Art.12 und 13 der Staatsverfassung vorzuschlagen, wonach die Frau in das Richteramt wählbar ist. Wir sind deswegen

¹³ National Zeitung Basel vom 30. Dezember 1956

¹⁴ Protokoll Anwaltsstag 1964

nicht etwa unglücklich, noch viel weniger sehen wir unser Prestige bedroht. Es wird zu gegebener Zeit Sache der politischen Parteien und des Stimmbürgers sein – dessen Meinung in Wahlgeschäften allerdings weder gesucht noch gar erwünscht ist – dafür zu sorgen, dass Frauen als Richter nur dort gewählt werden, wo sie erspriesslich wirken können. Die Konfrontation einer Frau Untersuchungsrichterin mit einem hartgesottenen Verbrecher gehört eher in ein Witzblatt als in eine bernische Amtsstube.»¹⁵

Liebe Albertine, weisst Du, dass heute im Kanton Bern zwei Untersuchungsrichterinnen tätig sind? Meine Mandantinnen und Mandanten finden zwar manchmal die Anschuldigung zum Lachen; die Frau Untersuchungsrichterin empfinden sie jedoch nie als Witz – im Gegenteil!

Nach der Wahl von Frau Dr. Marie Boehlen dauerte es 15 Jahre, bis im Frühling 1971 die erste Frau ordentliche Gerichtspräsidentin wurde. Es war dies Frau Inge Göttler, Bern, welche in einer Volkswahl noch von den Männern allein gewählt wurde, was immerhin beachtenswert ist. Doch dann vergingen wieder mehrere Jahre, bis die nächste Frau in ein Richteramt gewählt wurde (Frau Heidi Claivaz, Biel). Jugendgerichtspräsidentinnen gab es von Anfang an. Nach Frau Dr. Boehlen wurde 1972 Frau Herta Mäder in ein solches Amt gewählt. Heute haben wir 2 (von insgesamt 6) Jugendgerichtspräsidentinnen. Dies liegt sicher darin begründet, dass Frauen für erzieherische und fürsorgerische Aufgaben als besonders geeignet betrachtet werden.

Du hast recht, nach wie vor gibt es viel zu wenig Richterinnen. Wir haben im Kanton Bern nämlich nur eine Oberrichterin (Frau Inge Göttler) und die erwähnten zwei Untersuchungsrichterinnen sowie zwei Gerichtspräsidentinnen in Biel.

Auch im Anwaltsverband sind wir Frauen immer noch in der Minderheit. Seit Deiner Zeit hat sich der Frauenanteil wie folgt entwickelt:

1933	1 von 166	1967	4 von 195
1938	2 von 189	1979	4 von 208
1945	1 von 171	1991	51 von 371

Heute sind also 13,75 Prozent der Mitglieder Fürsprecherinnen. Dies entspricht auch etwa dem schweizerischen Durchschnitt.¹⁶

Wir sind stolz darauf, dass die erste Präsidentin eines kantonalen Anwaltsverbandes in der Schweiz unsere Kollegin Frau Dr. Beatrice Gukelberger ist. Sie wurde 1978 in den Vorstand und 1985 zur Präsidentin gewählt. Im gegenwärtigen Vorstand sind wir sogar drei Frauen. Diese Tatsache darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch mit dem Gleichberechtigungsgesetz, welches seit 1981, d.h. 60 Jahre nach Deiner Aufnahme in den Anwaltsverband, den Art.4 der Bundesverfassung ergänzt, immer noch nicht alle Unterschiede zwischen Frau und Mann beseitigt worden sind.

Warum müsste sonst der Schweizerische Anwaltsverband eine ständige Kommission für Chancengleichheit haben?¹⁷

Warum müssten sich sonst die feministischen Juristinnen mit ihrem Selbstverständnis befassen?¹⁸

Liebe Albertine, ich muss hier mit Schreiben aufhören, denn es gibt noch viel zu tun ...

Deine Eva

¹⁵ Protokoll Anwaltstag 1965

¹⁶ Wo Frauen sich erheben, Lenos Verlag 1990, Seite 258

¹⁷ Der Schweizer Anwalt, Nr.120, 5/1989, Seite 38

¹⁸ Feministin und Juristin? Bericht der 2. feministischen Juristinnentagung, Bern 1990

Gedanken eines jungen Mitgliedes

Peter Wyder

Welch göttliche Eingabe das Festschriftkomitee bewogen haben mag, gerade mich aus dem Kreise der «Jungen» als Autor dieses Beitrages zu erküren, bleibt mir wohl ewig schleierhaft. Die folgenden Überlegungen sind denn auch bewusst persönlich gefärbt, und ich masse mir nicht an, diese Ausführungen als repräsentativ für andere junge Mitglieder zu verstehen.

Vorab möchte ich in einem kurzen Erlebnisbericht über meine Aufnahme in den Verband rapportieren, danach folgen Gedanken zur Tätigkeit des Fürsprechers und zu seinem Stand.

3550 Langnau I.E., 18.5.1990: Der Moment

Ein wenig neugierig, gemischt mit einem Gefühl von Respekt und leichter Nervosität fuhr ich an jenem nass-kühlen Morgen im Wonnemonat Mai gen Langnau, wo im Kirchengemeindesaal die Versammlung der Bernischen Anwaltschaft tagen sollte. Neben anderen Geschäften war die Aufnahme von neuen Mitgliedern traktandiert, und ich befand mich innert Kürze unter den mehr als drei Dutzend Antragstellern, allesamt herausgeputzt am Kandidatentisch versammelt. Nun sollte er also kommen, der Moment, in dem man nach Einreichung eines Beitrittsbuches (inkl. curriculum vitae) und einem Vorstellungsgespräch beim Präsidenten in die erlauchte Gesellschaft aufgenommen wird. Bekanntlich ist ja der BAV als Repräsentant der praktizierenden Fürsprecher nicht einfach eine Berufs-, sondern eine Standesorganisation.

Der geschäftliche Teil der Versammlung verlief aus meiner Warte gesehen etwas enttäuschend, ging es doch zu und her wie bei anderen Vereinen gemäss Art. 60 ff. ZGB. Zwar hatten einzelne Traktanden erkleckliche Geldsummen zum Inhalte, die

Geschäfte passierten aber allesamt diskussionslos. Dass sich bei dieser Gelegenheit nicht einzelne Kolleginnen und Kollegen in gewohnter Manier die Klinge kreuzten, muss wohl daran gelegen haben, dass es sich bei den beantragten Geldsummen nicht um Streitwerte im Sinne des Gebührendekretes handelte.

Als nächstes folgte der Beschluss über die Aufnahme neuer Mitglieder; alles klappte bestens, und der BAV vergrösserte sich um weitere 43 Köpfe. Aus der darauffolgenden Ansprache des Präsidenten an die Neuaufgenommenen blieb mir die Feststellung in Erinnerung, dass sich der wahre Anwalt nicht durch eine grosse Anzahl von Mandaten und gewonnenen Prozessen auszeichne, sondern durch die Anzahl der Prozesse, die er nicht bereit sei zu führen. Dieser Gedanke ist einem jungen Anwalt, der in seiner Agenda noch freie Termine hat, nicht unbedingt aus dem Herzen gesprochen, sicher jedoch als Ratschlag für die Zukunft von Nutzen.

Nach dem offiziellen Teil dislozierte man vom Kirchengemeinde- in den Hirschensaal, und die Zahl der anwesenden Mitglieder vermochte sich merklich zu steigern. Bis zu später Stunde kam nun Ziff. 3 des Zweckartikels der BAV-Statuten voll zur Geltung, nämlich die Begründung und Erhaltung eines kollegialen Verhältnisses unter den Mitgliedern, mit reger Beteiligung einiger Gäste, so beispielsweise aus Lausanne.

Standesrecht – Standesmetaphysik

Das Standesrecht soll, neben der Garantie einer korrekten Mandatsführung, auch das Ansehen der Anwaltschaft wahren und heben. Als freier Diener am Recht soll der Fürsprecher stets darauf bedacht

sein, dass mit Vertrauen auf ihn geblickt werde. Was ist aber mit Ansehen gemeint, wie wird es erworben, wie geht es verloren?

In drei Dutzend Artikeln werden dem praktizierenden Fürsprecher in den Standesregeln des BAV verschiedene Pflichten auferlegt, die mithin seinen Privatbereich tangieren können.

Dass der Fürsprecher keine Gelder veruntreuen oder wider besseres Wissen auch keine unwahren Tatsachen vorbringen darf, folgt ebenso aus dem Strafgesetzbuch wie das Verbot, die Gegenpartei in einem Prozess zu beschimpfen. Die ganze Mandatserledigung findet zudem ihre Regelung im Auftragsrecht des Obligationenrechts. Weshalb noch ein Standesrecht? Orientieren sich die heute noch in Kraft befindlichen Standesregeln nicht an einem Sittenbild, das vielleicht im Zeitpunkt des Erlasses, im Oktober 1938, eine gewisse Berechtigung hatte, heute aber überholt ist? Das Deutsche Verfassungsgericht erklärte denn auch mit Entscheid vom 14. Juli 1987 die ständischen Verhaltensrichtlinien für die Deutsche Anwaltschaft nach jahrzehntelanger Geltung als verfassungswidrig.

Das Standesrecht kann als Ergänzung zu den einschlägigen allgemeingültigen Straf- und Zivilrechtsnormen eine Funktion haben, auch heute noch. Allerdings dürfen diese Normen nicht Selbstzweck einer privilegierten Minderheit sein.

Der Sinn des Standesrechts muss darauf abzielen, dass der Anwalt dem Rechtsuchenden bei der Wahrung seiner Interessen fachgerecht und fair beisteht. Im folgenden versuche ich mit zwei konkreten Vorschlägen kurz darzulegen, wie dieser Zielsetzung besser Nachdruck verschafft werden könnte:

a) *Wie findet ein Rechtsuchender einen für seine speziellen Probleme geeigneten Anwalt? Diese Suche*

wird für diejenigen Klienten, die erstmals oder nur einmal in ihrem Leben einen Anwalt benötigen, in der Regel zu einem Blinde-Kuh-Spiel. Das heute existierende Mitgliederverzeichnis ist nur einem kleinen Kreis zugänglich und gibt kaum Aufschluss über effektive Spezialkenntnisse der darin Aufgeführten. Noch weniger vermag das Telefonbuch diesem Bedürfnis gerecht zu werden. Auch Titel wie Dr. iur., L.L.M., MBA, oder wie sie auch immer heissen mögen, sagen wenig darüber aus, ob der entsprechende Träger beispielsweise der geeignete Fachmann in einer sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheit ist. Die Zürcher Lösung, mit einem zusätzlichen Verzeichnis von Publikationen der Anwälte, bringt einen Klienten ebenfalls nicht viel weiter. Ein System mit Spezialausbildungen analog demjenigen der Ärzte sollte geprüft werden. Dies könnte so aussehen, dass der Fürsprecher nach dem Staatsexamen eine zusätzliche Fachausbildung absolvieren könnte, welche mit einer Prüfung zu beenden wäre. Diese Fachausbildung müsste im bestehenden Rahmen publiziert werden können und die Reklameregulation der Standesregeln wäre entsprechend anzupassen. Damit könnte dem Rechtssuchenden innert Kürze ermöglicht werden, einen Anwalt zu finden, der mit der entsprechenden Materie vertieft vertraut ist. Diese Lösung hätte zudem den Vorzug, dass die Qualität der Arbeit der Anwälte gesteigert werden könnte. Die hier vorgeschlagene Spezialausbildung sollte allerdings erst nach Absolvierung des Staatsexamens erfolgen, denn eine umfassende Grundausbildung ist sicherlich auch für einen spezialisierten Anwalt eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit.

b) *Leider kommt es immer wieder vor, dass Kolleginnen und Kollegen elementare Regeln der Mandatsführung verletzen oder in Ausübung ihrer Tätigkeit mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten, was zu Verfahren vor der Anwaltskammer führen kann. Der Rechtsuchende muss meines Erachtens die Möglichkeiten haben, sich vor einer Mandatsbegründung über solche gravierenden Entgleisungen ins Bild setzen zu können. Beim Schutz der Klienten vor «schwarzen Schafen» muss man sich die heutige Situation vor Augen führen: Nur gerade der Entzug des Patentes als schwerste disziplinarische Strafe muss im Amtsblatt publiziert werden. Über weitere Verfahren kann die Anwaltskammer beim Vorliegen eines öffentlichen Interessens orientieren. Ansonsten erfährt der Rechtsuchende nichts über allfällige berufliche Verfehlungen einzelner Fürsprecher, es sei denn, er sei selber unmittelbar Betroffener. Ein von der Anwaltskammer geführtes öffentliches Register, worin die disziplinierten Mitglieder während einer gewissen Dauer aufgeführt wären, könnte diesem Anliegen ohne grossen Aufwand gerecht werden und wäre für die Anwaltschaft ein Schritt zu mehr Transparenz.*

Die Funktion der Standesregeln als Ehrenkodex unter den Mitgliedern bereitet mir teilweise Mühe. Abs. 2 von Art. 3 der Standesregeln schreibt dem Fürsprecher vor, dass er sich der Ausübung von der Würde des Standes widersprechenden Tätigkeiten zu enthalten habe. Eine ähnliche Norm findet sich in Art. 8 des Fürsprechergesetzes.

Solche Verhaltensregeln dürfen das Privatleben des Fürsprechers nicht tangieren, denn auch er ist kein Übermensch. Zumindest das Leben ausserhalb seines Berufes muss er frei gestalten können.

Zur gleichzeitigen Ausübung von mehreren beruflichen Tätigkeiten des Anwaltes möchte ich folgendes festhalten: Bekannt dürfte in diesem Zusammenhang immer noch der Streit des Anwaltsverbandes mit einem in der Zwischenzeit verstorbenen Oberländer Kollegen sein, worin diesem die gleichzeitige Ausübung des Berufes eines Viehhändlers und Fürsprechers untersagt worden ist. Zudem wurde später von der Anwaltskammer festgestellt, dass die Tätigkeit als Liegenschaftenhändler mit der gleichzeitigen Ausübung des Anwaltsberufes nicht vereinbar sei. Wie lässt sich aber beispielsweise die Anwaltstätigkeit mit der Ausübung eines Verwaltungsratsmandates in einer dubiosen Finanzgesellschaft oder in Firmen, die sich mit Entwicklung und Handel von «Gütern des wehrtechnischen Bereiches» beschäftigen, vereinbaren? Wo liegt der qualifizierte Unterschied in diesen heute offenbar tolerierten Bereichen zum verpönten Vieh- oder Liegenschaftenhandel? Eine klare Stellungnahme des Verbandes oder der Anwaltskammer in diesem Bereich könnte dem Vertrauen in den Stand sicherlich nicht abträglich sein.

Wie bereits zuvor bemerkt, können Standesregeln, die vermehrt auf den Publikumsschutz ausgerichtet sind, auch heute eine Funktion haben. Ansehen im Sinne von Vertrauen ist eine wichtige Voraussetzung jeder Mandatsführung. Ob das äussere Erscheinungsbild des Fürsprechers dem Klienten das entsprechende Vertrauen zu geben vermag, kann der Beurteilung des Mandanten überlassen bleiben. Nicht beurteilen kann er jedoch in der Regel die fachlichen Qualitäten seines Beistandes, und hier soll die Anwaltskammer gestützt auch auf das Standesrecht eingreifen können. Gravierende fachliche Entgleisungen schaden dem allgemeinen Ansehen des Fürsprecherstandes mehr als der Auftritt

eines Anwaltes in einer Appellationsverhandlung vor Obergericht in *«hellem Anzug oder sonstwie unwürdiger Kleidung»*.

Zum Schluss möchte ich noch einen Wunsch anbringen: Als noch nicht so erfahrener Rechtsanwender stelle ich fest, dass bei den Erläuterungen von kantonalen Erlassen, insbesondere zum Verfahrensrecht, grosse Lücken bestehen. Leuchs ZPO-Kommentar wird zwar gegenwärtig neu überarbeitet, Waiblingers Strafverfahren ist aber seit Jahren vergriffen und zum neuen Verwaltungs

rechtspflegegesetz fehlt eine umfassende Erläuterung gänzlich. Ich lege wohl den Zweckartikel der BAV-Statuten nicht zu extensiv aus, wenn ich meine, dass der rechtsstaatlichen Entwicklung der bernischen Rechtspflege durchaus gedient wäre, wenn der BAV, gemeinsam mit Gerichten und der Universität, geeignete Autoren suchen und entsprechende Projekte finanziell unterstützen würde, damit diese Lücken geschlossen werden können.

Vielleicht kann bereits in der nächsten Festschrift Erfreuliches darüber berichtet werden.

*Ein Jus Student ist beim Staatsexamen
durchgefallen. Hierauf sendet er seinen Eltern ein Telegramm:
«Jury begeistert, verlangt Wiederholung.»*

Der Anwalt der Zukunft – Die Zukunft des Anwalts

Beatrice Gukelberger

Brief an einen Gymnasiasten

Lieber Peter

Nachdem Du während Deinen letzten Schulferien bei uns «geschnuppert» und mir schliesslich einige Fragen zurückgelassen hast, will ich Dir diese endlich – wie versprochen schriftlich – beantworten.

Ob Du Dich an die Vielzahl Deiner Fragen noch erinnerst? – Wie auch immer: ich werde sie zusammenfassend behandeln, ausgehend von dem Dich beschäftigenden grundsätzlichen Zweifel, ob sich angesichts der bevorstehenden Jahrtausendwende und der politischen sowie gesellschaftlichen Aus- und Umbrüche überhaupt noch in irgendeiner Richtung eine einigermassen zuverlässige Prognose stellen lasse.

Deine Zweifel sind berechtigt. Weniger denn je lässt sich Sicheres voraussagen. Dies gilt selbstverständlich auch für die anwaltliche Zukunft.

Schau: vor kurzem noch war die Prozessführung ausschliessliche Sache der Anwälte, deren Berufsgeheimnis ein Riesentresor, in welchem sich gar manches unterbringen liess und zu welchem ausschliesslich der Klient einen Schlüssel besass; Rechtsberatung durch Banken und Treuhandgesellschaften wurde lauthals als Schmutzkonkurrenz verschrien, und der Anwalt, welcher seine Farbenfreude im Briefkopf zum Ausdruck brachte, riskierte ein standesrechtliches Verfahren wegen Verstosses gegen das Reklameverbot. Inzwischen ist das Anwaltsmonopol ein wackliger Boden geworden, das Berufsgeheimnis ist von aussen her durchlöchert worden wie ein Wassersieb, Banken und Treuhandgesellschaften haben ihre Beratungsdienste in weltweit vernetzte Rechtsabteilungen ausgebaut, und wo die anwaltliche Reklame an-

fängt, weiss heute auf einmal niemand mehr so genau.

Meinend, den Trend der Zeit zuverlässig zu erkennen, schreit der Anwalt zwar nach wie vor lautstark, nun aber in anderer Richtung. Frei sein will er jetzt, frei von all diesen konservativen, lästigen Fesseln, und die jahrelang gepredigte sowie teilweise auch zelebrierte «vornehme Zurückhaltung» reizt ihn nur noch zu einem mitleidigen Lächeln. «Der Rechtsanwaltsmarkt», «Unternehmerisches Denken und Handeln» sind die aktuellen Schlagworte (1), und was in den USA recht ist, soll uns hier in abgeschwächter Form billig sein. Fasziniert wie klein Moritz beobachten wir, dass in den USA das sogenannte Gerichtsfernsehen (nota bene während 24 Stunden am Tag) eingeführt werden soll, und es in Kalifornien (wo denn sonst) mittlerweile Telelawyers gib, die ihre Beratung per Telefon vertreiben 121, zahlbar pro Minute; neidisch beobachten wir, wie das Reklameverbot allenthalben zerbröckelt und sich Anwaltspraxen – teilweise sogar grenzüberschreitend – zu Mammutfirmen zusammenschliessen. Auch in der Schweiz kam es ja mittlerweile zu einer wenigstens den Röstigraben überschreitenden Elefantenhochzeit.

Ubiquität, Flexibilität, Spezialität – dies also sei die schöne neue Welt des Anwalts? Ist der Anwalt von morgen nur noch denkbar als eng spezialisierter Teil einer möglichst weltweit verzweigten Anwaltsfirma, deshalb überall präsent und verfügbar, letztlich aber auch darum, weil er, technisch hochgerüstet, nicht nur im Büro und im Auto diktiert, telefoniert und faxt, sondern auch unter der Dusche – sind es tatsächlich die Geschäftsleitung solcher Firmen und deren PR-Berater, die dem Anwalt von morgen die Arbeit definieren?

Lieber Peter – treten wir einen Schritt zurück

und versuchen wir eine Beurteilung der Lage sine ira et studio, gleichzeitig zurückkommend auf Deine Fragen.

Einmal kannst Du davon ausgehen, dass es bei unveränderter Qualität der Menschheit keine Rückentwicklung in Richtung Paradies ist nicht abzusehen) auch in Zukunft Anwälte braucht. Ich behaupte sogar, dass immer mehr Anwälte nötig sein werden, weil das Rechtsleben sich verdichtet und kompliziert sowie der Vorteil einer präventiven Rechtsberatung gegenüber einer späteren Konflikt erledigung langsam allgemein einsichtig wird. Solltest Du Anwalt werden, wird es Dir an Arbeit also nicht mangeln.

Wie Du Deinen Beruf ausübst, wirst Du ungeachtet aller Trends nach folgenden Kriterien beantworten müssen, nämlich danach, ob es Dich reizen würde, im Rahmen rechtsstaatlicher Beratung und Wahrheitsfindung subjektive Interessen zu vertreten, dabei Sachverhalte (auch schwer verständliche) und Gesetze (auch miserable) zu würdigen und auszulegen, Dich je nach Bedarf hinter oder vor Deinen Klienten zu stellen, für ihn kämpfen, schweigen und erhalten zu wollen. Ob Du dazu persönlich bereit und fähig bist oder nur im anonymisierenden Einsatz über Deine Firma, wirst allein Du entscheiden können.

Ob Du dereinst in einem grossen oder eher kleinen Verbund oder unter Umständen sogar ganz allein tätig werden wirst, ob Du Dich gar durch eine Anwalts-Aktiengesellschaft anstellen lässt, falls eine solche eines Tages erlaubt sein sollte, wird sich nach Deinem Bedarf an persönlicher Unabhängigkeit entscheiden. Du liest richtig. Das Einzelbüro wird es auch in Zukunft geben, es gibt es nach wie vor auf der ganzen Welt. Sofern Du Dein Metier beherrschst und mit Menschen umgehen kannst, wirst Du auch

zu leben haben, obschon aus anderer Rechtsmaterie, von andern Klienten, mit anderem Stundenansatz als die Grossen der Branche, aber vielleicht nicht weniger erfüllt.

Solltest Du Dich zusammen tun mit einer überblickbaren Anzahl von Kollegen (im internationalen Vergleich sind zwanzig noch sehr wenig, in bernischen Verhältnissen sind zehn schon viel), wirst Du Deine Unabhängigkeit zurückbinden müssen zugunsten des Teamworks, der ergänzenden Spezialisierung, der technischen und sonstigen Rationalisierung. Dabei das Mass zu finden, welches Optimum und nicht Maximum bedeutet, wird diesfalls ständige Aufgabe der am Zusammenschluss Beteiligten sein, eine, die sich zwar aufdrängt, im Druck der Geschäfte jedoch gerne vergessen bleibt. Ich nehme an und hoffe es gleichzeitig, dass die schweizerische Entwicklung diesen Mittelweg gehen wird.

Solltest Du hingegen in eine grosse Firma einsteigen wollen, wirst Du hiefür vorab als gut befunden werden und in den ersten Jahren über härteste Arbeit erst noch beweisen müssen, dass Du würdig bist, zu bleiben. Mit Deiner persönlichen anwaltlichen Unabhängigkeit wird es diesfalls nicht mehr besonders weit her sein.

Die Unabhängigkeit des Anwalts wird zwar nach wie vor als eine *conditio sine qua non* gefordert und gepriesen – vielleicht gerade wegen des sich abzeichnenden, vorab quantitativen Wachstums und eventuell auch deshalb, weil verschiedene Fälle in letzter Zeit besonders guten Einblick in die Konsequenzen fehlender Unabhängigkeit gewährt haben. In diesem Zusammenhang sei nur am Rande vermerkt, dass die von aussen geforderte und mittlerweile auch durchgesetzte Durchlöcherung des Anwaltsgeheimnisses gerade auf diese Fälle zurück-

geht. Meinerseits ermuntere und ermahne ich Dich zugleich: achte auf Deine Unabhängigkeit, nimm es wörtlich zu Herzen, was in den Standesregeln der Rechtsanwältinnen der Europäischen Gemeinschaft [3] dazu festgelegt ist, nämlich:

«Die Vielfältigkeit der dem Rechtsanwalt obliegenden Pflichten setzt seine Unabhängigkeit von sachfremden Einflüssen voraus; dies gilt insbesondere für die eigenen Interessen des Rechtsanwaltes und die Einflussnahme Dritter. Diese Unabhängigkeit ist für das Vertrauen in die Justiz ebenso wichtig wie die Unparteilichkeit des Richters. Der Rechtsanwalt hat daher Beeinträchtigungen seiner Unabhängigkeit zu vermeiden und darf nicht aus Gefälligkeit gegenüber seinem Mandanten, dem Richter oder einem Dritten das Standesrecht ausseracht lassen. Die Wahrung der Unabhängigkeit ist für die aussergerichtliche Tätigkeit ebenso wichtig wie für die Tätigkeit vor Gericht, denn der anwaltliche Rat verliert für den Mandant1en an Wert, wenn er aus Gefälligkeit, aus persönlichem Interesse oder unter dem Druck dritter Personen erteilt wird.»

Und was hat doch vor noch nicht allzu langer Zeit einer der bernischen Verbandspräsidenten einmal gesagt? [4]

«Wer den Beruf des Fürsprechers wählt, wählt die Freiheit, die Freiheit in der Bindung, also nur in der Bindung an Gesetz und Gewissen. Ob es diese Freiheit gibt, ist letztlich eine Frage der Bewährung des Einzelnen in seinem Dienst.»

Diese Unabhängigkeit aufgeben, hiesse wegdriften von dem, was den Anwalt vom rein marktwirtschaftlich denkenden Unternehmer unterscheidet, bedeutet Annäherung an das, was sich einen «Job»

nennt, Annäherung auch an den, der unser Klient ist, von dessen Schwächen und Risiken wir ja gerade leben. Wollen wir das wirklich?

Wie unabhängig Du dereinst Deinen Beruf ausüben wirst – absolut unabdingbar wird bleiben, dass Du es persönlich tust. Auf Dir als Person ruhen letztlich die Erwartung und die Hoffnung des Klienten und nicht auf Deiner apparativen Ausrüstung oder Deiner Firmengrösse. Was nach dem Briefkopf zu lesen steht, wird auch in Zukunft das Entscheidende bleiben.

Daraus folgt zwingend, dass es ohne Nachdenken in Zukunft ebenso wenig abgehen wird wie heute, dass der Anwalt auf diesem Nachdenken besteht, indem er die zunehmend geforderte Verfügbarkeit nicht ausdehnt, sondern bremst. Das wirst Du als Gymnasiast hoffentlich besonders gut verstehen, obschon Dein Stoffplan leider nicht besonders aufs Nachdenken angelegt ist. Wann, wenn nicht jetzt, solltest Du es lernen, das Nachdenken? Wann, mein lieber Peter, sind bei Euch die Philosophen dran, die strenge Logik des Latein, Kultur- anstatt Kriegsgeschichte? In der lapidaren Erkenntnis, dass der Humanist immer der bessere Anwalt ist, wirst Du versuchen, später nachzuholen, was Schule und leider auch Universität Dir nicht geboten haben – einholen jedoch wirst Du es nicht mehr.

Damit komme ich zu Deiner letzten Frage, gleichsam einer Spezialfrage. Wird die Europäische Gemeinschaft den Schweizer Anwalt fressen, mit ihm kooperieren oder zum übersehbaren Nichts absebeln lassen? Was tun, um vom Berner Anwalt, der in Meiringen plädiert, zum Europäer zu werden, der die Schranken in Paris nicht scheut?

Es freut mich, stellst Du diese Frage; denn ich wage die Prognose, dass im Zeitpunkt Deines Staatsexamens die Grenzen gefallen sein werden.

Ausländer werden bei uns ihre Büros installieren, sich mit Schweizer Anwälten verassoziiieren, und während es die Welschen sowie die Tessiner noch einigermaßen gut haben, werden diese neuen Kollegen uns zwingen, ein zweites Mal Deutsch zu lernen.

Ob wir das innerlich akzeptieren und sogar Gegenrecht halten werden durch Ausschwärmen nach Norden und Süden oder gegenteils noch möglichst lange die Haltung einnehmen wollen, wie sie das Bundesgericht am 12. Oktober 1990 zum Thema «Zulassung zum Anwaltsberuf» im Fall Flösser geäußert hat, nämlich: «Der Staat erwartet vom Anwalt, der vor seinen Gerichten das Recht für die Klienten erstreiten soll, dass er sich als Bürger in die Rechtsordnung einfügt und sich an deren Fortbildung beteiligt. Der Klient erwartet, dass der Anwalt, den er mit der Wahrung seiner Interessen beauftragt, dem Richter oder (im Verwaltungsverfahren) dem Beamten als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten gegenübertritt kann...» wird sich erst noch zeigen müssen.

Eines jedenfalls ist klar: Europäer wird man nicht hinter dem Ofen bei der Lektüre von Mundartliteratur. Andererseits wird der grenzüberschreitend tätige Anwalt gut tun, sein nationales Recht nicht zu verleugnen, sondern sich vielmehr gestützt auf ein entsprechend fundiertes Wissen im europäischen Recht zu spezialisieren. Wie weise sind doch zu diesem Thema die europäischen Landesregeln, wenn sie festhalten:

«Jede Anwaltschaft hat eigene auf ihrer besonderen Tradition beruhende Regeln. Diese entsprechen der Organisation des Berufsstandes und dem anwaltlichen Tätigkeitsbereich, dem Verfahren vor den Gerichten und Behörden sowie den Gesetzen des betref-

fenden Mitgliedstaates. Es ist weder möglich noch wünschenswert, sie aus diesem Zusammenhang herauszureissen oder Regeln zu verallgemeinern, die dafür nicht geeignet sind.»

Sofern wir also wollen, dass uns die Europäische Gemeinschaft, zu der wir eines Tages auch vertraglich gehören werden, ernst nimmt, werden wir vor allem eines tun müssen, nämlich lernen, lernen, lernen. Damit ist auch gleich gesagt, dass ich die Praxiseröffnung unmittelbar nach mehr oder weniger gut bestandenem Staatsexamen für den ersten Kunstfehler halte, den ein Anwalt begehen kann. Die zwischen Schule und Meisterschaft liegende Zeit, die sogenannte Gesellenzeit, welche ja auch Wanderschaft sein soll, darf vom Anwalt, der etwas auf sich hält, nicht länger ausgelassen werden. Auch die Spezialisierung innerhalb des nationalen Rechts wird in grundsätzlicher Hinsicht nochmals überdacht werden müssen: weder wird sie sich noch lange als sogenannte «bevorzugte Tätigkeitsgebiete» euphemistisch verharmlosen lassen, noch wird sie sich, allein auf Selbstdeklaration beruhend, auf die Briefköpfe schleichen dürfen.

Ich höre Dich seufzen. Der Brief ist lang geworden, und meine Antworten sind in der einen oder andern Weise möglicherweise zu wenig konkret ausgefallen. Doch gerade diese Unsicherheit in der Vorhersage sollte Dich als künftigen Anwalt reizen und dass es so oder so mit dem Praktizieren nicht einfacher werden wird, dürfte Dich nicht abschrecken. Bereits im Jahre 1977 hat ein Kollege, der es zufolge seiner erfolgreichen internationalen Praxis wissen musste, vor dem Bernischen Juristenverein dargetan, dass es sich beim Beruf des Anwalts um einen «besonders schweren» handelt (51). Der Anwalt ist das Salz im Rechtsstaat und das Ärgernis im Unrechtsstaat. Um dieser Aufgabe nachzukommen,

wären effektiv die Qualitäten eines Übermenschen erforderlich. Dass wir solche nicht sind, macht uns nicht beliebter; auch das müssen wir aushalten, jetzt und in Zukunft.

Damit verbleibe ich herzlich

Deine *Beatrice Gukelberger*

Aus dem einen Monat später eingelangten Dankesbrief soll der entscheidende Passus nicht verschwiegen werden:

«Ich bin zu folgendem Schluss gekommen: ich werde Jus studieren und melde mich, sofern Du erlaubst, bereits jetzt fürs Praktikum an. Doch nachher werde ich mich um einen Richterposten bemühen, da weiss man doch eher, was einen erwartet.»

Literaturhinweise

- [1] Karl-Peter Winters, Der Rechtsanwaltsmarkt, Köln 1990
- [2] Lawyers in Europe, Ausgaben 1990
- [3] Standesregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Gemeinschaft, Ausgaben vom 28. Oktober 1988. Publiziert in «Statuten und Richtlinien des SAV», Ausgabe 1990, S. 56 ff
- [4] Rudolf Gasser, aus einem seiner präsidentialen Jahresberichte
- [5] Gis Hochstrasser, Anwalt gestern und heute, ZBJV 113, S.337 ff

Partie en français

Contenu

1. Remarque liminaire	81
2. Historique de l'Association des Avocats Bernois	82
3. Les Juristes Jurassiens (Francis Pellaton)	101
4. L'avocat bernois et la Chambre des avocats (Guido Rieder)	102
5. Lettre d'Eve à Albertine (Eva Saluz)	104
6. Remarques d'un jeune avocat (Peter Wyder)	106
7. L'avocat de l'avenir et l'avenir de l'avocat - lettre à un lycéen (Beatrice Gukelberger)	107

Remarque liminaire au texte français

Le texte français ci-dessous n'est pas une traduction complète du texte allemand. Excepté l'article sur «Les Juristes Jurassiens», c'est un résumé succinct, adapté librement en français par Francis Pellaton.

Quant aux notes et aux renvois, le lecteur voudra bien se référer à la partie allemande.

Historique de l'Association des Avocats Bernois

Le prédécesseur (1836–1864)

Une association, nommée «Advokatenverein des Cantons Bern», s'est constituée dans la période troublée entre la chute de l'ancienne confédération à la fin du 18^{ème} siècle et la naissance de l'état fédéral. Adoptés par l'assemblée constitutive du 9 avril 1836, les statuts voulaient améliorer la collégialité, sauvegarder les intérêts des avocats et la dignité du barreau, améliorer l'administration de la justice. Les membres étaient les avocats et les procureurs. Après une période très active, une certaine stagnation s'installe à partir de 1850. Une réorganisation, intervenue en 1864, a modifié l'association qui est devenue la «Société des Juristes Bernois». Celle-ci s'ouvrait vers l'université et recevait comme membres les professeurs et autres enseignants de même que les juristes de la science et de la législation.

La fondation de l'Association des Avocats Bernois (1892–1897)

Vu que cette première association avait changé son orientation, les avocats pratiquants ont senti le besoin de se grouper dans une nouvelle communauté d'intérêts professionnels.

Grâce à l'initiative de l'avocat Karl Haeberli, l'assemblée constitutive s'est tenue au Casino, à Berne, le 10 janvier 1892. La première assemblée a réuni 29 personnes de l'ancien et du nouveau canton (Jura). Maintenir la collégialité, sauvegarder les droits et la bonne renommée du barreau de même que se voir mieux traiter par les tribunaux étaient les motifs essentiels de l'association. Le premier président fut Karl Haeberli de Berne, les vices-présidents A. Gi-

rod de Delémont et Julius Pezolt de Berne. Dès le début, une collaboration fut envisagée avec la Société des Juristes Bernois. La question de recevoir les dossiers était d'importance capitale. Un mémoire dans ce sens fut adressé à la Chambre d'accusation qui a toutefois refusé de donner suite. Avant la première assemblée générale du 2 juin 1892, les statuts furent traduits en langue française. L'assemblée générale accepta les propositions du comité tendant à donner compétence à ce dernier pour trancher les différends entre les membres ou entre les avocats et leurs mandants. Un membre requit qu'une formule de procuration soit étudiée, afin de déterminer les droits réciproques du mandant et du mandataire. Au début de 1893, Karl Haeberli quitta l'association, du fait qu'il fut nommé juge à la Cour suprême. L'association s'occupa de la réorganisation des autorités judiciaires du district de Berne et constata que la formule de procuration, tout d'abord éditée seulement en langue allemande, avait fait ses preuves. Il fut déjà question, à l'époque, de la création d'un tribunal administratif et le vice-président Pezolt releva, en 1893, l'urgence de la mise en place de cette instance.

Le 4 juillet 1894, le Dr. Courvoisier de Bienne et quatre autres membres déposèrent une requête au comité pour demander à ce dernier d'intervenir afin de mettre un terme à l'attitude blessante de certains membres de la Cour d'appel et de la Cour de cassation envers les avocats. L'enquête faite auprès des membres révéla qu'une telle intervention était pleinement justifiée, de sorte que cette question fut mise à l'ordre du jour de l'assemblée générale de 1895. Un membre fit valoir qu'il fallait non seulement critiquer l'attitude de certains membres de la Cour, mais aussi les considérations blessantes émises par

les juges lors des délibérations. La requête n'obtint pas de réponse, mais le comportement des juges s'améliora, de sorte que les membres de l'association purent accepter le fait qu'une réponse à leur requête aurait été délicate. La formule de procuration fut traduite en langue française sur la base d'une décision de septembre 1894. Le comité constata qu'il ne dut pas intervenir en tant qu'arbitre; ce qu'il regretta d'ailleurs et il demanda aux collègues de régler leurs conflits dans le cadre de l'association et non pas dans des polémiques de presse. En 1896, le Dr. F. Courvoisier proposa que l'association demande à la Cour suprême de fixer les frais en cas de jugement en séparant clairement les émoluments et les débours. L'association demanda à ses membres d'agir dans le même sens.

De nombreux membres demandèrent la révision des lois de procédure et des tarifs. Après discussion, une résolution fut votée dans le sens prévu par F. Courvoisier. La réponse de la Cour de cassation, en septembre 1897, fut négative; la Cour de cassation se référait au texte même de la loi. Lors de l'assemblée générale du 3 juillet 1897 au Café du Pont à Berne, G. Lenz demanda qu'un code d'honneur soit institué. La discussion n'aboutit pas à une conclusion positive.

Tâches et devoirs sur les plans internes, locaux, cantonaux et fédéraux (1897–1900)

En juillet 1897, le comité désigna un délégué pour participer au congrès international des avocats à Bruxelles. A la suite de ce congrès, le comité discuta, dans sa séance du 25 septembre 1897, la possibilité de

réunir toutes les associations d'avocats de la Suisse sous l'égide d'une fédération. Un projet de statuts fut mis en place et une commission constituée pour en revoir le texte. L'avocat Krentel de Berne fut chargé du texte français et les associations d'avocats de Zurich, Bâle-Ville, Lucerne et Genève furent convoquées à une assemblée des délégués, de même que les associations qui étaient en train de se constituer à Neuchâtel et dans le canton de Vaud. Une assemblée des délégués se réunit le 5 juin 1898 et le comité bernois fut chargé de diriger la fédération en qualité de comité provisoire. L'assemblée générale de l'Association des Avocats Bernois décida à l'unanimité par acclamation de devenir une section de la Fédération Suisse des Avocats qui tint sa première assemblée générale le 18 octobre 1898 à Berne. Cette assemblée des délégués fut fort bien fréquentée par les membres des cinq sections (Zurich, Berne, Genève, Lucerne, Bâle). L'organisation des avocats se préparait également dans d'autres cantons, par exemple les cantons de Vaud et St. Gall. Ces fédérations tombent dans la période de la fin du 19^e siècle où des tendances semblables virent le jour tant sur le plan national que sur le plan international. Il faut relever que les associations de juristes ont contribué à l'unification du droit suisse sur le plan de la Confédération.

En mars 1898, le comité ratifia la réponse du président à la conférence du jeune barreau de Bruxelles concernant la résolution dans l'affaire Dreyfus; l'Association des Avocats Bernois considéra qu'une grave violation des droits de la défense résidait dans le fait que tous les chefs d'accusation n'étaient pas soumis à l'accusé et qu'il n'avait pas la possibilité de se prononcer sur chaque élément. L'organisation judiciaire fit également l'objet des discussions de l'assemblée générale de 1898 qui chargea le comité de

se mettre en rapport avec la Société des Juristes Bernois pour régler ces questions. L'urgence d'une révision du code de procédure civile semblait acquise à tout le monde. L'organisation du tribunal de Berne donna lieu à de nombreuses discussions également dans les années 1898/1899. L'intervention des avocats de la ville de Berne dans les élections des juges du district de Berne fut couronnée de succès, si bien que les partis politiques acceptèrent certaines candidatures en les reconnaissant comme valables. Résultat: Une certaine indépendance des juges par rapport à la politique. Dans sa séance d'avril 1899, le comité désirait avoir des compétences disciplinaires plus larges. L'assemblée générale de 1899 a eu lieu le 1^{er} juillet à l'Hôtel de la Couronne à Sonceboz. A cette occasion, trois avocats du Jura furent admis comme nouveaux membres. Les statuts révisés prévoyaient une majorité des deux tiers pour recevoir de nouveaux membres et des compétences disciplinaires plus larges pour le comité; les nouveaux statuts furent traduits en français, imprimés et distribués à tous les membres. Alfred Stooss de Berne fit un exposé sur la formation des candidats bernois à l'examen d'avocat.

L'association eut l'honneur de participer à la législation, en particulier à propos de la loi d'introduction à la loi sur la poursuite et la faillite. Cette assemblée extraordinaire s'est tenue le 4 novembre 1899. De nombreux collègues de la province y ont pris part. La discussion autour de la loi d'introduction à la LP fut vive. Le comité établit un projet et convoqua une nouvelle assemblée générale en décembre 1899. L'assemblée générale requit du comité un projet définitif qui fut soumis à une troisième assemblée générale en janvier 1900. En 1901, les membres durent prendre connaissance que tout ce travail avait été inutile; le gouvernement avait

abandonné le projet de loi. A l'assemblée générale de Berthoud, d'autres sections cantonales étaient représentées. Les liens furent resserrés. Paul Wàber, docteur en droit et avocat, à Berne présenta un exposé quant à un certificat professionnel de l'avocat. Cette question devait être réglée sur le plan fédéral. Toutefois, l'assemblée restait divisée sur la question de savoir s'il fallait attendre que le droit civil et le droit pénal soient codifiés sur le plan fédéral. L'assemblée des délégués de la Fédération Suisse des Avocats de 1900 prit l'initiative d'adresser une requête au Département fédéral de justice qui établit un projet. L'affaire fut transmise au Tribunal fédéral qui répondit négativement à cette proposition. Comme le Département fédéral de justice semblait vouloir attendre la mise en place de la codification du droit civil suisse, le comité de la Fédération Suisse des Avocats a décidé de ne pas poursuivre cette affaire.

Le début du nouveau siècle (1900–1907)

En 1901, l'assemblée générale de Thoune fut bien fréquentée par les avocats du Jura, malgré la distance. Le procès-verbal révèle que la deuxième partie fut extrêmement réussie grâce à un orchestre et grâce aux productions de certains confrères. Le comité dut intervenir fréquemment auprès du gouvernement et des tribunaux de district pour requérir de prendre en considération les horaires de chemin de fer et de poste pour les avocats qui devaient se déplacer. Une requête tendant à obtenir un papier estampillé pour machines à écrire dut être déposée. L'assemblée générale de 1904 dut demander une interprétation authentique de certains éléments litigieux de la loi sur le timbre. Après un

exposé du Dr. Rüfenacht, l'assemblée prit une résolution en vue de la création d'un tribunal administratif en exigeant que la compétence du tribunal administratif soit fixée d'après la méthode énumérative et que sa compétence puisse régler toutes les affaires fiscales. La délicate question de savoir si les pièces comptables des avocats devaient être soumises aux autorités fiscales donna lieu à de nombreuses discussions. La majorité décida une interdiction de remettre les livres comptables, ceci pour protéger le secret professionnel. L'année suivante, une résolution était votée, en ce sens que l'avocat n'avait pas à remettre ses livres comptables; au mieux pouvait-il fournir des extraits notariés. Toutefois, la déclaration personnelle de chacun devait être la règle. La Fédération Suisse des Avocats proposa la création d'un périodique. Cette proposition fut acceptée à l'unanimité le 23 décembre 1902.

Les contacts avec la Société des Juristes Bernois furent maintenus par diverses rencontres le lundi à 18 heures au Café Merz à Berne. Toutefois, le procès verbal constate que la fréquentation de ces soirées aurait pu être meilleure. Le Docteur Félix Mikowski de Vienne prit l'initiative de créer une association internationale des avocats; l'association bernoise fut sollicitée également. La deuxième révision des statuts apporta quelques éléments nouveaux:

- le renouvellement successif du comité, en ce sens que les trois membres plus anciens devaient quitter le comité s'il n'y avait pas suffisamment de démissions pour le renouvellement.
- Divers compléments à la procédure disciplinaire ou d'arbitrage.
- La possibilité de créer des organisations locales d'avocats sous forme de «chambre des avocats» pour un certain territoire. Le 30 octobre 1903, une
- «chambre des avocats» du district de Berne fut

constituée et elle prit part à la campagne électorale concernant la nomination du président du Tribunal I de Berne.

La Fédération Suisse des Avocats refusa de participer au congrès mondial des avocats du 28 au 30 septembre 1904 à St. Louis (USA) à l'occasion de l'exposition universelle. Le 1er avril 1905, une assemblée réunissait les avocats et les membres de la Société des Juristes Bernois. Cinquante personnes étaient présentes et la nécessité d'introduire des tribunaux de district sur la base de la proposition du juge suprême Schorer fut discutée. La journée des avocats du 17 juin 1905 réunit environ trente membres qui acceptèrent les propositions du comité quant aux élections:

- Lors d'élections dans le cadre du district, c'était la «chambre des avocats du district» qui devait se prononcer;
- Pour les élections à la Cour suprême, le comité de l'association devait donner les instructions nécessaires et, cas échéant, convoquer une assemblée générale.

Le comité s'occupa de la question de savoir si les avocats d'une partie pouvaient fournir des renseignements à la presse pendant que le procès était en cours. Sur cette question, des contacts furent pris avec des organisations en Allemagne et en France afin de connaître la pratique de ces deux pays. Le comité arriva à la conclusion que les avocats devaient s'abstenir de telles déclarations et surtout d'attaques personnelles contre des confrères. La journée des avocats de 1906 proposa qu'une circulaire sur cette question soit envoyée à tous les membres.

Après la nomination d'Alfred Stooss en qualité de juge fédéral, les affaires courantes furent expédiées dès octobre 1905 par les deux vice-présidents, le Dr.

Courvoisier et le Dr. Rüfenacht. La journée des avocats de 1906, tenue à l'Hôtel Bellevue à Thoun le 2 juillet, réunit 31 membres sur 82 et elle prit connaissance d'un exposé sur le nouveau code de procédure civile en préparation; des critiques furent exprimées quant à la maxime des débats qui rallonge les procès; certaines voix exigeaient que le juge ait une influence plus forte sur la conduite du procès. La Fédération Suisse des Avocats décida que son périodique serait la Revue Suisse de Jurisprudence. En janvier 1907, une journée extraordinaire des avocats examina les propositions de révision du code de procédure civile sur la base d'un exposé du juge fédéral A. Reichel. A cette époque, la question d'une «chambre des avocats» fut également soulevée. La situation de l'avocat est décrite dans un co-rapport de Karl Scheurer. Ce texte est excellent et reproduit en allemand à la page 24. En voici un résumé en français:

L'avocat bernois en 1907

(extrait de l'exposé de Karl Scheurer à la journée extraordinaire des avocats en janvier 1907, sur le sujet «La réforme de la procédure civile et l'ordre des avocats»)

La position de l'avocat ou plus de forme que d'esprit

La procédure actuelle est trop formelle et exige de l'avocat qu'il se concentre uniquement sur les formalités. Le travail intellectuel et l'esprit même de l'activité de l'avocat en souffre.¹¹ en résulte une certaine indignité de la procédure.

Comparaison en dehors du canton

La formation professionnelle de l'avocat bernois est parfaitement comparable à celle des autres cantons. Toutefois, les avocats des autres cantons sont plus libres dans leur manière de conduire le procès. Il faut regretter que l'éloquence judiciaire ne soit plus enseignée.

La vivacité d'esprit de l'avocat

C'est une des particularités de la profession d'avocat d'exiger une grande vivacité d'esprit. En effet, il entre en contact avec toutes les couches de la population, avec tous les caractères humains possibles. L'objet du procès l'oblige à prendre en considération toute l'activité humaine. Au cours de sa journée de travail, l'avocat passe de la médecine à la construction, du commerce aux pierres précieuses, du bétail aux détritrus.

L'intérêt à un avocat qualifié et capable

Le législateur bernois considère l'avocat comme un organe de la justice. Il se doit dès lors d'exiger que l'avocat soit dûment qualifié et capable.

Le but du procès

Le but du procès est d'obtenir un jugement juste et rapide, ce qui exige que toutes les parties au procès aient une activité soutenue et judicieuse.

Tout spécialement la liberté et la responsabilité

Le législateur doit maintenir son exigence que les parties et l'avocat soient suffisamment libres de

faire valoir leur droit comme bon leur semble. L'avocat doit avoir une liberté d'action suffisante dont il doit prendre la responsabilité morale.

En matière disciplinaire

La surveillance des avocats est trop stricte surtout en matière de calcul des honoraires, en revanche trop faible et trop légère lorsqu'il s'agit de sanctionner les délits commis par les avocats. C'est pourquoi il faut suivre l'avis déjà exprimé qu'une chambre d'avocats indépendants soit instituée.

Le nombre des procédures civiles

Les chiffres exactes ne sont pas disponibles. Dans les années 1878 et 1879 on peut estimer 15000 affaires civiles par année alors qu'au début des années 90 on ne peut en compter que 6500 et au cours des cinq dernières années environ 9000.

Les procédures devant la Cour d'appel

Dans les années 1893 à 1902, la Cour d'appel a jugé environ 230 procès civils qui ont permis à 460 avocats d'exercer leur art. Or on compte une centaine d'études dans le canton. Un avocat indépendant a donc pu comparaître quatre fois et demie devant la Cour.

Le nombre des avocats à Berne

Leur nombre n'a pas augmenté au cours des derniers 25 ans. Si on considère que les agents de droit n'ont plus d'activité depuis l'année 1880, il faut admettre que le nombre des avocats a plutôt diminué.

Le revenu de l'avocat

Nous n'avons pas de statistiques concernant les revenus probables. De manière générale tout le monde sait que peu d'avocats se sont enrichis par l'exercice de leur profession.

L'importance de la valeur litigieuse

Vu l'importance des frais, il devient difficile de conduire un procès entre Fr. 400.- et Fr. 1000.- de valeur litigieuse. Pour les valeurs supérieures, c'est la durée et la longueur du procès qui entrent en considération, si bien que les parties préfèrent transiger plutôt que faire trancher leur affaire par voie de procédure.

Revenu et indépendance de l'avocat

Si l'avocat consciencieux recommande à son client de ne pas introduire un procès parce qu'il est trop douteux, il se fera critiquer par son propre client comme étant incapable. Il est dès lors nécessaire que les conditions d'existence de l'avocat soient assurées afin qu'il puisse rester indépendant de son client. Il doit défendre le droit et non pas ses propres intérêts, sans devoir prendre en considération le juge, le client, l'adversaire ou tout autre élément. Le législateur doit donner à l'avocat la possibilité de remplir ses devoirs.

Les problèmes relatifs au tarif

C'est au législateur de trouver le moyen de rémunérer correctement l'avocat. Il faut pourtant tenir compte qu'un député au Grand Conseil, particulièrement échauffé, a déclaré en 1850 que les avocats

vivraient plus longtemps s'ils s'abstenaient de rôtis et de poulets et s'ils ne buvaient pas trop de champagne. La séance de conciliation au tarif de Fr. 2.17 est une particularité qu'on pourrait retenir à ce titre.

Remarque finale: la haute qualité du Tribunal fédéral

Rappelons-nous que le Tribunal fédéral a déclaré qu'il n'était pas nécessaire d'avoir un ordre des avocats de haute qualité; il lui suffit probablement que le Tribunal fédéral soit de haute qualité.

Les nombreuses tâches des années 1907–1910

Les thèmes de la journée des avocats de 1907 à Douanne furent les suivants:

- Le secret professionnel, exposé en langue française par le Dr. Courvoisier et
- un exposé du Dr. Thormann sur la nouvelle procédure pénale en préparation.

En 1908, le 1er juillet, l'assemblée des avocats se tint au chalet du Club alpin suisse à Mont-Soleil sur St-Imier. Le président fit l'éloge du professeur Eugen Huber, rédacteur du code civil suisse qui venait d'être accepté par le parlement. K. Scheurer fit un exposé concernant l'organisation du barreau de lege ferenda. La discussion aboutit à la nécessité d'une Chambre des avocats comme autorité de surveillance.

Le 1er juillet 1909, la journée des avocats suivit son comité en renonçant à établir une nouvelle loi sur les avocats. L'année 1910 vit se dérouler l'affaire Wettstein. Le secrétaire Fritz Ruprecht qui était lié

au bureau Wettstein démissionna. Il expliqua son geste en disant qu'il n'était pas d'accord avec la conception du comité dans cette affaire. Par la suite, la majorité des membres suivit l'avis du comité. La «chambre des avocats» de Berne décida, le 14 avril 1910, d'inviter ses membres à fermer leur chancellerie le samedi après-midi dès 17 heures.

La première chambre pénale se déclara d'accord d'envoyer un avis aux avocats en même temps que les citations aux parties.

En juin 1910, Karl Scheurer dut quitter l'association du barreau. La journée des avocats de 1910 à Thoune révisa les statuts de telle sorte que soit le président, soit les deux vice-présidents devaient avoir leur domicile à Berne. Cette modification fut rendue nécessaire afin de pouvoir nommer le Dr. Fritz Courvoisier de Bienne comme président pour assurer la continuité. D'entente avec la Société des Juristes Bernois, il fut décidé d'inviter le Prof. Dr. Huber à exposer le nouveau code civil et à diriger ensuite une discussion pour les praticiens.

Procédure civile, Chambre des avocats et tarif (1911–1919)

Une journée extraordinaire des avocats eut lieu le 14 janvier 1911 au Café national à Berne pour s'occuper de problèmes de discipline et de tarifs. L'organisation des autorités disciplinaires fut tout particulièrement critiquée, du fait que la Cour d'appel et la Cour suprême se partageaient les compétences. Le rapporteur considéra qu'une chambre disciplinaire composée de juges d'appel et d'avocats serait la meilleure solution. Le 25 octobre 1911, une nouvelle assemblée extraordinaire réunit les avocats à Berne. Le décret sur la procédure devant le tribunal

de commerce fut discuté et accepté dans la forme de la proposition soumise au Grand conseil.

Le Président, le Dr. Courvoisier est décédé en 1912.

Une assemblée extraordinaire fut convoquée pour le 13 janvier 1913 à Berne. Hans Rômer exposa les difficultés des honoraires en assistance judiciaire et exigea que l'avocat soit payé tant pour ses honoraires que pour ses débours. En 1913, Paul Charmillot¹ de St-Imier fut élu président. A la même époque l'association fut préoccupée par l'affaire von Falkenstein, dans laquelle l'avocat Martin était impliqué (voir p. 31 ci-devant et note 19). Une journée extraordinaire des avocats du 2 février 1914 eut pour thème la réforme de la procédure pénale. A cette occasion, le désir d'instituer une Chambre des avocats fut de nouveau émis. Une deuxième journée extraordinaire des avocats, convoqués pour le 6 avril, s'occupa du projet de réforme du code de procédure civile; il fut soumis ensuite à une nouvelle journée des avocats, le 20 avril. Cette assemblée générale donna compétence au comité pour entreprendre les démarches nécessaires auprès de la direction de justice. Des circonstances particulières dues à la première guerre mondiale mirent en cause le principe de solidarité. En effet, un avocat Dumont avait fait paraître des annonces dans le «Bund», selon lesquelles son bureau restait ouvert pendant la mobilisation. Un membre du comité écrivit à Dumont pour l'inviter à renoncer à de pareilles publications. Il fut question aussi de grossières tromperies, de sorte que le comité dut intervenir pour aplanir le différend.

Le 17 avril 1916, une nouvelle journée extraordinaire des avocats dut être convoquée. L'affaire Martin fut déclarée liquidée. Diverses plaintes furent enregistrées selon lesquelles les tribunaux ne pre-

naient pas les avocats suffisamment en considération lorsqu'ils fixaient les audiences. L'objet principal de cette assemblée fut toutefois la discussion du nouveau code de procédure civile qui avait tenu compte des vœux exprimés par le barreau. Il fut aussi question de créer un tarif par décret du Grand conseil qui devait également instituer une Chambre des avocats selon les désirs du barreau. En 1916, une demoiselle Zraggen réussit son examen et le comité lui adressa un télégramme de félicitations, de même qu'un bouquet de fleurs.

La journée des avocats du 15 janvier 1917 à Berne eut pour objet le tarif et la composition de la Chambre des avocats. La proposition Edouard von Steiger (futur conseiller fédéral) fut acceptée; elle prévoyait cinq avocats, trois juges et un conseiller d'état comme président. Quant au tarif, les avocats du Jura voulaient que les honoraires soient fixés en fonction de la compétence des tribunaux et non pas en fonction de la valeur litigieuse. Une nouvelle assemblée fut convoquée pour le 19 février déjà, vu que la deuxième division entraînait en service actif. La décision finale ne prit pas en considération l'avis des membres jurassiens. La journée du 25e anniversaire de l'association eut lieu le 2 juillet 1917 au Grand Hôtel, respectivement au Chalet du club alpin du Mont-Soleil sur St-Imier. Le comité ne fut pas renouvelé vu les circonstances spéciales (service militaire, occupation des frontières). Le président donna connaissance d'une réclamation de la commission d'examen des avocats qui estimait que les candidats n'avaient pas une formation pratique suffisante pour se présenter aux examens. A l'as-

¹ Une brève biographie de Paul Charmillot (1865–1932) a paru dans «Le Jura bernois» N° 244 du 6 février 1992 (p. 6) en souvenir de ses obsèques qui eurent lieu en présence de trois membres du Conseil fédéral. MM. Pilet-Golaz, Ha berlin et Minger.

semblée des avocats de 1918, après une vive discussion, la proposition de fermer les bureaux le samedi après-midi fut refusée; argument: à la campagne, c'est le samedi après-midi que les avocats sont le plus consultés. Le 28 novembre 1919, le décret sur les honoraires d'avocat et le décret concernant la Chambre des avocats furent acceptés par le Grand Conseil. Une journée extraordinaire des avocats fut convoquée pour le 20 décembre afin d'examiner les propositions du comité de nommer les membres de la Chambre des avocats en tenant compte des différentes parties du canton. La proposition fut acceptée à l'unanimité.

Les années 1920 et 1930 (1920–1938)

Dès la fin de l'année 1920, une page fut réservée dans la Revue des Juristes Bernois (RJB) afin que l'association des avocats puisse y faire paraître des communications.

L'assemblée générale du 15 juillet 1920 à l'Hôtel du Faucon à La Neuveville reçut comme nouveau membre Madame Albertine Hänni-Wyss, de Berne, la première femme à adhérer à l'Association des Avocats Bernois. Le rapport annuel du président constata que la Chambre des avocats avait commencé son activité et que le comité était déchargé de nombreuses causes en matière disciplinaire dès le 1er janvier 1920. En 1922, la journée des avocats fut convoquée en automne. Toutefois la fréquentation fut faible, de sorte que le comité revint à l'ancienne pratique de fixer la journée des avocats avant les fêtes judiciaires d'été. Le rapport annuel du Président mentionne que des «bureaux de droit» étaient de nouveau en fonction et que le barreau devait trouver des remèdes aux agents de droit et

autres «avocats marrons» afin de les éliminer. En 1923, la journée des avocats s'occupa de droit pénal des mineurs et, par la suite, des premiers projets des lois fiscales qui autorisaient les bureaux fiduciaires à représenter leur client devant les autorités fiscales. Le comité s'opposa à cette solution pour éviter des confusions avec le monopole des avocats. Ces démarches furent couronnées de succès. Dans les années 1924, 1925 et 1926, seuls 20 à 25 membres prirent part aux journées des avocats. En 1927, une journée extraordinaire des avocats s'occupa du code de procédure pénale du canton de Berne. Le procès-verbal de la discussion qui s'attachait à critiquer certains détails de la loi fut soumis à la Direction de la justice pour un examen détaillé. En 1928, la journée des avocats se tint une nouvelle fois dans le Jura. Après le repas de midi, une excursion fut organisée en autocar de Delémont par les Rangiers, St-Ursanne, Porrentruy.

Une requête de la Fédération Suisse des Avocats concernant le port de la robe fut rejetée en ce sens qu'une telle chose n'était pas nécessaire dans le canton de Berne. La journée des avocats de 1930 fut combinée avec une excursion dans l'Emmental (Wasen et Lüderen). En 1931, les avocats se réunirent au pénitencier de Witzwil sous la direction de O. Kellerhals pour entendre un rapport à propos de 40 années d'expérience d'exécution des peines dans le canton de Berne.

Le rapport annuel 1930/1931 relève les bonnes relations des avocats avec la Cour suprême. Certaines critiques furent faites quant aux vêtements «trop modernes» des avocats. Ainsi, il fut rapporté qu'un candidat était venu plaider devant le juge la cause de son client en imperméable et un autre en costume de tennis. Le comité relève que la tenue des avocats doit correspondre au sérieux du procès. Le

même rapport relève que certains jeunes avocats sont dans une situation financière difficile. En 1932, la journée suisse des avocats et la journée des avocats bernois eurent lieu à Interlaken.

Après une longue discussion, la proposition du comité d'éviter toute publicité de la part des avocats fut acceptée et le comité chargé d'établir des directives.

La création d'un fonds de secours dans le cadre de la Fédération Suisse des Avocats fut finalement refusée. En avril 1933, les événements en Allemagne eurent des conséquences. Un avocat allemand, soumis aux ordonnances contre les Juifs, avait demandé quelles étaient les possibilités d'exercer la profession en Suisse. L'association des avocats lui répondit qu'il y avait déjà assez d'avocats dans le pays. La Fédération Suisse des Avocats transmit au Conseil fédéral, une requête concernant les possibilités d'exercer la profession en Suisse à cause des difficultés politiques en Allemagne. Ce dernier répondit que les réfugiés ne pouvaient pas exercer d'activité professionnelle en Suisse.

Le comité s'opposa à une réduction du tarif en rappelant qu'une réduction de 10% avait déjà été acceptée en 1928. Au cours d'une conférence organisée par l'association des avocats, Peter Grigoroff, avocat à Leipzig présenta un exposé sur l'incendie du Reichstag. Dans son rapport annuel 1933/1934, le président souligna que l'Association des Avocats Bernois était tout à fait neutre en matière politique. Lors de la journée des avocats 1934, le Dr. Bloch critiqua l'attitude de certains jeunes collègues qui ne se présentaient pas à leurs aînés, soit à la salle des avocats, soit à la journée des avocats. Vers la fin de l'année 1934, la question de l'existence d'une association des avocats fut soulevée. Il fut constaté que l'association ne pouvait pas être organisée comme

un syndicat en faveur de ses membres et qu'elle devait éviter les conférences de façon à ne pas concurrencer celles des juristes bernois. En 1935, la commission cantonale des examens elabora un nouveau règlement. Le comité formula sa propre proposition qui prévoyait de passer le premier examen plus tôt, de façon à allonger le temps de la formation pratique. Cette nouvelle proposition fut considérée comme acceptable. Le Dr. Brahier exprima l'espoir qu'une chaire de langue française soit instituée à l'université. Diverses plaintes concernant la publicité par les avocats furent rejetées par la Chambre des avocats. Le comité en fut attristé et se posa la question de savoir si des mesures statutaires devaient être introduites. L'assemblée des avocats fut de nouveau organisée dans le Jura en 1935. La question de l'assurance vieillesse et survivants n'avait pas fait de progrès à cause de l'opposition des sections romandes dans le cadre de la Fédération Suisse des Avocats.

Le comité considéra la réglementation de la publicité des avocats comme une première mesure pour aboutir à des us et coutumes. Lors de la journée des avocats de 1936, il fut constaté que les membres ne s'intéressaient guère à ces règles déontologiques. Le modèle vaudois leur fut soumis en essayant d'obtenir un écho favorable. La journée des avocats 1937 eut lieu à Biglen. Neuf nouveaux membres furent admis, dont deux dames. L'effectif de l'association était de 197 membres, dont quatre dames.

Le fonds de secours institué en 1936 avait alors une fortune de Fr.7'570.-. Une révision de la Loi sur les avocats du 10 décembre 1840 n'apparut pas nécessaire. Le problème du libre choix de l'avocat dans le cadre de la protection juridique fit l'objet d'une conférence de O. Salvisberg, suivie d'une dis-

cussion. Les membres se rallièrent à la proposition O. Salvisberg d'envoyer, à ce sujet, un exposé au Conseil fédéral. Le 4 septembre 1937, une première conférence commune entre le comité du barreau bernois et celui de l'association des présidents de tribunal eut pour thème «L'avocat comme auxiliaire de la justice» de même que les pratiques différentes en matière d'assistance judiciaire gratuite. En automne, la journée extraordinaire des avocats décida de transformer le fonds de secours en une fondation. Le président, René von Graffenried exposa que la crise n'était pas seulement économique, mais qu'elle était aussi morale, ce qui rendait une reprise en main du barreau et un ordre meilleur absolument nécessaires afin de reconquérir le bon renom dont bénéficiait précédemment l'ordre des avocats. La discussion concernant l'introduction d'un code pénal suisse fit l'objet de nombreux exposés. Finalement, l'assemblée décida de ne pas se prononcer sur ce point. Une affaire fort délicate fut celle du président qui, nommé divisionnaire par le Département militaire fédéral, fut malgré tout autorisé à poursuivre et à liquider un certain nombre d'affaires de son bureau d'avocat. Un groupe de membres exigea sa démission avant la journée des avocats prévue pour le 15 juillet. Le président, après avoir consulté son comité, donna sa démission.

Les us et coutumes - L'époque de la guerre (1938-1945)

Une assemblée générale extraordinaire dut être tenue en octobre 1938 afin de nommer un nouveau président et de se prononcer quant au projet des us et coutumes. C'est le greffier de la Cour suprême, le

Dr. Kehrli qui rédigea le projet. L'assemblée accepta matériellement la proposition et chargea le comité de revoir le texte. En 1938/1939, le comité des avocats bernois mit au point avec le comité des notaires une convention quant à l'activité des deux professions. Vu la mobilisation, la journée des avocats de 1940 fut déplacée au mois de septembre et se tint dans un cadre simple, sans invité particulier. Les réunions avec les présidents de tribunal furent suspendues. Pour la période 1942 à 1944, l'Association des Avocats Bernois fut choisie pour fournir le comité de direction de la Fédération Suisse des Avocats. Au début de 1942, le comité décida l'exclusion de deux membres pour acte déloyal et haute trahison. Le combat contre les assurances de protection juridique continuait. En 1942/1943, le comité s'occupa d'une ligue de défense des intérêts en matière d'économie de guerre qui semblait ne pas s'en tenir aux règles déontologiques. L'exclusion d'un membre lié à cette organisation ne fut pas nécessaire parce qu'il avait donné sa démission avant la journée des avocats de 1943.

Vu la forte augmentation du coût de la vie, il fut décidé d'envoyer une requête à la Cour suprême à la fin de l'année 1943 pour obtenir que le décret sur les honoraires soit ajusté. Le comité autorisa les membres à faire valoir une augmentation de 20 à 25%.

Nouvelles tendances (1945-1946)

En janvier 1945, Hans Käser, bâtonnier depuis 1944, communiqua au comité sa façon de voir les choses. Les avocats doivent faire tout ce qui est en leur pouvoir pour améliorer le renom et l'importance de la profession. Ils doivent intervenir auprès de la jus-

tice et même se présenter davantage au public. Il est nécessaire que l'activité de l'association soit rendue publique. Une intervention du comité et de l'association des avocats dans la législation est de la même importance. L'association doit s'intéresser à la Cour suprême, aux présidents des tribunaux et à la direction de la justice. Il s'agit de rendre publiques, en partie du moins, les décisions de la Chambre des avocats. Le bâtonnier devrait en avoir connaissance, pour que sa pratique personnelle soit conforme à celle des autorités de surveillance. L'association devrait également exercer une influence sur les élections des juges, de façon à empêcher toute candidature néfaste. L'association devrait intervenir en matière d'organisation judiciaire. Pour ce faire, il est important que les membres de l'association témoignent d'un intérêt plus soutenu à l'égard de la politique du comité. Il lance un appel à tous les collègues pour que des suggestions concrètes et constructives soient formulées. Il propose également que les nouveaux membres de l'association soient reçus dans une procédure plus formelle et il conclut que le renom des avocats et de l'association sont fonction de la conduite des avocats et leur manière d'exercer la profession.

Les membres du comité approuvèrent ces considérations et le Dr. Engeloch rappela qu'elles correspondaient à la critique des jeunes envers l'association; il constata également que le contact avec les collègues de langue française devait être intensifié.

Lors de l'assemblée du barreau de 1945, le bâtonnier Kàser expliqua qu'il avait requis de la Chambre des avocats de pouvoir prendre connaissance de ses décisions à titre confidentiel. La réponse ne fut pas satisfaisante. Plusieurs sujets semblables préoccupèrent également la Fédération Suisse des Avocats. Il rappela que l'obligation d'annoncer les va-

leurs allemandes se trouvant en Suisse ne déliait pas les avocats de leur secret professionnel. La journée des avocats suisses de 1945 renonça à une résolution sur le thème «avocat et politique». Elle partait de l'idée qu'il allait de soi que l'avocat n'avait pas à mêler la politique à l'exercice de sa profession.

Par la suite, le bâtonnier essaya d'obtenir des membres et de son comité des propositions concrètes sur certains sujets. L'écho fut malheureusement faible; les réponses aux circulaires se situèrent à environ 5%, par exemple quant à une loi fédérale sur les avocats. Finalement, l'association bernoise communiqua à l'association suisse qu'elle n'avait pas d'autres propositions à faire et que, de toutes façons, elle était très sceptique quant à l'efficacité d'une telle législation. Le comité prépara pour la journée des avocats de 1946, une proposition à la Direction de justice quant à l'organisation judiciaire. La journée des avocats l'approuva et cette démarche eut pour résultat d'augmenter le nombre des procureurs et des présidents de tribunal à Berne et à Bienne.

Dix années riches en événements (1948–1957)

L'Association des Avocats Bernois de même que la Fédération Suisse des Avocats furent sollicitées, après la guerre, afin de venir en aide à des collègues à l'étranger. Le comité était d'avis que le fonds pour les avocats mobilisés qui avait été peu utilisé, devrait servir à l'aide aux collègues étrangers. Sur l'initiative des avocats bernois, la Fédération Suisse des Avocats mit un montant de Fr. 20000.- à disposition pour venir en aide à des avocats français, grecs et autrichiens.

En 1948, le comité discuta la question de savoir s'il était possible d'exercer la profession d'avocat et celle d'agent immobilier; Le président soutenait la thèse que l'avocat était un conseiller et non pas un homme d'affaires. Alexandre Hof de Delémont rendit attentif que dans le Jura, beaucoup d'avocats étaient aussi notaires, ce qui rendait plus difficile la décision de l'association. Par la suite, un cas pratique obligea le comité à se prononcer; d'entente avec d'autres associations cantonales, il émit l'avis que les deux professions n'étaient pas compatibles.

Dans une lettre au comité, les avocats jurassiens exprimèrent le vœu de voir s'élargir l'enseignement universitaire en langue française de même que le désir du port de la robe dans le district de Porrentruy. La discussion leur donna raison quant à l'université. Toutefois, le comité n'eut que peu de compréhension à l'égard de l'introduction de la robe en novembre 1948 à Porrentruy. Alexandre Hof précisa que la situation particulière dans le Jura ne justifiait en aucune manière la création d'une association des avocats jurassiens.

Lors de la journée des avocats de 1948, l'amélioration du décret sur les honoraires put être constatée. L'augmentation était d'environ 30%. Le comité dut aussi s'occuper d'un président du tribunal de Berne qui exerçait le métier d'avocat. Une enquête disciplinaire sanctionna la conduite du juge. Le comité constata avec satisfaction que la Chambre d'accusation, par circulaire du 22 mai 1949, avait exigé que les tribunaux remettent les dossiers pénaux aux avocats afin de faciliter leur travail. La circulaire retenait que l'association des avocats jouissait de son entière confiance.

La modification des statuts, à la journée des avocats en 1949, permit au comité de s'occuper des cas de concurrence déloyale ou d'usurpation de

titres. Toutefois, le comité ne voulut pas de compétences disciplinaires. A la fin des années quarante, le comité et son président s'occupèrent de la réforme de la justice introduite par une décision de la commission de justice du canton. Le président releva lors de la journée des avocats de 1950 que cette «réforme» n'amenait rien de vraiment nouveau.

En 1950, une association des candidats aux examens d'avocat fut constituée. Elle devait améliorer la formation pratique des candidats.

Après la démission d'Alexandre Hof qui garantissait la liaison avec le Jura, il fallut constater qu'il était devenu difficile d'activer les contacts entre l'ancien et le nouveau canton. Il semble que les avocats de langue française ne participaient guère aux journées des avocats et aux assemblées. En 1951, la présidence Kâser prit fin. Ce dernier avait contribué à l'amélioration du prestige et de la considération du barreau.

Une sous-section de la ville de Bienne fut constituée pour régler la question des langues dans le district de Bienne.

En février 1952, le nouveau bâtonnier Max Brand organisa une conférence sur le thème de la justice et de la presse avec des membres de la Cour suprême, les procureurs de districts, les présidents des tribunaux de Berne et la rédaction des journaux bernois. Cette conférence suscita un vif intérêt, sauf chez les membres du barreau qui n'étaient qu'une trentaine à cette manifestation. La discussion de la loi d'introduction à la loi fédérale sur la propriété foncière rurale aboutit au constat décevant que les propositions de l'association n'avaient pas été retenues malgré que cette dernière se fût abstenue de toute critique politique et concentrée uniquement sur les aspects juridiques et sur la technique législative. Le bâtonnier conclut ce chapitre en se demandant si le

citoyen, soucieux des règles de l'état de droit, pouvait encore accepter des lois qui ne lui donnaient aucune garantie juridique suffisante.

La nouvelle loi sur l'organisation judiciaire, mise en vigueur le 1^{er} août 1952, apporta certaines améliorations même si tous les vœux de l'association des avocats ne furent pas pris en considération. Dans d'autres cas, l'association n'avait pas été sollicitée pour participer à l'élaboration des lois. Depuis qu'une femme fut admise à l'association en 1921, il n'est guère possible de reconstituer si une discussion eut lieu quant à l'exercice de la profession par les femmes. En revanche, l'éligibilité des femmes dans des tribunaux fut examinée dès 1952. Plusieurs membres du comité voyaient dans ces questions un aspect politique et l'association devait ainsi s'abstenir. D'autres voulaient que l'association soit positive et exprime son opinion. Ils envisageaient déjà qu'une femme puisse exercer la fonction de juge. D'autres pensaient qu'elles devaient en être exclues. Enfin, un autre membre du comité s'exprimait en ce sens qu'il refusait qu'une femme puisse être nommée juge parce que ce fait risquait d'attiser le besoin des femmes de se rendre importantes. Par un vote de quatre contre trois voix, les femmes furent acceptées comme juges de carrière. Par la suite, la discussion fut reprise lorsqu'une motion au Grand Conseil exigea une réponse à cette question. Le comité fit remarquer que l'élection des femmes dans des fonctions administratives de l'état ne pouvait pas être envisagée avant qu'elles aient obtenu le droit de vote. Toutefois, le Grand Conseil décida, en 1964, une modification des art. 12 et 13 de la constitution cantonale pour permettre aux femmes d'être élues à la fonction de juge.

En 1953 une conférence sur le droit privé international retint l'intérêt des membres, ce qui incita le

comité à envisager une nouvelle activité de conférence.

Pour améliorer les relations avec les avocats jurassiens, la journée des avocats de 1953 fut organisée à St-Ursanne; après la partie officielle, le bâtonnier des avocats de Paris, Me Georges Chresteil, exposa «La conception française de la profession d'avocat».

En 1954, le comité s'occupa du nouveau règlement sur les examens d'avocat accepté par le Conseil-exécutif.

D'autre part, le comité décida d'envoyer une délégation à la conférence de l'Union Internationale des Avocats à Bruxelles qui devait discuter de la concurrence entre les avocats et les fiduciaires. La réunion n'amena pas de résultat positif. Les nouvelles dispositions du code de procédure civile concernant l'assistance judiciaire gratuite firent l'objet d'un exposé demandant à la Cour suprême d'émettre une circulaire.

En 1955, un membre du parti du travail demanda son admission à l'association; par cinq voix contre trois, il lui fut proposé de retirer sa candidature. Il suivit ce conseil et ne fut accepté comme membre qu'environ 20 ans plus tard. En 1955, l'article 17 des statuts a été modifié; il prévoyait que le président, un vice-président, le caissier et le secrétaire devaient avoir domicile à Berne. Une journée des avocats extraordinaire fut convoquée en mars 1956 pour discuter des relations avec les fiduciaires et les assurances de protection juridique. Le vœu fut exprimé d'avoir une législation fédérale plus stricte sur cette question qui était du ressort de la Fédération Suisse des Avocats. Le comité dut s'occuper également d'une réforme de l'organisation de la fédération qui devait être dotée d'un comité de neuf membres élus pour quatre ans et d'un secrétariat

permanent. Le 9 juin 1956, la fédération accepta cette réforme, entrée en vigueur à la fin de l'année 1956.

A la journée des avocats de 1956, le professeur Fritz Gygi exposa «Les problèmes actuels de la protection juridique en matière administrative». Le comité poursuivit l'étude de ses questions et put, avec l'aide du professeur Gygi, fournir les éléments pour une législation garantissant que chaque décision administrative ait une base légale, introduisant la clause générale pour les compétences du tribunal administratif, modifiant les compétences du Conseil-exécutif pour lui retirer toute tâche judiciaire. Dès 1957, la Fédération Suisse des Avocats institua une caisse d'assurance vieillesse; ce fut un progrès remarquable. D'autre part, la fédération suisse étudia les lignes directrices de la déontologie professionnelle qui s'appuyaient essentiellement sur le modèle bernois.

Le désir d'améliorer les relations internationales qui avaient déjà été instituées avec les associations françaises, allemandes et autrichiennes fut repris en 1957 en invitant Mario Braschi de Milan, président de l'union internationale des avocats qui tint une «causerie d'un avocat italien sur sa profession.»

La médiation dans le canton de Berne et les inscriptions dans l'annuaire des téléphones [1958-1970]

Lors de la journée des avocats 1958, le bâtonnier Max Brand exposa que la médiation était une institution voulue par les avocats. Elle était bien développée dans la pratique, mais quasi inconnue dans

d'autres cantons. Il peut paraître particulier qu'un mandat rémunéré puisse être attribué à un juge afin

qu'il aide à résoudre un litige. Le comité était d'avis que cette solution présentait des avantages pour les parties et qu'elle pouvait éviter des frais inutiles. Afin de ne pas commercialiser cette manière de faire, le comité établit les principes suivants:

- le mandat de médiation doit être désiré par les deux parties;
- une médiation est seulement possible lorsque les deux parties sont représentées par un avocat;
- la tentative de trouver une solution transactionnelle dans le procès déjà en cours ne peut pas être considérée comme une médiation à rémunérer.

L'association des avocats exposa son point de vue à la Cour suprême qui établit le règlement y relatif.

Lors de l'assemblée générale de 1959, une discussion porta sur l'augmentation des valeurs litigieuses pour la compétence du Tribunal fédéral de Fr. 4000.- à Fr. 8000.-. La Cour suprême suivit l'avis du comité selon lequel il n'y avait pas lieu de modifier les conditions d'appel en procédure civile. Le bâtonnier Max Brand s'exprima sur la question des honoraires de l'avocat lors de la réception des nouveaux membres, tandis que le Dr. H. Wagner de Ravensburg exposa les conditions de travail de l'avocat en Allemagne de l'Est et la liberté y relative. Le procès-verbal relève que la jurisprudence comme instrument de la politique communiste avait abouti à la mort de l'avocat libre et indépendant; cette constatation provoqua une réelle émotion. L'assemblée extraordinaire des avocats, en octobre 1960, donna au comité la compétence de créer une caisse de compensation familiale à titre privé ou de se rallier à une autre caisse déjà existante.

Après que la loi sur les allocations familiales ait été acceptée par le vote populaire du 5.3.1961, le co-

mité soumit, à la journée des avocats, les statuts d'une caisse privée organisée avec les notaires bernois. Cette proposition fut acceptée à l'unanimité.

Quant à l'intervention de l'association des avocats dans la révision de la loi sur les améliorations foncières, elle ne fut pas très efficace parce que le temps mis à disposition était trop court. Le comité regretta de ne pas avoir pu intervenir de manière appropriée. La déception fut encore plus grande lorsque, au cours des débats au Grand conseil, des remarques désobligeantes furent exprimées à l'égard du barreau.

Pendant plusieurs années, les démissions pour cause de cessation de pratique ou les décès étaient plus nombreux que les nouveaux membres. Lors de la journée des avocats de 1963, le bâtonnier Friedrich Haller exprima ses soucis quant au recrutement de jeunes avocats. Le nombre de candidats à l'examen s'était également réduit. De surcroît, beaucoup de jeunes ne pratiquaient pas la profession après leur examen, mais s'engageaient comme «techniciens» dans les banques, les assurances, l'industrie etc. Il semble que les mêmes soucis n'aient été partagés ni à Genève ni à Zurich.

Une commission interne demanda la révision du tarif concernant les honoraires d'office et, à l'assemblée générale de 1964, le bâtonnier put faire savoir qu'un nouveau décret avait été accepté; il modifiait les tarifs en vigueur et, en plus, il rémunérait l'assistance judiciaire à raison de la moitié, au lieu des deux tiers proposés par l'association. En 1965, l'association des avocats proposa une révision du code de procédure civile et fut représentée par deux membres dans les travaux de la commission.

En 1968 le Dr. Erich Hubacher fut chargé d'une expertise d'exploitation économique concernant la structure des frais d'un avocat et les possibilités de

revenu. L'expertise révéla que la pratique judiciaire du métier était la plus mal rémunérée.

Le bâtonnier, Dr. Conrad Fehr déclara à l'assemblée de 1968 que la tempête révolutionnaire qui s'abattait sur l'Europe n'avait pas encore atteint la Suisse, mais que nous allions la sentir dans les années à venir.

La question jurassienne se posait de façon beaucoup plus directe et concrète. Lors d'un exposé, le Dr. Ernst Jaberg expliqua que le Conseil-exécutif tenait à trouver une solution correcte et conforme aux principes de l'état de droit.

L'association des candidats ayant été dissoute, le rapport présidentiel de 1969 montra un certain mécontentement dans les relations entre les avocats et leurs stagiaires. Ces derniers voulaient être payés, ce que l'association a toujours refusé.

Le bâtonnier était également mécontent du fait que les jeunes avocats n'avaient pas suffisamment de contact entre eux.

En 1970, l'effort pour obtenir l'accès aux dossiers officiels fut couronné de succès de telle sorte que les dossiers devinrent accessibles à chaque avocat, tant au civil qu'au pénal de même qu'en matière administrative.

Le registre des branches des annuaires des téléphones provoqua de forts remous et de nombreuses critiques. L'intervention auprès des responsables des FIT permit de mettre les choses en ordre. L'Association des Avocats Bernois aurait désiré renoncer au registre des branches PTT, mais la Fédération Suisse des Avocats n'a pas pu réaliser ce voeu à cause de la résistance de certains cantons.

Après 50 ans, un nouveau tarif (1971-1976)

Les jeunes avocats demandèrent une révision complète du tarif en vigueur sur la base du rapport Hubacher. Parallèlement au travail de la commission, une délégation de l'association des avocats prit contact avec la Cour Suprême qui proposa dans une circulaire aux tribunaux de mieux prendre en considération les notes d'honoraires des avocats. L'année suivante, un projet fut soumis à la Direction de la justice qui suivit les recommandations de l'association des avocats dans le nouveau tarif mis en vigueur au 1^{er} janvier 1974. Lors de l'assemblée extraordinaire de janvier 1974, le tarif conventionnel fut adopté.

Au début des années 70, l'association des avocats prit part à la révision du code de procédure civile, du code de procédure pénale et de la procédure pénale des mineurs. Elle put également intervenir sur le plan fédéral en matière de protection des locataires; la nouvelle loi fédérale prévoyait d'exclure les avocats des procédures y relatives.

Le monopole des avocats causa de nombreux soucis au comité qui décida de s'occuper de l'image de marque du barreau en insérant, dans la presse, divers articles sur la profession.

Le nouveau bâtonnier, Dr. Gis Hochstrasser intensifia les contacts internationaux. On peut noter la présence des avocats bernois à de nombreux congrès internationaux. En mai 1972 eut lieu à Berne un cours d'avocats anglais et suisses sur des problèmes de droit des sociétés et de droit fiscal.

Le 18 avril 1974, l'Ordre des Avocats Jurassiens fut constitué. Depuis un certain temps déjà, les collègues jurassiens avaient préparé les statuts si bien que Paul Moritz, vice-président des avocats bernois, a été

nommé comme premier bâtonnier du barreau jurassien. Les fondateurs précisèrent que l'association des avocats n'avait rien à voir avec la création du nouveau canton et que cette nouvelle association n'excluait pas la qualité de membre du barreau bernois; les avocats jurassiens adoptèrent les mêmes règles déontologiques que les avocats bernois.

En 1975, quelques avocats qui pratiquaient en étant lié aux assurances de protection juridique furent acceptés dans l'Association des Avocats Bernois; auparavant, ils s'étaient vu opposer un refus parce qu'ils n'étaient pas indépendants conformément aux règles professionnelles. Par la suite, il fut démontré que cette indépendance était réalisée même dans le cadre de la protection juridique.

Les permanences judiciaires virent le jour à Genève et à Zürich dans le cadre de collectif d'avocats. Elles furent accompagnées d'une importante publicité médiatique. Pour sa part, l'association des avocats constata que l'assistance judiciaire en matière de procès ne suffisait pas. C'est pourquoi, en 1976, l'association créa des consultations juridiques qui comblaient cette lacune. Plus d'une centaine d'avocats donnèrent leur accord pour fournir les services nécessaires à Berne, au début, à Bienne, Berthoud et dans d'autres villes par la suite. C'est Rudolf Gasser, le nouveau bâtonnier dès 1976, qui fut confronté à ces nombreux problèmes.

Les avocats furent attaqués dans diverses émissions télévisées de même que par le journal allemand «Beobachter», ce qui conduisit le comité à renforcer les efforts pour maintenir l'image de marque des avocats.

Les circulaires adressées aux membres de l'association de même que les fichiers juridiques de la Cour Suprême augmentèrent l'efficacité du travail d'avocat.

La nouvelle loi sur les avocats (1976–1985)

L'ancienne loi de 1840 n'avait pas encore été révisée. Beaucoup d'avocats pensaient qu'elle suffisait encore à régler convenablement l'exercice de la profession. Comme membre du comité, le Dr. Hans Krâhenbuhl, appuyé par quatre autres collègues au Grand Conseil, demanda que la révision de cette loi soit étudiée. En janvier 1977, le Président de la Cour Suprême demanda à l'association des avocats d'examiner un projet qui fut soumis à l'assemblée extraordinaire en 1978. Le projet servit de base au travail du législateur. La Direction de la justice chargea le Prof. Max Kummer de rédiger le projet définitif.

La discussion publique du projet montra des divergences d'opinion quant à la liberté des avocats; une motion Theiler, en 1980, provoqua une discussion houleuse en liaison avec le procès de terroristes à Porrentruy; la Chambre des avocats dut prendre des sanctions contre quatre avocats zurichois.

La discussion de la nouvelle loi souleva également la question de savoir si un bureau d'avocats pouvait être exploité par une société anonyme se chargeant de la chancellerie. Une opposition se manifesta quant au registre des avocats pratiquants, comme le Prof. Kummer l'aurait désiré conformément au projet de l'association. Ce registre n'ayant aucune chance de passer le cap des débats au Grand Conseil, il fut abandonné. La loi retint le principe que l'avocat devait être indépendant, agir en son propre nom, sous sa propre responsabilité et à son propre compte. La nouvelle loi fut mise en vigueur le 1^{er} janvier 1985.

La fondation du Canton du Jura et les relations publiques (1979–1984)

Le 1^{er} janvier 1979, les trois districts du Jura Nord furent séparés du canton de Berne et formèrent le canton du Jura. De nombreux avocats jurassiens quittèrent les avocats bernois pour se rattacher à l'Ordre des Avocats du Jura. Quant au brevet d'avocat, il fut convenu que le brevet bernois antérieur au 31.12.1978 devait être reconnu comme valable dans le canton du Jura. Toutefois, certaines difficultés sont nées du fait que la loi jurassienne sur la profession d'avocats avait oublié cet élément dans ses dispositions transitoires. Le 8 avril 1982, une convention fut passée entre l'Association des Avocats Bernois et l'Ordre des Avocats Jurassiens établissant que les avocats des deux cantons dont le brevet était antérieur au 1^{er} janvier 1979 étaient autorisés à plaider de part et d'autre.

Sous l'impulsion dynamique du bâtonnier Dr. Franz Kellerhals, un programme de publicité fut établi pour les années 1982 à 1984 et réalisé dans le cadre de séminaires avec divers groupes professionnels. Le premier séminaire eut lieu en 1983 avec l'association des médecins, d'autres séminaires suivirent avec les architectes et les entrepreneurs. En collaboration avec la Fédération Suisse des Avocats, une brochure sur le métier d'avocat fut éditée.

Nouvelles structures de l'Association des Avocats Bernois (1985–1991)

En 1985, Béatrice Gukelberger fut nommée bâtonnier. Elle est la première femme qui a eu l'honneur d'occuper cette fonction en Suisse. La même année, le comité décida d'engager un secrétaire perma-

ment, vu l'augmentation considérable de l'activité du comité. Après une discussion assez orageuse, la cotisation fut augmentée à Fr. 200.- pour les membres pendant les cinq premières années après le brevet et à Fr. 500.- pour les autres. Une étude offrit ses services pour assumer les tâches du secrétariat gratuitement. Cette offre fut acceptée. De la sorte, l'assemblée générale suivit la politique commencée par le bâtonnier Franz Kellerhals auparavant.

En 1988 une révision statutaire introduisit la qualité de membre passif.

Hans Brunner fut nommé bâtonnier à la suite de Beatrice Gukelberger qui avait donné de nouvelles impulsions à l'association, à la formation permanente à l'université et une meilleure forme à la publicité; elle a aussi amélioré la liste des membres où les avocats purent indiquer leurs domaines de prédilection et leurs connaissances des langues.

En 1990, l'assemblée générale des avocats bernois accepta les règles déontologiques de la communauté européenne qui s'appliquent aux relations juridiques dans le cadre européen. Toutes les associations cantonales les ayant aussi ratifiées, la Fédé-

ration Suisse des Avocats a pu déclarer son adhésion à la convention européenne y relative en novembre 1990.

En avril 1990, le bulletin de l'association paraît, pour la première fois, sous le titre «in dubio». Il est tiré à 1600 exemplaires.

L'assemblée générale extraordinaire de 1991 s'est donnée pour thème le droit européen. Une nombreuse assistance y démontra son intérêt.

Les contacts avec la Tchécoslovaquie se sont renforcés. Une bibliothèque de droit civil fut remise à la Chambre des avocats tchèques; plusieurs collègues tchèques ont pu faire un stage d'étude et de pratique à Berne.

La question d'une compétence disciplinaire au sein de l'association est de nouveau à l'ordre du jour et discutée par la Fédération Suisse des Avocats.

En 1991, l'Association des Avocats Bernois a pu louer divers locaux à la Bundesgasse 16 à Berne.

Elle y dispose d'une salle de conférence que les collègues de l'extérieur peuvent utiliser pour y recevoir leur client. Un autre local sert à la consultation juridique.

Les Juristes Jurassiens

Francis Pellaton

Outre leur activité au comité de l'Association des Avocats Bernois et aux assemblées générales, les avocats de langue française – qu'ils pratiquent dans le Jura, à Bienne ou à Berne – ont créé, maintenu et développé des liens confraternels étroits dans le cadre des «Juristes Jurassiens». Alors qu'il présidait la société des Juristes Bernois, de 1951 à 1955, M. le Juge d'appel Dr. hc Pierre Ceppi prit l'heureuse initiative de convoquer les Juristes Jurassiens (magistrats, notaires et avocats) pour qu'ils se réunissent dans le Jura une fois l'été, en vue d'une réunion amicale, et une fois l'hiver, en vue d'une conférence (voir RJB vol.93 p.272). Ainsi est née une tradition qui s'est si bien établie qu'elle subsiste encore aujourd'hui, même après la séparation des deux cantons. Chose curieuse, les Juristes Jurassiens ne se sont pas constitués en association; ils n'ont ni statuts, ni comité et aucun patrimoine. Et tout fonctionne parfaitement.

Les réunions des Juristes Jurassiens ont subi les effets des graves remous politiques qui ont agité le Jura en vue de la séparation des cantons. Pour éviter la formation de clans et obliger chacun à prendre contact avec son voisin, les Juristes Jurassiens ont pris la sage décision de tirer au sort les places à table. Cette formule de parfaite démocratie a empêché la présence de certains et contribué au dialogue confraternel.

Par la suite, les conférences ont été prises en charge par l'ordre des avocats jurassiens et les réunions amicales d'été ont subsisté. Après les plébiscites, les Juristes Jurassiens ont décidé, à l'unanimité, lors d'une séance mémorable, sous la présidence de M. le Juge d'appel André Imer, à l'Hôtel de Ville de La Neuveville, le 16 septembre 1978, de maintenir les réunions amicales d'été, malgré la

séparation du nord, l'initiative en étant prise à tour de rôle, chaque année, soit par les Juges romands de la Cour Suprême du canton de Berne, soit par le Tribunal cantonal jurassien, ceci afin de maintenir la cohésion du barreau d'expression française ainsi que de fructueux contacts entre le nord et le sud. Rappelons les interventions amusantes et les mots d'esprit, entre la poire et le fromage, de Gilbert Beley ou de Pierre Christe. «Pour faire de l'esprit, il faut en avoir» disait Gilbert Beley à ceux qui tentaient de l'imiter. Mentionnons aussi l'«obligatoire» tournée offerte avec le café par le doyen, le notaire Lachat de Porrentruy. En cas d'oubli, la tournée était réclamée à grands cris par un public chahuteur.

Pour conclure, retenons ce souvenir d'un participant régulier, Me Pierre Christe, avocat et notaire à Delémont.

«J'ai toujours fait partie des Juristes Jurassiens, mais je ne me souviens de rien d'autre que d'une rencontre annuelle qui nous permettait de côtoyer les grands avocats, d'approcher un juge ou l'autre et de savourer un repas bien arrosé dans une salle surchauffée.

La seule chose qui m'a marqué est que nous avons toujours pu nous retrouver entre hommes de droit, quelles que soient les distances politiques, dans la meilleure amitié et la plus parfaite courtoisie. Ce fut un privilège et ça l'est resté que de garder ces liens particuliers, issus de notre formation et de nos engagements.»

L'Association des Avocats Bernois, aujourd'hui centenaire, se doit de souligner cette belle activité confraternelle et former ses vœux les meilleurs afin que s'épanouissent les liens établis entre les gens de droit d'expression française.

L'avocat bernois et la Chambre des avocats

Le 10 janvier 1992, les avocats bernois fêteront le centenaire de leur association. Ils auraient pu célébrer, le 10 décembre 1990, le 150^e anniversaire de leur existence puisque la Loi du 10 décembre 1840, entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1841, leur octroyait le monopole professionnel, non pas gratuitement, mais en échange de l'obligation de subir un examen afin d'obtenir le brevet d'avocat et de se soumettre à la déontologie professionnelle.

Cette loi est restée en vigueur pendant 145 ans, jusqu'à fin 1984. De surcroît, ses principes fondamentaux (monopole, surveillance des avocats, déontologie du barreau) sont encore la base même de la nouvelle Loi du 6 février 1984. En revanche, la surveillance des avocats par la Cour suprême qui pouvait prendre des sanctions, a fait l'objet de véhémentes critiques parmi les avocats. En janvier 1907, le professeur Blumenstein en qualité de rapporteur et Karl Scheurer comme co-rapporteur envisageaient déjà une nouvelle organisation de la surveillance des avocats (voir à ce sujet p.86 ci-devant et les publications dans la Revue des Juristes Bernois, année 1907, volume 43 pages 177 et 233; en particulier, quant au droit disciplinaire, les pages 181/182 et 239/240). Dix ans plus tard, dans le cadre de la révision de la procédure civile bernoise (Loi du 7 juillet 1918), le Grand Conseil a reçu la compétence de régler par décret la surveillance des avocats en instituant une chambre composée de juges et d'avocats pratiquants. Ce Décret du 28 novembre 1919 est entré en vigueur en même temps qu'un Décret sur les honoraires, le 1^{er} janvier 1920. Il est resté en vigueur jusqu'à fin 1984, donc pendant 65 ans. Les principes généraux du décret se retrouvent d'ailleurs dans la nouvelle loi sur les avocats.

La dernière affaire soumise à la Chambre des avocats dans l'année 1990 (71^e année d'existence de la

Chambre) porte le numéro 3383. La moyenne des affaires traitées se situe dès lors entre 47 et 48 par année. La répartition des affaires peut s'estimer à environ un tiers en matière disciplinaire, un tiers pour les taxations d'honoraires et l'autre tiers pour la levée du secret professionnel. A titre d'information, il y a lieu de retenir qu'en 1990, la Chambre des avocats a liquidé 29 affaires disciplinaires par 3 avertissements, 2 réprimandes et 4 amendes; en matière de taxations d'honoraires, 14 cas ont été traités et la Chambre a réduit deux fois seulement les honoraires requis par les avocats.

La Chambre des avocats, avec ses 9 membres, n'est-elle pas une antiquité? Comme le dit un jeune avocat à un autre endroit de ce livre du centenaire, les us et coutumes du barreau et la pratique qui en découlent ne sont pas toujours bien compris. La réponse à cette question est de savoir si l'avocat doit se soumettre à un certain nombre de règles et de tarifs qui nécessitent une surveillance. Rappelons que la deuxième Chambre de droit public du Tribunal fédéral, dans un arrêt du 22 octobre 1987, a insisté sur l'existence de la liberté du commerce et de l'industrie par opposition aux motifs invoqués par la Chambre des avocats pour justifier une mesure disciplinaire (importance du monopole pour garantir à longs termes les ressources nécessaires à l'avocat indépendant). Le lecteur voudra bien se reporter à l'article de Karl Scheurer qui, en 1907, déclarait que le Tribunal fédéral ne voyait aucun intérêt à un ordre des avocats de niveau élevé. Dans le monde moderne, certaines règles concernant les relations publiques de l'avocat ne sont plus acceptées à l'unanimité au vu de la concurrence économique. (Voir à ce sujet «L'avocat suisse» N° 131 3/1991). Toutefois, il faut rappeler que c'est l'affaire du peuple et du parlement et non pas de l'ordre des avocats de décider

à quel genre de surveillance l'avocat doit être soumis. Il est certain que le peuple et le parlement, comme l'exprime l'article 1 des us et coutumes, attendent que «l'avocat exerce son activité professionnelle de telle manière que les autorités et le public puissent lui accorder leur confiance». La question de savoir si l'une ou l'autre des règles doit être révisée est dès lors secondaire. Il est évident que l'avocat ne peut rester indépendant de son client et lui accorder entière fidélité qu'à la condition d'en recevoir le pouvoir; or, le pouvoir que le monopole accorde à l'avocat rend une surveillance nécessaire et, en cas d'infraction, les sanctions correspondantes. D'autres cantons de même que l'étranger reconnaissent la nécessité de règles et de sanctions; il suffit de se référer sur ce point au Code de déontologie adopté, le 28 octobre 1988 à Strasbourg, par la Communauté européenne.

Après un renvoi à la déontologie traditionnelle, un principe est retenu sous ch. 1.2.2. 12e alinéa:

«Les règles particulières de chaque barreau se réfèrent néanmoins aux mêmes valeurs et révèlent le plus souvent une base commune.»

Même si l'on admet la nécessité d'une surveillance de l'application des règles et de sanctions en cas d'indiscipline, la question se pose de savoir si la Chambre des avocats actuelle, composée de 5 juges et 4 avocats pourrait être remplacée par une autorité sans avocats ou une commission composée d'avocats seulement. Il paraît évident que les juristes n'exerçant pas la profession d'avocat n'en connaissent guère les tenants et les aboutissants. Pour les apprécier, il faut connaître les méthodes de

travail de l'avocat et les difficultés qu'elles comportent. Dans la Chambre des avocats du canton de Berne, c'est un avocat pratiquant qui est désigné comme rapporteur pour apprécier de telles situations. Cette pratique expose l'avocat rapporteur au danger qu'il s'en tienne à sa propre méthode et n'ait pas la compréhension suffisante pour la façon de travailler d'un collègue. En outre, l'avocat pratiquant est en général représentant d'une partie et la fonction de juge ne lui est pas familière; il ne s'agit pas là seulement d'une autre manière de penser, mais d'une obligation et d'une responsabilité différentes face au déroulement de la procédure. La collaboration de juges sachant prendre et préparer une décision garantit un juste équilibre dans l'appréciation finale d'un cas d'espèce.

Le nombre d'affaires traitées par la Chambre des avocats ces dernières années correspond, avec certaines variations, à la moyenne des septante dernières années, selon les statistiques connues. Toutefois, il y a beaucoup plus d'avocats pratiquants que précédemment. Un quart à un tiers des affaires concernent la levée du secret professionnel exigée par la nouvelle loi dès 1985. Enfin, la majorité des affaires disciplinaires traitées par la Chambre des avocats n'aboutissent pas à des sanctions et la plupart des honoraires et débours retenus dans les factures d'avocat sont déclarés conformes aux tarifs en vigueur. En conséquence, les sanctions disciplinaires prises contre un avocat ou la réduction d'une de ses factures sont des cas exceptionnels qui confirment la règle selon laquelle le respect des obligations professionnelles n'est pas une entrave à l'exercice du métier d'avocat.

Lettre d'Eve à Albertine

Chère Albertine,

En été 1921, tu fus la première femme reçue membre de l'Association des Avocats Bernois. Tu avais passé ton examen brillamment et ouvert ta propre étude d'avocat, ce qui à l'époque était très courageux.

Il faut se rappeler qu'en 1887, le Tribunal fédéral avait refusé de considérer que l'exclusion des femmes de la pratique du barreau était inadmissible. L'arrêt ATF 13 p.1 et suiv. dans l'affaire Emilie Kempin-Spyri, est à relire à ce sujet.

En 1914, dans une affaire Bammert, le Tribunal fédéral a laissé ouverte la question de savoir s'il fallait maintenir cette jurisprudence, mais reconnu que les droits de la femme et de l'homme devaient être considérés comme égaux (ATF 40 15).

On peut lire finalement ce qui suit dans un arrêt Roeder de 1923 (ATF 49 119):

«La différence de sexe n'est donc plus en elle-même une raison suffisante pour refuser aux femmes l'accès à telle profession déterminée.»

Sur la base de ce jugement, le canton de Fribourg a dû délivrer le brevet d'avocat à Mlle Dora Roeder.

Les juges fédéraux n'ont pas été les seuls à mettre beaucoup de temps à accepter cette égalité. En effet, à la journée des avocats suisses de 1910, un collègue, Dr. I. Bossi de Coire, dans son exposé, a considéré la femme comme l'équivalente de l'homme malgré que la recherche scientifique ait établi que le cerveau d'une femme est en moyenne 130 à 150 gr. plus léger que celui de l'homme. Malgré cela, la femme n'a pas atteint le niveau de l'homme sur le plan culturel comme le prouve l'histoire, tant sur le plan de l'originalité que des prestations mêmes. Il en va de même en matière de jurisprudence. En

outre, vu que la profession de juriste est déjà pléthorique, ce serait une erreur économique grave de la surcharger encore en acceptant les femmes au service de la justice.

Tu as donc dû résister par toi-même à cette attitude des hommes à l'égard des femmes. Tu en avais déjà fait l'expérience à l'université puisqu'un professeur, en distribuant les travaux de séminaires, t'avait tout simplement «oubliée».

La première femme qui a obtenu un brevet de juriste était Mme Emilie Kempin-Spyri; c'était le 16.7.1887 à Zürich. Par la suite, elle n'a pas été autorisée à exercer la profession d'avocat. Elle a dû s'engager comme servante et a tout de même été acceptée en 1891, grâce à son intelligence, comme la première femme privat-docent à l'université de Zürich. La première avocate a également terminé ses études à Zürich en 1894; c'était Mme Anna Kramer-Mackenroth.

Ton engagement professionnel a été total; avec un courage rare, tu t'es engagée pour les plus pauvres de tes consoeurs. Mme Marie Boehlen, Dr en droit, a travaillé un certain temps à ton bureau; elle est devenue le premier avocat des mineurs en Suisse en 1956. En 1942, Mme Elly Furler a été la première femme en Suisse élue à la fonction de greffier de chambre.

Les procès-verbaux de l'Association Bernoise des Avocats démontrent que nos collègues bernois eurent quelque peine à résoudre cette question.

En 1964, l'affaire était considérée comme une question brûlante. Les opinions étaient partagées au sein du comité.

Le procès-verbal retient que le Grand Conseil avait modifié les art. 12 et 13 de la Constitution afin d'autoriser les femmes à être nommées comme juges, ceci malgré certaines considérations pra-

tiques de l'association des avocats et de celles des présidents de tribunal. L'association des avocats ne se sentait pas menacée dans son prestige. Elle souligne qu'il faudra que les partis politiques et les citoyens votants exercent leur contrôle au moment des élections. La confrontation d'une femme juge d'instruction avec un malfaiteur professionnel leur paraissait plus digne d'un journal satirique que d'une salle d'audience.

Chère Albertine, tu sais qu'aujourd'hui trois femmes sont juges d'instruction dans le canton de Berne. Mes clients trouvent parfois les accusations ridicules; ils n'ont jamais eu l'impression qu'une femme juge d'instruction ne serait pas à sa place.

Après la nomination de Mme Marie Boehlen, Dr en droit, comme avocate des mineurs, il a fallu encore attendre 15 ans jusqu'au printemps 1971 pour que la première femme soit nommée comme présidente du Tribunal, c'est-à-dire comme juge ordinaire. C'était Mme Inge Götter à Berne qui, dans une élection où seuls les hommes avaient le droit de vote, a été élue à cette fonction. Il a fallu ensuite attendre de nouveau plusieurs années jusqu'au moment où Mme Heidi Claivaz a été nommée juge à Bienne.

Tu as bien raison; comme par le passé, il n'y a pas suffisamment de femmes qui exercent les fonctions

de juge. Dans le canton de Berne, nous n'avons qu'une seule femme comme juge d'appel, Mme Inge Götter. Même dans l'association des avocats, nous sommes une petite minorité. L'évolution est la suivante:

1933	1 femme	sur 166 membres
1938	2 femmes	sur 189 membres
1945	1 femme	sur 171 membres
1967	4 femmes	sur 195 membres
1979	4 femmes	sur 208 membres
1991	51 femmes	sur 371 membres

Aujourd'hui, nous sommes donc 13,75%, ce qui correspond à peu près à la moyenne suisse.

Toutefois, nous pouvons être fières que la première femme nommée bâtonnier d'une association cantonale d'avocats fut notre collègue bernoise, Mme Béatrice Gukelberger, Dr en droit. Elle a été nommée au Comité en 1978 et bâtonnier en 1985.

Aujourd'hui trois femmes siègent au Comité de notre association.

Chère Albertine, je dois arrêter d'écrire; il y a encore beaucoup de travail à faire ...

Bien à toi
Eve

Remarques d'un jeune avocat

Le 18 mai 1990, à Langnau, le grand moment est arrivé: j'ai été reçu membre de l'ordre des avocats. Ce n'est pas une organisation professionnelle, mais un ordre au sens classique du terme. Quarante-trois nouveaux membres m'accompagnaient. Le bâtonnier, dans son discours de réception, a relevé que la qualité de l'avocat ne se définissait pas par le grand nombre de mandats et de procès gagnés, mais par le nombre de causes refusées.

La déontologie et la métaphysique de la déontologie

Règles et déontologie doivent servir à maintenir et à renforcer la dignité du barreau. A la lecture des règles déontologiques, on constate qu'elles font double emploi avec les prescriptions du code pénal qui interdit l'abus de confiance et avec les règles du mandat qui exige la diligence du mandataire. En 1938 de telles règles avaient probablement un sens. Aujourd'hui, toutefois, on peut se poser la question si la décision de la Cour constitutionnelle allemande du 14 juillet 1987 n'est pas justifiée; à cette occasion, la Cour constitutionnelle a déclaré les règles déontologiques du barreau allemand comme anti-constitutionnelles. Le sens des règles déontologiques est d'aider aux justiciables à trouver l'avocat compétent qui défende ses intérêts. A ce sujet je me permets deux propositions:

A. Comment le justiciable peut-il trouver l'avocat compétent? Les désignations dans les livres d'adresses et de téléphones ne donnent aucune indication. Il semble qu'un système de spécialisation analogue à celui des médecins pourrait être institué. Toutefois, une telle spécialisation ne

devrait intervenir qu'après l'obtention du brevet d'avocat qui est la condition essentielle à une future spécialisation.

B. Il arrive toujours que des brebis galeuses violent les règles de la profession. La Chambre des avocats s'en occupe. Pourquoi ne publie-t-elle pas un registre avec la peine infligée aux avocats pratiquants. Un tel registre aiderait à la transparence du métier. D'autres règles professionnelles me paraissent porter atteinte à la vie privée de l'avocat. Je me permets de rappeler le cas d'un collègue oberlandais, décédé aujourd'hui, qui s'est vu interdire l'exercice de la profession d'avocat et de marchand de bétail parallèlement. La question des agents immobiliers travaillant aussi comme avocats est encore ouverte. Je ne vois pas la différence qu'il peut y avoir entre le marchand de bétail, l'agent immobilier, ou le mandataire dans un conseil d'administration d'une douteuse société financière qui s'occupe plutôt d'armement que de biens de consommation de la vie courante.

je reconnais que des règles déontologiques protégeant le justiciable sont en soi justifiées. En effet, les fautes professionnelles d'un avocat font plus de tort à la profession qu'un costume de couleur claire devant la Cour d'appel.

Remarque finale

Enfin, j'exprime le vœu que l'association des avocats aide à financer la mise au point ou la mise à jour de commentaires valables sur les procédures civiles, pénales et administratives.

L'avocat de l'avenir et l'avenir de l'avocat

Lettre à un lycéen

Cher Pierre,

Tu es venu à mon étude pour voir ce qu'était la profession pendant quelques jours de vacances. Pour répondre à tes nombreuses questions, je considère que tes doutes sont justifiés. Impossible aujourd'hui de prévoir l'avenir. C'est vrai tout particulièrement pour l'avenir de l'avocat. Le monopole de l'avocat est contesté. Le secret professionnel commence à être percé à divers endroits. La retenue distinguée de l'ancien avocat fait place peu à peu à la recherche du marché et au raisonnement de l'exploitation industrielle. Ceci confirme la tendance à accepter tout ce qui vient des USA, comme les consultations par téléphone payées à la minute.

L'avenir semble vouloir exiger du nouvel avocat qu'il soit partout à la fois, flexible et spécialiste.

Il faut considérer que la qualité de l'humanité ne changera guère (un retour en arrière jusqu'au paradis semble improbable). Je pense que le nombre des avocats ira croissant vu la complexité de l'ordre juridique contemporain. Toutefois, tu devras exercer ta profession dans le cadre de l'état de droit et chercher à découvrir la vérité parfois sur la base d'éléments de faits difficilement compréhensibles et les adapter à des lois souvent misérables. Selon les circonstances, tu devras couvrir ton client, te battre pour lui, te taire ou endosser seul la responsabilité. Tu devras choisir toi-même ta voie, soit en travaillant seul ou en te liant à une association ou même à une société anonyme.

En effet, le bureau personnel continuera certainement d'exister dans l'avenir comme par le passé. Dans le cadre d'une association de plus grande envergure, une vingtaine d'avocats sont très peu sur le

plan international et déjà beaucoup pour les conditions bernoises. Tu devras donc restreindre ton indépendance pour t'engager dans le travail commun, dans la spécialisation, dans la technique et dans tout autre moyen de rationalisation. Si tu entres dans une grande organisation, tu devras faire tes preuves par un travail très dur et incessant; ton indépendance d'avocat en souffrira. Toutefois, je me permets de te recommander de maintenir ton indépendance. Je te renvoie à ce sujet aux règles déontologiques de la communauté européenne.

«La multiplicité des devoirs incombant à l'avocat lui impose une indépendance absolue exempte de toute pression, notamment de celle résultant de ses propres intérêts ou d'influences extérieures. Cette indépendance est aussi nécessaire pour la confiance en la Justice que l'impartialité du juge. L'avocat doit donc éviter toute atteinte à son indépendance et veiller à ne pas négliger l'éthique professionnelle pour plaire à son client, au juge ou des tiers.

Cette indépendance est nécessaire pour l'activité juridique comme pour les affaires judiciaires, le conseil donné à son client par l'avocat n'ayant aucune valeur réelle, s'il n'a été donné que par complaisance, ou par intérêt personnel ou sous l'effet d'une pression extérieure.»

Je rappellerai ce qu'a dit un ancien bâtonnier bernois:

«Celui qui choisit la profession d'avocat, choisit la liberté; la liberté dans la soumission, c'est-à-dire la soumission à la loi et à la conscience. Cette liberté existe-t-elle? La réponse, c'est la réussite personnelle à son service.»

Il ne faut pas abandonner cette indépendance pour exercer un métier, un «job». L'exercice de la profession sera pour toujours une question de conscience personnelle et de réflexion. Malheureusement, ce type de réflexion ne t'a pas été enseigné; le plan d'étude n'en laisse guère le temps. Il faut toutefois revenir à la pensée de l'humaniste.

Que se passera-t-il sur le plan européen? Des avocats étrangers pratiqueront en Suisse; d'autres formeront des associations avec des collègues de divers pays; les Romands et les Tessinois sont mieux placés que nous, qui devons apprendre encore une fois à parler la langue allemande. Devrons-nous accepter au fond de nous-même cette évolution? C'est une question encore ouverte, mais il est évident qu'on ne pourra pas devenir Européen en restant dans son coin et en lisant la littérature en dialecte. Encore une fois les règles européennes:

«Chaque barreau a ses règles spécifiques dues à ses propres traditions. Elles sont adaptées à l'organisation et au champ d'activité de la profession dans l'Etat-membre considéré, ainsi qu'aux procédures judiciaires et administratives et à la législation nationales. Il n'est ni possible ni souhaitable de les en

déraciner, ni d'essayer de généraliser des règles qui ne sont pas susceptibles de l'être.»

Il n'y aura qu'une solution, apprendre, encore apprendre, toujours apprendre. C'est la seule façon de passer du stade d'écolier à celui de la maîtrise.

Je t'entends soupirer; la lettre est longue, il est évident que l'avenir ne sera pas plus facile que les conditions actuelles. En 1977 déjà, un collègue qui avait l'expérience d'une pratique internationale a relevé que la profession d'avocat était particulièrement difficile. C'est notre devoir de faire face à ces difficultés, aujourd'hui et dans l'avenir.

Bien à toi.

Beatrice Gukelberger.

Un mois plus tard, j'ai reçu une lettre de remerciement dont je ne saurais taire le passage essentiel:

«Je suis arrivé à la conclusion suivante: j'étudierai le droit, je m'annonce déjà chez toi si tu le permets, pour mon stage pratique. Toutefois, par la suite, j'essaierai d'obtenir un poste de juge; sur ce plan, on sait mieux ce qui nous attend.»

Anhang

Statuten
des Vereins Bernischer Advokaten.

§ 1.

Der Verein Bernischer Advokaten bezweckt:

1. Die Begründung und Erhaltung eines kollegialischen Verhältnisses unter seinen Mitgliedern.
2. Die Wahrung der Rechte und des Ansehens des bernischen Advokatenstandes nach jeder Hinsicht.
3. Kröpfung von Gegenständen aus der Praxis zur Hebung der Rechtspflege.
4. Vervollkommnung des Rechts und der Rechtspflege durch Vorschläge an die Behörden.

§ 2.

Mitglieder des Vereins können nur sein die im Kanton Bern niedergelassenen und daselbst den Beruf ausübenden Advokaten.

§ 3.

Der Sitz des Vereins ist in Bern.

Band I
«Protokoll des Vereins
bernischer Advokaten»
[verkleinert und neu
umbrochen]

§ 4.

Die Aufnahme als Mitglied erfolgt an einer Hauptversammlung des Vereins. Der Kandidat hat sich vorher beim Praesidenten schriftlich anzumelden. Die Aufnahme erfolgt in geheimer Abstimmung mit Mehrheit der Stimmenden.

§ 5.

Die Organe des Vereins sind:

1. Die Hauptversammlung
2. Der Vorstand.

§ 6.

Die Hauptversammlung findet ordentlichweise alljährlich einmal und zwar im Frühjahr statt. Zu derselben sind die Mitglieder unter Angabe der Frakturen schriftlich und rechtzeitig einzuladen.

Außerordentliche Hauptversammlungen finden statt auf Anordnung des Vorstandes oder auf schriftliches Begehren von wenigstens zehn Mitgliedern.

§ 7.

Der Hauptversammlung stehen alle nicht dem Vorstande übertragener Kompetenzen zu, namentlich:

1. Die Wahl des Vorstandes.
2. Die Festsetzung des jeweiligen Jahresbeitrages und die Beschlussfassung über die Jahresrechnung.
3. Die Abänderung der Statuten.
4. Die Aufnahme von Mitgliedern.
5. Die Ausschließung von Mitgliedern.

§ 8.

Die Mitglieder des Vorstandes werden auf die Dauer von drei Jahren in geheimer Abstimmung gewählt.

§ 9.

Der Vorstand besteht aus:

1. Einem Praesidenten und zwei Vicepraesidenten;
2. Einem Quaestor;
3. Einem Aktuar und
4. Aus fernern 4 Mitgliedern.

§ 10.

Der Praesident und einer der Vicepraesidenten müssen ihren Wohnsitz in Bera haben, ebenso der Quaestor, der Aktuar und ein ferneres Mitglied des Vorstandes.

Bei der Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder sind die verschiedenen Landestheile angemessen zu berücksichtigen.

§ 11.

Zur Fassung von Beschlüssen entscheidet mit Ausnahme der besonders vorgesehnen Fälle an der Hauptversammlung und in den Vorstandssitzungen das absolute Mehr der Stimmenden; bei offener Abstimmung hat der Vorsitzende das Stimmrecht.

Der Vorstand ist beschlussfähig, sofern wenigstens fünf Mitglieder anwesend sind.

§ 12.

Dem Vorstande liegt namentlich ob :

1. Die Einberufung der Hauptversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse.
2. Die Besorgung der laufenden Geschäfte.
3. Die Begutachtung eingehender Anregungen und Anträge zu Händen der Hauptversammlung.
4. Information der Mitglieder über wichtige Vorgänge, namentlich auf dem Gebiete der Praxis.

§ 13.

Der Vorstand ist befugt, Mitglieder, welche sich des Vereins unwürdig erweisen, bis zur nächsten Hauptversammlung einzustellen. Diese Entstellung kann nur in einer Sitzung des Vorstandes erfolgen und es ist dazu ein einstimmiger Beschluss notwendig.

§ 14.

Der Verein wird nach Außen vertreten durch den Präsidenten, oder, in dessen Verhinderung, durch einen der Vizepräsidenten, in Gemeinschaft mit dem Aktuar.

§ 15.

Der Vorstand hat für außerordentliche Ausgaben einen Kredit bis auf hundert Franken.

§ 16.

Die Mitgliedschaft erlischt durch den Wegzug aus dem Kanton, oder durch Aufgabe der Advokatur-Praxis.

§ 17.

Anträge auf Abänderung der Statuten oder auf Auflösung des Vereins müssen, wenn sie nicht vom Vorstande ausgehen, demselben mindestens 14 Wochen vor der Hauptversammlung schriftlich eingereicht werden.

Zur Abänderung der Statuten oder zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenden erforderlich.

§ 18.

Im Falle der Auflösung des Vereins wird das vorhandene Vermögen der kantonischen Hochschulbibliothek zur Vermehrung ihrer juristischen Abtheilung zugewendet.

Publikationen in der Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins zum Thema «Anwalt» in den letzten 100 Jahren

Zusammengestellt durch Fürsprecher Guido Rieder/cand. iur. Erich Giesser

[E: Entscheide, Urteile – A: Aufsätze, Abhandlungen]

Band	Seite	Inhalt	Band	Seite	Inhalt
29	370 ff	Haftung aus Mandat (E)			glaubigung von Vollmachten ausserkantonaler Anwälte nötig (E)
30	339 f	Disziplinargewalt des Obergerichtes gegenüber einem ausfälligen Anwalt (Schreiben Obergericht)	41	672 f	Weiterdauer der disziplinarischen Verantwortlichkeit des Anwaltes nach Mandatsauflösung (E)
32	190 ff	Anwendung der kantonalen Disziplinarvorschriften gegenüber Anwälten ohne bernisches Patent (E)	42	165	Disziplinarbeschwerde gegen Anwalt auch ungestempelt gültig. Vereinbarung zwischen Anwalt und Klient über Befugnis des Anwaltes zur Rechnungstellung trotz erteiltem Armenrecht unzulässig (E)
35	376	Keine Beschwerdeführung gegen den Anwalt der Gegenpartei (E)	43	177 ff	Die bernische Zivilprozessreform vom Standpunkt der Anwaltstechnik und der Interessen des Anwaltsstandes aus betrachtet (A, Blumenstein)
36	337 ff	Soll die Initiative ergriffen werden für den Erlass eines Bundesgesetzes über den Erwerb von Fähigkeitsausweisen zur Ausübung des Anwaltsberufes in der ganzen Schweiz? (A, Wäber)	43	233 ff	Idem (A, Scheurer)
36	452 f	Disziplinargerichtsbarkeit des Obergerichtes über amtliche Verteidiger, insbesondere bei Tarifüberschreitungen (E)	43	311 ff	Über die Tragweite der richterlichen Moderation von Anwaltsrechnungen (Bundesgericht, E)
36	460 f	Retentionsrecht des Anwaltes an den Akten für Kostenforderungen zulässig (E)	43	285 ff	Zur Pflicht des armenrechtlichen Anwaltes (E)
38	233 ff	Unzulässigkeit eines durch einen Anwalt erlassenen Verbotes (E)	43	252 ff	Bestreitet der Mandant seine Schuldpflicht gegenüber dem Anwalt überhaupt, wird aber seine Schuldpflicht im Prozess grundsätzlich bejaht, setzt das Gericht trotz vom Mandanten unterlassenem Moderationsgesuch die Forderung des Anwaltes aus dem Vertragsverhältnis ex aequo et bono fest (E)
38	388 f	Unzulässigkeit einer Vereinbarung in der Vollmacht, wonach Differenzen aus dem Mandat durch den Vorstand des Anwaltsvereins endgültig zu erledigen sind (E)	43	408 f	Möglichkeit zum Moderationsgesuch trotz bezahlter Rechnung. Aufhebung der Moderationsentscheidung, weil der Rechnungssteller im Moderationsverfahren nicht einvernommen wurde (E)
38	341	Auf den Eid des Anwaltes darf in Disziplinarverfahren nicht abgestellt werden (E)	44	643 ff	Zuständigkeit des Obergerichtes als Aufsichtsbehörde für die Advokaten in einem Streit auf Herausgabe von Zivilprozessakten an einen gewesenen Klienten (E)
38	362	Formlose Reaktivierung eines in der bürgerlichen Ehrenfähigkeit und demzufolge in der Berufsausübung eingestellten Anwaltes (E)	45	87 ff	Klage des Klienten gegen den Anwalt aus Prozessmandat; Nachweis von Verschulden und Schaden (E)
40	694 f	Legitimation des Anwaltes durch Aktenbesitz; Vertretung durch mehrere Anwälte (E)	45	644 ff	Eine Disziplinarbusse trifft in erster Linie die Partei selber, dagegen den Anwalt, wenn die Partei durch einen solchen vertreten war (E)
41	146 ff	Säumnis und Wiedereinsetzung. Fahrlässigkeit des Anwaltes. Bedeutung des Angebotes des Eides (E)			
41	149 f	Nach Legitimation des Anwaltes durch Aktenbesitz Einreichung einer Vollmacht innert 14 Tagen. Vollmacht z.Z. erster Rechtsschrift oder erstem Auftreten vor Gericht erforderlich. Be-			

Band	Seite	Inhalt	Band	Seite	Inhalt
46	263 ff	Notwendiger Inhalt einer Anwaltsvollmacht (E)	54	182	Voraussetzung einer Wiedererwägung eines Disziplarentscheidendes des Obergerichtes (E)
48	523 f	Zulässigkeit eines Wiedererwägungsgesuches gegen einen vom Obergericht als Aufsichtsbehörde über die Advokaten gefällten Disziplarentscheid (E)	55	526	Eine Anwaltsrechnung muss nicht nur die Auslagen, sondern auch die Honorarforderung spezifizieren (E)
48	572	Moderation einer Anwaltsrechnung in Strafsachen einzig auf dem Weg einer Disziplinarschwerde an das Obergericht möglich (E)	56	135	Ein im Kanton Bern domizilierter und seinen Beruf ausübender Anwalt unterliegt der Disziplinaraufsicht des bernischen Obergerichtes auch in bezug auf Geschäfte, die in andern Kantonen zu erledigen sind (E)
49	136 ff	Bericht über eine ausserordentliche Sitzung des bernischen Anwaltsverbandes zu einer Reform der Armenrechtsfrage (A)	56	426 ff	Une ordonnance en taxation de frais rendue en vertu de désistement du demandeur dans une cause non appellable peut être attaquée par une demande en nullité (E)
49	309 ff	Zur Einkassierung der Kostenforderung durch einen armenrechtlichen Anwalt (E)	57	95	Kompetenz zur Festsetzung der Gebühren- und der Auslagenforderung des armenrechtlichen Anwaltes (E)
50	307 ff	Eingabe des bernischen Anwaltsverbandes zum Entwurf einer Zivilprozessordnung für den Kt. Bern (A)	57	86	Zuständigkeit der Anwaltskammer, vorfrageweise das Vorhandensein einer erlaubten Honorarvereinbarung zu prüfen. Der sich darauf berufende Anwalt muss das der Anwaltskammer in liquider Weise dartun (E)
51	458 ff	Die Advokaten unterstehen für ihre ganze Tätigkeit als Anwälte dem Gesetz über die Advokaten. Auch eine freiwillige, auf Initiative des Klienten erfolgte Zusicherung einer über die tarifmässigen Gebühren hinausgehenden Vergütung verstösst gegen das Advokatengesetz; Provisionsversprechen verstossen gegen die guten Sitten und sind nichtig (E)	57	224	Eine vermutete Vollmacht nach Art.86 ZPO ist im Strafprozess ausgeschlossen; der Anwalt hat sich im Strafprozess stets durch eine schriftliche Vollmacht auszuweisen (E)
51	48 f	Moderationsverfahren für die Festsetzung der Kostenrechnung bei Substitution (E)	57	413 f	Die Kostenentscheide der bernischen Anwaltskammer sind nicht vollstreckbare Urteile im Sinne von Art. 80 f. SchKG (E)
52	34 f	Der Anwalt darf sich Kopierarbeit nicht als Originalarbeit bezahlen lassen. Einrede der Versäumnis der Moderationsfrist durch die Erben eines Anwaltes (E)	59	321 ff	Die bernische Anwaltskammer (A, Dannegger)
52	104	Kassation der Moderationssentenz eines Gerichtspräsidenten, wenn sich die Kostenforderung des Anwaltes nicht allein auf Zivilsachen bezieht (E)	60	561	Das Anwaltsmonopol gilt auch für gerichtliche Inzidente des Betreibungsverfahrens (E)
52	509 f	Unzuständigkeit des Obergerichtes als Aufsichtsbehörde über die Fürsprecher bei einer Moderation einer Anwaltsrechnung für Bemühungen zur Durchführung eines aussergerichtlichen Abkommens mit Verlustscheinsgläubigern (E)	62	137	Inhaltlich wie 60/561 (E)
53	97 f	Kompetenz des Obergerichtes bei einem Rekusationsgesuch gegen einzelne Mitglieder des Obergerichtes in einem Disziplinarverfahren gegen einen Anwalt (E)	62	379 ff	Grenzen erlaubter Kritik eines Anwaltes gegenüber den Handlungen eines Notars im Straf- und Zivilpunkt (E)
53	149 f	Umfang der Honorarforderung eines armenrechtlichen Anwaltes gegenüber der von ihm vertretenen, in einem Haftpflichtprozess obsiegenden klägerischen Partei (E)	65	178	Das Anwaltsmonopol gilt auch bei der Vertretung in Beschwerdeverfahren nach Art.374 ZPO (E)
			66	517 ff	Schadenersatz- und Genugtuungsklage gegen einen Anwalt wegen ehrverletzenden Äusserungen in einer Prozessvorkehr (E)
			67	326 ff	Ist einem bernischen Fürsprecher, gegen den Verlustscheine ausgestellt worden sind, das Patent zu entziehen? (Geschäftsbericht des Obergerichts 1930, A)
			68	586 ff	Inhaltlich wie 60/561 und 62/137 (E)

Band	Seite	Inhalt	Band	Seite	Inhalt
69	350 f	La responsabilité de l'avocat doit être examinée à la lumière de l'art. 398 al. 2 CO. L'exécution d'un mandat doit s'appréier avec plus de rigueur sans doute que le mandat conféré à un simple particulier (E)	78	268 ff	Keine Bindung der Anwaltskammer an tatbeständliche Feststellungen oder rechtliche Ausführungen eines Strafrichters (E)
70	151 f	Gutheissung eines Rekurses der kant. Justizdirektion in einer armenrechtlichen Ehescheidungssache (E)	78	269 f	Wenn ein bernischer Anwalt den guten Leumund verliert, so muss dies notwendigerweise zum Entzug des Patentes führen (E)
71	197 f	Festsetzung der Anwaltsgebühren in armenrechtlichen Ehescheidungsprozessen (E)	78	282 f	Auf ein bloss vorsorglich gestelltes Gesuch um Bewilligung der Advokatur im Kanton Bern wird nicht eingetreten (E)
71	239 ff	La procuration de l'avocat doit emaner de celui qui figure comme partie au procAs (E)	79	414 ff	Rechte und Pflichten des Rechtsanwaltes (A, Wenger)
72	371 ff	Die neuen Reglemente über die Fürsprecher- und Notariatsprüfungen (A, Guhl)	80	34	Anwaltstarif in Kriegszeiten (Kreisschreiben Obergericht)
72	38	Il n'est pas alloué d'indemnité de déplacement spéciale à l'avocat habitant St-Imier pour comparaitre à Courtelary; de meme à l'avocat habitant Langenthal qui comparait à Aarwangen (E)	80	116 f	Abänderung des Prüfungsreglementes für Fürsprecher (A, Kehrlí)
72	487	Ohne schriftliche Vollmacht des Anwaltes, nur gestützt auf dessen Aktenbesitz, darf nicht zu einer die Instanz abschliessenden Entscheidung in Zivilprozessen geschritten werden (E)	80	228	Anwaltskosten und Teuerung (A, Kehrlí)
72	709 ff	Reglement über die prakt. Ausbildung der Fürsprecherkandidaten (Beschl. des Obergerichts)	80	245 ff	Dem Advokaten ist untersagt, in dem gleichen Geschäft der Gegenpartei Dienste zu leisten (A, Kehrlí)
73	637 ff	Erfordernisse, die an den Inhaber eines ausserkantonalen Anwaltspatentes für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung im Kanton Bern gestellt werden (E)	80	313 f	Rechtsanwälte in Aktiengesellsch. (A, Wenger)
74	1 ff	Ist eine Revision des bernischen Advokatengesetzes angezeigt? (A, Kehrlí)	80	337 ff	Anwaltsgeheimnis und Fiskus (A, Merz)
74	35 ff	Bestimmung des Anwaltshonorars im Urteil oder in einer Kostenverfügung. Nichtbeachtung von Ansätzen des Gebührentarifs (E)	81	18 ff	Auswirkungen der Werbungsdrosselung im Anwaltsberuf (A, Wenger)
76	251 ff	Nur die Abtretung streitiger Forderungen des Klienten an den Anwalt ist unzulässig, nicht die Abtretung der Prozesskostenforderung zur Sicherung der Honoraransprüche nach Beendigung des Rechtsstreites (E)	81	48	Honorarbemessung für ausseranwaltliche Tätigkeit (E)
76	304 ff	Bevollmächtigung des Anwaltes im Strafverfahren. Blosser Beweisfunktion der schriftlichen Vollmacht (E)	81	220	Beschäftigung von Rechtspraktikanten (Mitteilung Anwaltskammer)
76	406 ff	Das Abtretungsverbot des Art.16 AdvGes gilt nur für solche ausserkantonale Anwälte, denen die Berufsausübung im Kanton Bern bewilligt worden ist (E)	81	367 f	Verstösse gegen das Ständesrecht der Anwälte unterliegen nicht den strafrechtlichen Verjährungsbestimmungen (E, Luzern)
76	55	Zuständigkeit des Obergerichtes zur Entscheidung von Ablehnungsgesuchen gegen Mitglieder, Ersatzmitglieder und den Sekretär der Anwaltskammer (E)	81	439 ff	Streitwert für die Kostenrechnung des Anwaltes (E)
			82	272	Honorarvereinbarung nach den Normen des Wohnsitzkantons des ausserkantonalen Anwaltes zulässig (E, Luzern)
			82	296 f	Aus der Praxis der zürcherischen Aufsichtskommission (LA)
			82	311 f	Ahndungsbefugnis der Anwaltskammer für Begebenheiten, die in die Zeit vor der Einstellung im Anwaltsberuf fallen (E, Luzern)
			84	133 f	Säumnisfolge nach Einreichung einer Klageantwort durch einen nach bernischem Recht nicht befugten Parteivertreter (E)
			84	134 ff	Zulassung von kantonalen Verwaltungsbeamten mit Fürsprecherpatent als Parteivertreter. Voraussetzungen (E)
			84	275	Anpassung der Gebührentarife für Anwälte an die Teuerung und Abänderung des Anwaltstarifes im Kanton Bern (A, Kehrlí)

Band	Seite	Inhalt	Band	Seite	Inhalt
85	96	Zuständigkeit der luzernischen Anwaltskammer als Disziplinarbehörde (E)	105	45	Keine Pflicht, ein Dossier des Klienten im Strafverfahren herauszugeben. Deshalb Haussuchung nicht zulässig (E)
86	133 ff	Zuständigkeit der Anwaltskammer, wenn der bernische Anwalt ausserhalb der Kantonsgrenze tätig war (E)	111	192	Dienstleistungen für die Gegenpartei. Begriff des nämlichen Geschäftes oder der gleichen Sache (E)
87	400 f	Grundsätze der Bemessung des Honorars der armenrechtlichen Anwälte (E)	112	348	Keine Wiedereinsetzung des flüchtigen Angeeschuldigten, wenn er im Termin durch seinen Anwalt vertreten war (E)
92	237	Der Gerichtspräsident darf im Verfahren der Bewilligung der unentgeltlichen Prozessführung die dem abgewiesenen Gesuchsteller auferlegten Kosten nicht vom Anwalt des Gesuchstellers ein-kassieren (E)	113	337 ff	Anwalt, gestern und heute (A, Hochstrasser)
93	275 f	Zulässigkeit einer von einem ausserkantonalen Anwalt eingeforderten Erklärung, wonach er sich für seine Tätigkeit im Kt. Bern auf das bernische Anwaltsgesetz und auf die Standesregeln des Bernischen Anwaltsverbandes verpflichtet (E)	115	430	Vorläufige Gültigkeit der Rechtsmittelerklärung eines ausserkantonalen Anwaltes ohne Ausweis über die Vollmacht und Berufsausübungsbewilligung (E)
93	488 f	Die Standesregeln des Bernischen Anwaltsverbandes im Verhältnis zu Art. 5 der Übergangsbestimmungen BV (E, Bundesgericht)	119	26	Zuständigkeit der Anwaltskammer zur Überprüfung der Höhe der Kostenforderung eines Anwaltes gegenüber der Gegenpartei seines Klienten verneint (E)
94	31 ff	Die Vollmacht des Anwaltes im Strafprozess (A, Brand)	119	233	Eine Presseäusserung, ein bernischer Anwalt sei als Grundstückmakler tätig, ist ehrverletzend (E)
98	204 f	Darf der armenrechtliche Anwalt die Kosten des Erstellens von Fotokopien in Rechnung stellen? (E)	119	492	Nötigung, begangen durch Anwalt gegenüber der Gegenpartei (E)
98	446	Berufsgeheimnis des Anwalts und Zeugnis-pflicht. Befreiung vom Berufsgeheimnis durch die Aufsichtsbehörde (E, Anwaltskammer)	119	494	Von jedem Anwalt, der Einsicht in die Akten nehmen oder im Prozess auftreten will, ist eine Vollmacht zu verlangen und in die Akten zu heften (Kreisschreiben Strafammer)
99	111 f	Fürsprecherkandidaten dürfen keine Rechtsmittelerklärungen unterzeichnen (E)	120	570 f	Die Kunst des persönlichen Erscheinens (A, Büchi)
100	193	Berufsausübungsbewilligung für ausserkantonale Anwälte, die als Beamte oder Angestellte in Privatbetrieben tätig sind (E)	121	518 f	Entzug der amtlichen Verteidigung im Rechtsmittelfahren gegenüber dem flüchtigen Angeschuldigten; wichtige Gründe als Voraussetzung für einen Wechsel in der Person des amtlichen Verteidigers (E)
101	70	Ist die Erklärung des Verzichts auf das Appellationsrecht durch den amtlichen Verteidiger für den Angeschuldigten verbindlich? (E)	124	38	Kein unbedingter Anspruch auf Wahl bzw. Wechsel des amtlichen Verteidigers (E)
101	227	Festsetzung der Reisekosten der Anwälte (Kreisschreiben, Obergericht)	125	111	Das Anwaltshonorar darf nicht pauschal für Eheschutz- und Ehescheidungsverfahren festgesetzt werden (E)
101	482	Das richterliche Ermessen ist bei der Bestimmung der Höhe der Anwaltskosten auch innerhalb des Tarifrähmens nicht völlig frei (E)	125	549	Honorar und Reiseentschädigung des amtlichen Verteidigers (E)
102	150	Anwaltsmonopol für Anhebung der Privatklage (E)	126	275	Eine Ermächtigung des Fürsprechers zur Zeugnisaussage durch die Anwaltskammer ist unzulässig (E)
102	198	Gegenrechtserklärung betreffend Beiordnung armenrechtlicher Anwälte zwischen Bern und Solothurn (A)	126	321 ff	Der amtliche Verteidiger bzw. der Staat sind legitimiert, die Prozesskosten bei der unterlegenen Partei geltendzumachen (E)
104	318	Advokatengesetz. Umfang und Wirkungen der Berufseinstellung (E)			

Verzeichnis der Vorstände

P: Präsident, 1.V: 1. Vizepräsident, 2.V: 2. Vizepräsident, K: Kassier, Quästor, S: Sekretär, Aktuar

1892–1895

P	K. Hberli	Bern
1.V	A. Girod	Delemont
2.V	J. Pezolt	Bern
K	J. Wynistorf	Bern
S	E.von Waldkirch	Bern
	W. Kirchhoff	Thun
	R. Luginbühl	Langenthal
	Dr. Manuel	Bern
	A. Peter	Aarberg
1892	Rücktritt von Dr. Manuel, neu K. Balsiger, Bern.	
1893	Rücktritt von K. Haeberli, neuer Präsident Ch. Sahli, Nachfolger von J. Wynistorf als Kassier Dr. G. Koenig, an Stelle von K. Balsiger neu J. Bommeli.	

1895–1898

P	Ch. Sahli	Bern
1.V	J. Pezolt	Bern
2.V	Dr. F. Courvoisier	Biel
K	Dr. G. Koenig	Bern
S	E. von Waldkirch	Bern
	J. Bommeli	Bern
	T. Hellmüller	Langenthal
	W. Kirchhoff	Thun
	A. Peter	Aarberg
1896	Rücktritt von T. Hellmüller, neu O. Morgenthaler, Burgdorf.	
1897	Tod von Ch. Sahli und Rücktritt von J. Bommeli, neu A. Sessler, Bern, und A. Stooss. Neuer Präsident J. Pezolt, neuer Vizepräsident A. Stooss.	

1898–1901

Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt.		
1900	Rücktritt von E. von Waldkirch, neues Mitglied und Sekretär Dr. H. Rüfenacht.	

1901–1904

Der Vorstand wird mit Ausnahme des zurücktretenden A. Peter wiedergewählt, neu M. Goetschel.

1904–1907

P	A. Stooss	Bern
1.V	Dr. F. Courvoisier	Biel
2.V	Dr. H. Rüfenacht	Bern
K	H. Lindt	Bern
S	K. Scheurer	Bern
	J. Pezolt	Bern
	M. Goetschel	Delemont
	Schwammberger	Burgdorf
	H. Schüpbach	Thun
1905	wird A. Stooss zum Bundesrichter gewählt. Ab Oktober 1905 besorgen die beiden Vizepräsidenten die Leitung des Verbandes.	
1906	neuer Präsident Dr. H. Rüfenacht, 2. Vizepräsident K. Scheurer, neues Mitglied und Sekretär Ruprecht.	

1907–1910

P	Dr. H. Rüfenacht	Bern
1.V	Dr. F. Courvoisier	Biel
2.V	K. Scheurer	Bern
K	H. Lindt	Bern
S	F. Ruprecht	Bern
	E. Schwammberger	Burgdorf
	P. Charmillot	St. Imier
	E. Amstutz	Thun
	A. Lüscher	Bern
1909	Rücktritt von H. Lindt, neues Mitglied und Kassier F. Gerster.	

1910–1913

P	Dr. F. Courvoisier	Biel
1.V	C. Jahn	Bern
2.V	A. Löscher	Bern
K	F. Gerster	Bern

S	Dr. P. Guggisberg E. Amstutz E. Schwammberger P. Charmillot L. Wyler	Bern Thun Burgdorf St. Imier Bern	1927-1931 Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt. 1929 Tod von E. Hügli, neuer Präsident R. von Graffenried, neues Mitglied und Kassier F. Wetli. 1930 Tod von E. Rickli, neuerl. Vizepräsident J. Albrecht, 2. Vizepräsident F. Bühlmann, neu O. Salvisberg.
1912	Tod von Dr. Courvoisier, neuer Präsident C. Jahn, 1. Vizepräsident P. Charmillot, neu H. Römer.		
1913-1916			
P	P. Charmillot	St. Imier	
1.V	L. Wyler	Bern	
2.V	H. Römer	Biel	
K	F. Gerster	Bern	
S	Dr. P. Guggisberg E. Amstutz O. Müller P. Schorer Dr. G. Zeerleder	Bern Thun Langenthal Langnau Bern	
1914	Rücktritt von Dr. G. Zeerleder, neu R. von Graffenried.		
1916	keine Neuwahlen des Vorstandes. Rücktritt von F. Gerster und L. Wyler, neu E. von Steiger und H. Lindt, neuer Vizepräsident Dr. Guggisberg, neuer Kassier R. von Graffenried, neuer Sekretär H. Lindt.		
1918	Rücktritt von H. Römer, neues Mitglied und Vizepräsident E. Rickli.		
1919-1923			
P	Dr. P. Guggisberg	Bern	
1.V	R. Brüstlein	Bern	
2. V	E. Rickli	Laupen	
K	R. von Graffenried	Bern	
S	A. Pezolt O. Müller O. Roost Dr. S. Brahier F. Bühlmann	Bern Langenthal Thun Moutier Grosshöchstetten	
1920	Rücktritt von Dr. Guggisberg, neuer Präsident R. Brüstlein, neuer Vizepräsident E. Hügli.		
1923-1927			
P	E. Hügli	Bern	
V	E. Rickli	Laupen	
V	J. Albrecht	Biel	
K	R. von Graffenried	Bern	
S	A. Pezolt O. Roost F. Bühlmann Dr. S. Brahier R. Brüstlein	Bern Thun Grosshöchstetten Moutier Bern	
1931-1935			
P	R. von Graffenried	Bern	
1.V	J. Albrecht	Biel	
2.V	F. Bühlmann	Grosshöchstetten	
K	F. Wetli	Bern	
S	A. Pezolt O. Roost Dr. S. Brahier O. Salvisberg W. Hürbin	Bern Thun Moutier Grünen/Sumiswald Bern	
1935-1939			
P	R. von Graffenried	Bern	
1.V	J. Albrecht	Biel	
2.V	F. Bühlmann	Grosshöchstetten	
K	F. Wetli	Bern	
S	A. Pezolt O. Salvisberg O. Roost Dr. S. Brahier W. Hürbin	Bern Thun Moutier Grünen/Sumiswald Bern	
1936	Rücktritt von J. Albrecht, F. Bühlmann, W. Hürbin und O. Roost; neu A. Borter, Interlaken, A. Gäumann (1. Vizepräsident), Dr. H. Kunz (2. Vizepräsident) und P. Simonin (Sekretär an Stelle von A. Pezolt).		
1938	Rücktritt von R. von Graffenried, neues Mitglied und Präsident Dr. E. Gerber. Rücktritt von A. Pezolt, neu H. Käser.		
1939-1943			
P	Dr. E. Gerber	Bern	
1.V	A. Gäumann	Langenthal	
2.V	Dr. H. Kunz	Biel	
K	F. Wetli	Bern	
S	P. Simonin H. Käser A. Ott Dr. S. Brahier O. Salvisberg	Bern Bern Spiez Moutier Grünen/Sumiswald	
1940	Tod von F. Wetli, neu Dr. W. Engeloch [Kassier].		

1943-1947

Der bisherige Vorstand wird wiedergewählt mit Ausnahme der zurücktretenden Dr. H. Kunz und O. Salvisberg, neu W. Tenger und F. Haller.

1944 Rücktritt von Dr. E. Gerber, neuer Präsident H. Käser, neu M. Brand.

1947-1951

P	H. Käser	Bern
1.V	F. Haller	Burgdorf
2.V	Dr. E. Matter	Bern
K	Dr. W. Engeloch	Bern
S	M. Brand	Bern
	A. Ott	Spiez
	W. Tenger	Biel
	A. Hof	Delémont
	A. Hug	Bern

1949 Rücktritt von A. Ott, neu F. Graf.

1950 Rücktritt von A. Hof, neu H. Piquerez, Porrentruy.

1951-1955

P	M. Brand	Bern
1.V	F. Haller	Burgdorf
2. V	Dr. E. Matter	Bern
K	T. Gulotti	Bern
S	A. Hug	Bern
	W. Tenger	Biel
	F. Graf	Interlaken
	A. Leuenberger	Bern
	Dr. J.P.Châtelain	Delémont

1953 Tod von A. Leuenberger, neu Dr. B. Rüfenacht.

1955-1959

P	M. Brand	Bern
1.V	F. Haller	Burgdorf
2. V	Dr. E. Matter	Bern
K	T. Gulotti	Bern
S	Dr. G. Schürch	Bern
	F. Graf	Interlaken
	Dr. J. P. Châtelain	Delémont
	Dr. B. Rüfenacht	Bern
	Dr. R. Krill	Biel

1959-1963

P	F. Haller	Burgdorf
1.V	F. Graf	Interlaken
2.V	H. Frölich	Bern

K	Dr. C. Fehr	Bern
S	Dr. F.Gygi	Bern
	Dr. J. P. Châtelain	Delémont
	Dr. G. Schürch	Bern
	Dr. R. Krill	Biel
	Dr. H. Gutknecht	Bern

1962 Rücktritt von Dr. G. Schürch, neu Dr. G. Hochstrasser.

1963-1967

P	F. Haller	Burgdorf
1.V	F. Graf	Interlaken
2. V	H. Frölich	Bern
K	Dr. C. Fehr	Bern
S	P. Käser	Bern
	Dr. J. P. Châtelain	Delémont
	Dr. H. Gutknecht	Bern
	Dr. G. Hochstrasser	Bern
	Dr. R. Krill	Biel

1965 Rücktritt von F. Haller und Dr. J.P. Châtelain; neuer Präsident Dr. C. Fehr, neuer Kassier Dr. H. Gutknecht, neu P. Moritz und Dr. B. Müller.

1967-1971

P	Dr. C. Fehr	Bern
1.V	H. Frölich	Bern
2. V	Dr. R. Krill	Biel
K	Dr. H. Krähenbühl	Thun
S	G. Jakob	Bern
	P. Käser	Bern
	P. Moritz	Delemont
	Dr. B. Müller	Langenthal
	Dr. G. Hochstrasser	Bern

1969 Tod von P. Käser, neu R. Gasser.

1970 Rücktritt von H. Frölich, neu G. Rieder.

1971-1975

P	Dr. G. Hochstrasser	Bern
1.V	P. Moritz	Delémont
2. V	R. Gasser	Bern
K	Dr. H. Krähenbühl	Thun
S	G. Rieder	Bern
	Dr. C. Fehr	Bern
	G. Jakob	Bern
	Ch. Frote	Biel
	Dr. K. Meyer	Langenthal

1972 Rücktritt von G. Jakob, neu Dr. F. Kellerhals.

1975–1979

P	Dr. G. Hochstrasser	Bern
LV	P. Moritz	Delémont
2. V	R. Gasser	Bern
K	Dr. H. Krähenbühl	Thun
S	G. Rieder	Bern
	Ch. Froté	Biel
	Dr. F. Kellerhals	Bern
	Dr. K. Meyer	Langenthal
	P. Kientsch	Bern
1976	Rücktritt von Dr. G. Hochstrasser und Dr. K. Meyer; neuer Präsident R. Gasser, Dr. F. Kellerhals	
1977	2. Vizepräsident; neu H.U. Engler und Dr. Krneta. Rücktritt von G. Rieder als Sekretär, neuer Sekretär P. Kientsch.	
1978	Rücktritt von G. Rieder, neu Dr. Beatrice Gukelberger (erste Frau im Vorstand).	

Ab 1979

P	R. Gasser	Bern
1.V	Ch. Froté	Biel
2.V	Dr. F. Kellerhals	Bern
K	Dr. H. Krähenbühl	Thun
S	P. Kientsch	Bern
	Dr. Beatrice Gukelberger	Bern
	H. U. Engler	Langenthal
	Dr. G. Krneta	Bern
	J. Vontobel	Biel

In der Folge wird nicht mehr der Vorstand für eine Amtsperiode gewählt, sondern jedes einzelne Mitglied.

1981	Rücktritt von R. Gasser, Dr. H. Krähenbühl und P. Kientsch; neuer Präsident Dr. F. Kellerhals, neuer 2. Vizepräsident Dr. G. Krneta, neue Sekretärin Dr. B. Gukelberger; neu H. Brunner, M. Ramseier (Kassier) und H. P. Walter, Bern.	
------	--	--

1982	Rücktritt von J. Vontobel, neu F. Pellaton.	
1984	Rücktritt von Ch. Frote und Dr. G. Krneta; neuer 1. Vizepräsident F. Pellaton, 2. Vizepräsident H. Brunner; neu M. Uhlmann, Biel, und D. Schädelin.	
1985	Rücktritt von Dr. F. Kellerhals, neue Präsidentin Dr. B. Gukelberger; neu U. Hirt.	
Ab 1985 wird das Verbandssekretariat durch ein Mitglied ausserhalb des Vorstands geführt.		
1986	Rücktritt von H.U.Engler, neu M. Bürgi.	
1987	Rücktritt von H. P. Walter wegen Wahl zum Bundesrichter, neu Eva Saluz.	
1989	Rücktritt von Dr. Beatrice Gukelberger und M. Uhlmann; neuer Präsident H. Brunnen 2. Vizepräsident D. Schädelin; neu Christine Beerli-Kopp und Irene Maeder van Stuijvenberg.	

Vorstand seit 1989

P	H. Brunner	Bern
1.V	F. Pellaton	Biel
2. V	D. Schädelin	Bern
K	M. Ramseier	Thun
	M. Bürgi	Kirchberg
	U. Hirt	Bern
	Eva Saluz	Bern
	Irène Maeder van Stuijvenberg	Ostermundigen
	Christine Beerli-Kopp	Biel

Zur Schreibweise der Namen

Vor allem in Quellen aus dem letzten Jahrhundert stossen wir oft auf unterschiedliche Schreibweisen eines Namens, etwa Häberli mit Umlaut «ä» oder «ae», Karl mit Initiale «K» oder «C» usw. Die vorliegende Schrift gibt die Namen so wieder, wie sie in den Protokollen des Bernischen Anwaltsverbandes zu finden sind.

Anwaltstage 1892-1992

Jahr	Hauptversammlung			a. o. Anwaltstag		
	Datum	Ort	Lokal	Datum	Ort	Lokal
1892	10.01.	Bern	Casino			
	«Constituierende Versammlung»					
	06.06.	Bern	Casino			
1893	01.07.	Bern	Casino			
1894	12.05.	Bern	Casino			
1895	01.07.	Bern	Café du Pont			
1896	04.07.	Bern	Café du Pont			
1897	03.07.	Bern	Café du Pont			
1898	01.07.	Bern	Restaurant Waldhorn			
1899	01.07.	Sonceboz	Hotel zur Krone	04.11.	Bern	Café Roth
				02.12.	Bern	Café du Pont
	Anwaltstag			a. o. Anwaltstag		
1900	02.07.	Burgdorf	Hotel Guggisberg	12.01.	Bern	Hotel Eiger
1901	01.07.	Thun	Hotel Bellevue			
1902	01.07.	Sonceboz	Gasthof zur Krone			
1903	01.07.	Bern	Kurhaus zur Innern Enge			
1904	01.07.	Konolfingen	Hotel Bahnhof			
1905	17.06.	Bern	Café du Pont	01.04.	Bern	Café Merz
1906	02.07.	Thun	Hotel Bellevue			
1907	01.07.	Twann	Hotel Bären	12.01.	Bern	Café Merz
1908	01.07.	St. Imier	SAC Chalet, Mont Soleil			
1909	01.07.	Bern	Casino			
1910	01.07.	Thun	Hotel Thunerhof			
1911	01.07.	Langenthal	Hotel Bären	14.01.	Bern.	Cafée National
				25.10.	Bern	Hotel Pfistern
1912	01.07.	Twann	Hotel Bären			
1913	01.07.	Münsingen		13.01.	Bern	Hotel Pfistern
1914	01.07.	Flamatt	Hotel Moléson	02.02.	Bern	Hotel Bristol
				06.04.	Bern	Hotel Bristol
				20.04.	Bern	Hotel Bristol
1916	01.07.	Wangen a. d. A.	Gasthof Krone	17.04.	Bern	Bürgerhaus
1917	02.07.	Mont Soleil ob St. Imier	Grand Hotel/Mazot SAC	15.01.	Bern	Bürgerhaus
				19.02.	Bern	Bürgerhaus
1918	01.07.	Worb	Gasthof zum Löwen			
1919	16.07.	Fraubrunnen	Gasthof zum Brunnen	14.04.	Bern	Casino
				20.12.	Bern	Bürgerhaus

Jahr	Hauptversammlung			a. o. Anwaltstag		
	Datum	Ort	Lokal	Datum	Ort	Lokal
1920	17.07.	Hilterfingen	Hotel Wildbolz			
1921	15.07.	Neuenstadt	Hotel Falken			
1922	07.10.	Burgdorf	Hotel Guggisberg			
1923	14.07.	Laupen	Hotel Bären			
1924	12.07.	Langnau	Hotel Löwen			
1925	15.07.	Maggingen	Grand Hotel			
1926	10.07.	Bern	Kursaal Schänzli	23.10.	Bern	Bürgerhaus
1927	15.07.	Niesenkulm	Hotel auf dem Niesenkulm	05.11.	Bern	Bürgerhaus
1928	14.07.	Delémont	Hotel du Soleil			
1929	06.07.	Wangen a. d. A.	Gasthof zur Krone			
1930	12.07.	Wasen i. E.	Gasthof zum Rössli (Bankett) anschliessend Sitzung auf der Lüdern			
1931	11.07.	Witzwil	Anstalt Witzwil Mittagessen im Hotel Bären, Ins			
1932	09.07.	Interlaken	Kursaal Mittagessen im Hotel Weisses Kreuz			
1933	15.07.	Biel	Hotel Elite			
1934	14.07.	Bern	Klinik Waldau Mittagessen im Sternen, Bolligen			
1935	13.07.	Boncourt	Restaurant Locomotive			
1936	15.07.	Bad Gutenberg	Bad Gutenberg bei Langenthal			
1937	15.07.	Biglen	Hotel Bären	20.11.	Bern	Bürgerhaus
1938	15.07.	Bern	Kursaal Schänzli	26.03. 11.06. 22.10.	Bern Bern Bern	Bürgerhaus Bürgerhaus Bürgerhaus
1939	15.07.	Spiez	Hotel Eden			
1940	21.09.	Bern	Bürgerhaus			
1941	12.07.	Lyss	Hotel Weisses Kreuz			
1942	17.10.	Worb	Hotel Löwen			
1943	10.07.	Langnau	Hotel Löwen			
1944	24.06.	Bern	Hotel Bubenberg			
1945	14.07.	Muri b. Bern	Hotel Sternen			
1946	13.07.	München- buchsee	Hotel Bären			
1947	12.07.	Biel	Restaurant Seefels			
1948	10.07.	Thun	Hotel Sädel			
1949	09.07.	Worb	Gasthof zum Löwen			
1950	15.07.	Langenthal	Hotel zum Bären			
1951	14.07.	Muri b. Bern	Hotel Sternen			

Jahr	Hauptversammlung			a. o. Anwaltstag		
	Datum	Ort	Lokal	Datum	Ort	Lokal
1952	12.07.	Interlaken	Hotel Viktoria			
1953	11.07.	St-Ursanne	Hôtel du Bœuf			
1954	03.07.	Burgdorf	Hotel Stadthaus			
1955	02.07.	Bern	Hotel Gurten Kulm			
1956	07.07.	Twann	Strandhotel Engelberg	23.03.	Bern	Bürgerhaus
1957	06.07.	Spiez	Hotel Belvédère			
1958	05.07.	St. Imier	Hôtel des XIII Cantons			
1959	04.07.	Herzogenbuchsee	Hotel zur Sonne			
1960	02.07.	Belp	Gasthof zur Linde	31.10.	Bern	Restaurant Bürgerhaus
1961	01.07.	Laupen	Gasthof zum Bären			
1962	07.07.	Interlaken	Grand Hotel Victoria- Jungfrau			
1963	06.07.	Delémont	Hôtel de Ville			
1964	04.07.	Burgdorf	Hotel Stadthaus			
1965	03.07.	Muri b. Bern	Gasthof Sternen			
1966	02.07.	Täuffelen	Gasthof Bären			
1967	24.06.	Merligen	Hotel Beatus			
1968	29.06.	Moutier	Aula der neuen Primar- schule Mittagessen im Hôtel des Gorges			
1969	28.06.	Langenthal	Hotel Bären			
1970	20.06.	Bern	Hotel Bellevue Palace			
1971	26.06.	Lyss	Hotel Weisses Kreuz	23.01.	Bern	Casino
1972	23.06.	Spiez	Strandhotel Belvédère	28.01.	Bern	Casino
1973	22.06.	Delémont	Geschworenen- gerichtssaal Mittagessen in Ocourt	19.01.	Bern	Casino
1974	21.06.	Langnau i. E.	Saal des Kirch- gemeindehauses Mittagessen Gasthof Hirschen	25.01.	Bern	Casino
1975	21.06.	Stettlen	Restaurant-Hotel Linde	31.01.	Bern	Casino
1976	26.06.	Biel	Kongresshaus Mittagessen Hotel Elite	23.01.	Bern	Bahnhofbuffet
1977	18.06.	Dürrenast	Restaurant Bären	28.01.	Bern	Bahnhofbuffet
1978	27.05.	Neuenstadt	Hotel Rousseau	27.01.	Bern	Restaurant Bürgerhaus
1979	23.06.	Burgdorf	Hotel Stadthaus			
1980	14.06.	Wabern	Hotel Gurten-Kulm	25.01.	Bern	Casino
1981	16.05.	Aarberg	Hotel Krone	23.01.	Bern	Hotel Bellevue

Jahr	Hauptversammlung			a. o. Anwaltstag		
	Datum	Ort	Lokal	Datum	Ort	Lokal
1982	05.06.	Interlaken	Aula Mittagessen Hotel Viktoria-Jungfrau	29.01.	Bern	Hotel Schweizerhof
1983	06.05.	Laupen	Restaurant Bären	21.01.	Bern	Ingenieurschule HTL
1984	18.05.	Wangen a. d. A.	Hotel Krone	20.01.	Bern	Hotel Bern
1985	07.06.	Schlosswil	Restaurant Kreuz	25.01.	Bern	Hotel Bern
1986	30.05.	Bätterkinden	Restaurant Krone	24.01.	Bern	Hotel Bern
1987	22.05.	Bern	Hotel Bellevue-Palace	23.01.	Bern	Hotel Bern
1988	03.06.	Spiez	Kirchgemeindehaus Mittagessen im Hotel Belvédère	22.01.	Bern	Hotel Bern
1989	02.06.	Twann	Restaurant Bären	20.01.	Bern	Hotel Bern
1990	18.05.	Langnau	Ref. Kirchgemeindehaus Mittagessen im Hotel Hirschen	18.01.	Bern	Hotel Bern
1991	31.05.	Belp	Hotel Kreuz	18.01.	Bern	Hotel Bern
1992	12.06.	Bern	Rathaus Mittagessen im Kornhaus- keller	01.05.	Bern	Hotel Kreuz

Entwicklung des Mitgliederbestandes

